Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 118 März 2005 2,50 Euro

- **Über die Aktivitäten der Initiative 'Lebende Schutzschilde' Warum 'Lebende Schutzschilde'?**
- **Festnahme ist neue Dimension politischer Verfolgung AZADÎ JI BO DR. REMZI KARTAL!**



In dieser Ausgabe berichten wir über:

Kurdistan Report Nr. 118 März 2005

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), E. Erle, S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich, M. D. Göksungur

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
(6 Exempl. inkl. Porto)
20,- Euro (Deutschland)
25,- Euro (Europa)

Einzelexempl. 2,50 Euro
Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
Demonstration zum sechsten Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans

Rückseite:
Aufruf: Erdbeben in Colemêrg

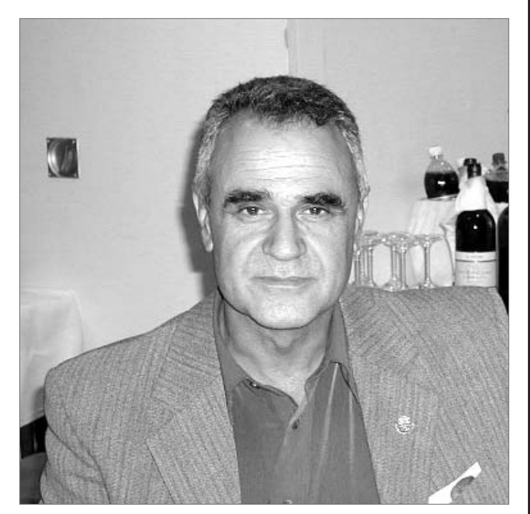
Umschlaglayout:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



In Kurdistan und der Türkei protestiert die Bevölkerung am 6. Jahrestag der Verschleppung Öcalans Foto: DIHA



Freiheit für Remzi Kartal. Auch in Deutschland hält die Repression gegen KurdInnen an. Foto: MHA



Fast täglich protestiert die Bevölkerung gegen die zunehmenden Hinrichtungen an Zivilpersonen. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

diese Ausgabe des Kurdistan Reports erscheint zwischen dem 15. Februar und dem 21. März. Zwei Tage, die für die Kurdinnen und Kurden von großer Bedeutung sind. Am 15. Februar 1999 wurde Abdullah Öcalan völkerrechtswidrig in die Türkei verschleppt. Ein schwarzer Tag für das kurdische Volk. Trotzdem ist die Verbundenheit mit ihm ungebrochen. Am 12. Februar 2005 demonstrierten wieder Tausende Menschen für seine Freilassung in Straßburg, und in diesen Tagen führen vielfältige Aktionen der Bevölkerung auf den kurdischen Straßen zu brutaler Polizeireaktion.
Der 21. März, der Tag des Newroz-Festes, steht für das Licht, das die Finsternis der Unterdrückung und des Krieges durchbricht. Auch in diesem Jahr werden wieder verschiedenste Menschenrechtsdelegationen nach Kurdistan aufbrechen, um sich dort ein Bild über die Lage zu machen und in Kontakt mit der Friedens- und Demokratiebewegung Kurdistans zu treten.

Ein Schwerpunkt in dieser Ausgabe ist wieder die Situation im Irak.. Die dubiose Wahl im Irak hat zunächst gezeigt, dass die WählerInnen ihrer ethnischen und religiösen Herkunft entsprechend gewählt haben und es einem Großteil der angetretenen Parteien und Allianzen vor allem um die Teilhabe an der zukünftigen Macht im Irak ging. Ob die Wahl ein Beitrag für demokratische und friedliche Verhältnisse im Irak war, bleibt zu bezweifeln. Viel hängt davon ab, inwieweit sich nicht-religiöse und demokratische Kräfte durchsetzen können.
Die "Partei für eine demokratische Lösung in Kurdistan" (PÇDK) wurde in ihrem Wahlkampf massiv behindert und konnte leider ihre gesteckten Wahlziele nicht erreichen.
Die Zukunft der Kurdinnen und Kurden steht im engen Zusammenhang mit der gefahrvollen Entwicklung des Nationalismus in der Region. Darauf geht auch Abdullah Öcalan in einem Gespräch mit seinen AnwältInnen ein, welches sich auszugsweise in dieser Ausgabe wiederfindet.

In Europa hält der Kurs der Repression gegen Kurdinnen und Kurden an. So wurde der stellvertretende Vorsitzende des Kongra-Gel, Dr. Remzi Kartal, in Nürnberg festgenommen und soll an die Türkei ausgeliefert werden.
In Holland ist seit einigen Monaten eine extreme Verschärfung der staatlichen Maßnahmen gegen die kurdische Bewegung zu verzeichnen. War das Verhältnis zwischen dem niederländischen Staat und den KurdInnen früher durch einen gemeinsamen Dialog geprägt, gleicht sich die niederländische Regierung in ihrem Verhalten dem Deutschlands an. Ein Gastbeitrag der Kurdistan-Solidarität Holland beschreibt die Situation dort.
Auch die Situation in Europa macht also demokratische und emanzipatorische Initiative nötig.

In unserer letzten Ausgabe ist uns leider ein großer Fehler unterlaufen: Auf Seite 39 haben wir der "Partei des freien Lebens in Kurdistan" (PJAK) eine falsche Internetpräsenz zugeordnet. Informationen über Ostkurdistan und die PJAK gibt es unter: www.rojhilat.com. Leider im Moment noch nicht auf Deutsch oder Englisch. Für unsere Ungenauigkeit bitten wir um Entschuldigung.

Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern ein lebendiges Newroz-Fest.

Mit freundlichen Grüßen
Kurdistan Report

Der Fall Öcalan als Lackmustest für die türkisch-europäische Menschenrechtspolitik

6 Jahre Isolation 6 Jahre Folter

„International Initiative Briefings" zum Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans

Am 15. Februar 1999 wurde der Kurdenführer Abdullah Öcalan von Kenia in die Türkei verschleppt. Vorausgegangen war eine wochenlange Odyssee zwischen Damaskus, Moskau, Athen, Rom und Amsterdam – krimineller Schlusspunkt unter einem völkerrechtswidrigen Piratenakt, unter maßgeblicher Beteiligung des CIA, MIT und Mossad – klägliches Scheitern einer ominösen europäischen Rechtskultur.

Seitdem wird Abdullah Öcalan unter menschenunwürdigen Isolationshaftbedingungen auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali gefangen gehalten. Sein Gesundheitszustand ist stark angegriffen. Besuche seiner Rechtsanwälte und Angehörigen werden häufig willkürlich verweigert. Seine Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten sind äußerst beschränkt. Die Rechtsanwälte, die den Kurdenführer rechtlich betreuen, werden kriminalisiert. Viele von ihnen müssen mit hohen Haftstrafen rechnen.

Einerseits fordert das Antifolterkomitee des Europarates (CPT) die Aufhebung der Isolationshaft von Abdullah Öcalan, andererseits unternimmt der Europarat keine Schritte, um der Forderung einer seiner Institutionen Nachdruck zu verleihen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte beschäftigt sich schon seit Jahren mit dem Fall Öcalan. Immer noch ist kein Urteil gefasst, nach wie vor wird das Beschwerdeverfahren verzögert.

Der 15. Februar 1999 war jedoch auch ein Wendepunkt im türkisch-kurdischen Konflikt. Die Hoffnungen auf einen Niedergang des kurdischen Aufstands stellten sich schnell als nichtig heraus. Trotz drohender Hinrichtung bot Öcalan seine Hand zum Frieden und rief die kurdischen Rebellen zur einseitigen Beendigung des blutigen Krieges auf. Gleichzeitig verband er dies mit der Forderung nach Anerkennung kultureller und sprachlicher Rechte für die Kurden und einer tief greifenden Demokratisierung der Türkei. Erst dieses Friedensangebot eröffnete der Türkei die europäische Perspektive, die mit der Zuerkennung des Beitrittskandidatenstatus verbunden ist.

Mit dem Beschluss der Europäischen Union vom 17. Dezember 2004, im Oktober 2005 Beitrittsgespräche mit der Türkei aufzunehmen, ist eine neue politische Situation eingetreten. Ohne große Zugeständnisse, außer in der Zypernfrage, hat die Türkei ihr Ziel, einen Termin für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen zu erhalten, erreicht. Wider besseres Wissen um die katastrophale Menschenrechtslage in der Türkei hat die EU eine weitgehende Erfüllung der Kopenhagener Kriterien festgestellt. Und dies trotz der alarmierenden Berichte von Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, Amnesty International und des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD) über fortgesetzte Folter auf türkischen Polizeiwachen und in Gefängnissen. Die kurdische Frage blieb auch auf dem EU-Gipfel vom 17. Dezember 2004 ausgespart. Immer noch harrt sie ihrer







Demonstrationen zum 6. Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans in vielen Städten Kurdistans und der Türkei wie hier in Elîh, Mersin und Merdin.

Lösung. Europa hingegen begnügt sich nicht nur damit, sich aus seiner Verantwortung zu stehlen, indem es das Problem ignoriert. Einzelne Mitgliedstaaten wie Deutschland beziehen sogar einseitig Position, indem sie kurdische Politiker kriminalisieren und somit die Türkei in ihrer kurdenfeindlichen Politik ermutigen.

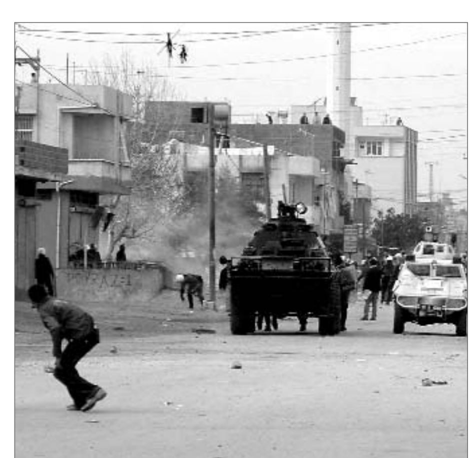
Zwar hat die Türkei im Rahmen des Annäherungsprozesses an die Europäische Union vielerlei Anstrengungen für einen demokratischen Umbau unternommen. Dies ist durchaus als positiv zu werten. Die auf den Weg gebrachten Reformen gestehen indirekt auch den Kurden begrenzte sprachliche und kulturelle Rechte zu. In der Praxis hat sich dies leider vorwiegend als Makulatur erwiesen. Immer noch halten die systematischen Menschenrechtsverletzungen an der kurdischen Zivilbevölkerung an. Weiterhin werden Oppositionelle repressiv verfolgt. Extralegale Hinrichtungen, wie kürzlich in Kiziltepe, wo ein zwölfjähriger Junge und sein Vater buchstäblich von Kugeln durchsiebt wurden, nehmen wieder zu. Friedlichen Protesten der Zivilbevölkerung wird nach Jahren relativer Ruhe wieder mit Waffengewalt begegnet. Eine politische Lösung der kurdischen Frage scheint wieder in weite Ferne gerückt.

So spiegeln die Haftbedingungen auf Imrali, aber auch in anderen türkischen Gefängnissen, exemplarisch die Gesamtsituation des Landes wieder. Sie zeigen, wie weit die Türkei noch von wirklicher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa entfernt ist. Imrali ist gleichsam ein Symbol für den zwiespältigen Umgang Europas mit den Menschenrechten. Das europäische Schweigen im Fall Öcalan trägt zu dem unhaltbaren Zustand bei. Die Grundwerte europäischer Demokratie haben, so scheint es, für die Kurden keine Gültigkeit.

Indes hat die kurdische Seite im türkisch-kurdischen Konflikt ihren einseitigen Waffenstillstand mit dem 1. Juni des vergangenen Jahres aufgekündigt. In mehreren Verlautbahrungen machte die kurdische Guerilla deutlich, dass die ignorante Haltung der AKP-Regierung gegenüber der kurdischen Frage, die zunehmenden militärischen Operationen der türkischen Armee gegen die eigenen bewaffneten Kräfte und das repressive Vorgehen gegenüber der kurdischen Zivilbevölkerung nicht mehr hingenommen werden könnte. Man werde bis auf Weiteres vom legitimen Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch machen. Derweil nehmen die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und der kurdischen Guerilla an Intensität zu. Es scheint gar so, dass zum Frühjahr 2005 mit einem weiteren Waffengang der Kontrahenten zu rechnen ist, sollte die türkische Regierung keine ernsthaften Schritte für eine Lösung der kurdischen Frage unternehmen. Erst kürzlich erklärte Öcalan, dass er für eine friedliche Lösung alles ihm Mögliche getan habe. Er ziehe sich aus seiner Vermittlerposition zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Guerilla zurück.

Eine erneute Eskalation des Konfliktes muss unbedingt verhindert werden. Eine internationale Initiative zur Lösung des Konfliktes ist mehr als überfällig. So ist deutlich geworden, dass für eine Lösung die „integrative Dynamik der Kopenhagener Kriterien“ bei weitem nicht ausreicht. Um eine dauerhafte Lösung zu erreichen, muss das Problem beim Namen genannt werden! Das Augenmerk der internationalen Gemeinschaft muss sich endlich, ähnlich wie beim Israel-Palästina-Konflikt, auf die kurdische Frage richten. Die Kontrahenten des Konfliktes sind dazu anzuhalten, das Problem auf dem Weg des Dialoges zu lösen. Die kurdische Seite hat mehrfach eindrucksvoll deutlich gemacht, dass sie für solch einen Prozess bereit ist. Es ist nun an der Türkei, konstruktive Schritte zur Aussöhnung mit der eigenen kurdischen Bevölkerung zu unternehmen. Die Aufhebung der Isolationshaftbedingungen von Öcalan, wie dies auch das Antifolterkomitee des Europarates (CPT) fordert, wäre ein erster Schritt zur Entspannung. ♦

Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Pf. 100 511
D-50445 Köln
Tel: +49 221 130 15 59
Fax: +49 221 139 30 71
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
Url: www.freedom-for-ocalan.com







Polizei und Spezialeinheiten gingen mit Wasserwerfern, Gummigeschossen und Schlagstöcken gegen die Bevölkerung vor. Fotos: DIHA

Ein erster Schritt – die Wahlen im Irak

Die Zukunft des Irak

Ferda Çetin

Die Wahlen im Irak betreffen nicht nur die IrakerInnen und diejenigen, die daran teilgenommen haben. Sie werden in erster Linie von den USA, aber auch vom Iran, von Syrien, der Türkei, Russland und arabischen Staaten genauestens verfolgt. Wie auch immer die Wahlergebnisse aussehen mögen, die Wahlbeteiligung lässt schon einige wichtige Schlüsse zu. Denn in dieser Zeit nach Saddam sind die IrakerInnen trotz der herrschenden Gewalt mit großer Mehrheit zu den Urnen gegangen und konnten ihren Willen für die Zukunft des Iraks kundtun. Im Nahen und Mittleren Osten, wo Familien-Diktaturen viele Staaten beherrschen, stellen freie und demokratische Wahlen eine bedeutsame Etappe für die demokratische Kultur dar.

Die bisher bekannten Ergebnisse dieser Wahlen unterscheiden sich in grundlegenden Punkten von den Wahlen in demokratischen Ländern.

Die KandidatInnen warben für sich nicht mit ihren Projekten in Grundfragen, wie ökonomischen und sozialen Problemen, Bildung, Gesundheit, Sicherheit. Auch zwischen den Parteien oder Listen gab es keine ernsthafte Konkurrenz um die Gunst der WählerInnen. Denn alle Parteien und KandidatInnen warben um die WählerInnen aus ihren eigenen ethnischen oder religiösen Gemeinden.

Bei den Wahlen im Irak kann man noch nicht davon sprechen, dass die Parteien für die Lösung der Probleme im Land mit einem Programm, wie in demokratischen Ländern, geworben haben. Für die Parteien und die KandidatInnen ging es nicht um die „Bestätigung durch die Nation", ebenso ging es auch nicht für die WählerInnen um „die freie Bestimmung der eigenen VertreterInnen". Das Interesse der Parteien war es, mit Zustimmung der IrakerInnen an der neuen Regierung unter der Obhut der USA teilzuhaben und von der „Macht" etwas abzubekommen. Das Interesse der WählerInnen lag nicht darin, die geeigneten Programme oder Projekte für die Zukunft des Iraks zu bestimmen, sondern sie wollten, aus einem Gefühl der Zugehörigkeit heraus, die Stärke der eigenen ethnischen oder religiösen Gemeinschaft präsentieren.

Das größte Interesse an den Wahlen zeigten selbstverständlich die USA, die sie organisiert und bestimmt hatten. Die USA wissen, dass sie die Besatzung nicht bis zum Schluss mit einer ernannten Regierung, eigenen Sondergesetzen und eigener Militärmacht aufrechterhalten können. Sie planen, nachdem sie die Besatzung durchgesetzt haben und ihre Vorherrschaft die ganze Weltgemeinschaft anerkannt hat, einiges an Ballast abzuwerfen und die Risiken zu minimieren. Für die Teilung der Lasten und die Minimierung der Risiken müssen aber neue Verbündete im Irak und auf der ganzen Welt geschaffen werden. Nach den KurdInnen sind mit den Wahlen nun auch die SchiitInnen unter die Lastenteilung und in die Verantwortung genommen worden. Der Iran, der wegen seiner historischen und religiösen Beziehungen mit den Schiiten im Irak eine wichtige Rolle bei der Instabilität spielt, wird sich nach den Wahlen für Stabilität und die Linie der USA einsetzen müssen.

Allen voran die Anrainerstaaten Türkei, Iran und Syrien, aber auch Russland, Deutschland und Frankreich befürworteten die Besetzung des Iraks nicht. Doch die USA intervenierten ohne deren Zustimmung und trotz dessen. Das kurzfristige und wirkliche Ziel der USA mit diesen Wahlen ist es, das gewählte Parlament und die neu gebildete Regierung als Koalitionspartner mit in ihre Herrschaft im Irak einzubeziehen. Somit werden Parlament und Regierung wegen des neuen Status auch die Reaktionen gegen die USA mittragen müssen.

So werden die US-Gegner, Staaten, welche die US-amerikanische Intervention im Irak ablehnten, nicht nur den USA, sondern mit diesen auch der „gewählten" Regierung begegnen. Außer den USA haben noch andere Staaten Interessen und Pläne im Irak. Der Iran versucht über die SchiitInnen, Syrien über die SunnitInnen, die Türkei über die TurkmenInnen Einfluss auf den neuen Status zu nehmen. Nach inoffiziellen Ergebnissen erreichten die KurdInnen 30 % und die SchiitInnen 45 % der Stimmen. Dieses Resultat dürfte die SchiitInnen und somit den Iran zufrieden stimmen. Aber die Vertretung der sunnitischen Opposition und ihre Beteiligung an der Regierung steht noch nicht fest, deshalb ist Syrien mit dem Ergebnis nicht glücklich. Wahrscheinlich wird sich diese Unzufriedenheit später fortsetzen. Die Türkei hat schon seit langem ihre ablehnende Haltung gegenüber einer föderalen Neustrukturierung des Iraks mit kurdischer Beteiligung kundgetan und äußert ihre Reaktion auf die Wahl in Kirkuk immer offener.

Außer Großbritannien haben weder die EU noch Russland Einfluss auf die

Wahlen im Irak ausüben können. Wegen ihrer Zuschauerrolle bei der Besetzung des Iraks büßen sie immer mehr den sowieso schwachen Einfluss im Mittleren Osten ein. Die neue Situation nach den Wahlen wird die Differenzen zwischen der EU – in erster Linie Frankreich und Deutschland – und dem Nahen und Mittleren Osten vergrößern.

Die ungleichen Bedingungen für die an den Wahlen teilnehmenden Parteien, die wirkungslose Wahlkampagne und Propaganda, die Überwachung der Wahlurnen, die Auszählung der Stimmzettel usw. wurden in einem Standard durchgeführt, der gewöhnlichen demokratischen Kriterien nicht entspricht. Es ist ein tragischer Widerspruch, dass die kurdische Partei PÇDK in den von kurdischen Parteien beherrschten Gebieten behindert wurde, ihre Arbeit nicht frei entfalten konnte, aber auf der anderen Seite in den Städten Bagdad, Mosul und Kirkuk bessere Bedingungen vorfand. Dass dieselbe Partei sich in Kirkuk zu gunsten der PUK und KDP aus der Komunalwahl zurückzog, zeugt von Selbstbewusstsein und politischer Reife.

Aber eines muss betont werden: Seit 50 Jahren wurde hier zum ersten Mal eine Mehrparteienwahl durchgeführt. Außer Baath-Nachfolgern nahmen 115 Parteien und Listen mit ihren KandidatInnen an den Wahlen teil. IrakerInnen in Europa, der Türkei, Australien, den USA und Kanada konnten wählen. Beim Übergang von einer Diktatur zur klassischen Demokratie ist es weder möglich noch realistisch eine tadellose Wahl zu erwarten. Deshalb ist das vielzitierte Argument der USA – zur Legitimierung der Besatzung und Verschleierung der wahren Ziele – einen „demokratischen und friedlichen Irak zu gestalten“ mit den Wahlen ein schlagkräftiges und greifbares Argument geworden. Denn es ist im Irak ein erster Schritt hin zu freien demokratischen Wahlen getan worden, welche die IrakerInnen aus eigener Dynamik nicht schafften, sich aber immer wünschten. Diese Wahlen werden für den künftigen Kampf um Demokratie sehr wertvolle Erfahrungen und Ergebnisse liefern.

Auch für die KurdInnen stellen diese Wahlen eine wichtige Erfahrung dar. Neben Parlaments- und Kommunalwahlen konnte in Kurdistan über ein Referendum zur gewünschten regionalen Regierungsform abgestimmt werden. Die Ergebnisse dieses Referendums zeigen eine Mehrheit von 95 % für einen unabhängigen Staat. Es ist verständlich, dass die KurdInnen, die lange Jahre unter irakischer Diktatur gelitten haben, die relative „Freiheit“ und Errungenschaften der letzten zehn Jahre durch einen „unabhängigen Staat“ absichern wollen. Aber alle Alternativen neben einem föderalen Irak unter Beteiligung aller ethnischen und religiösen Gemeinschaften verstärken die Probleme und die Instabilität. Die langfristige Lösung liegt in einer Regierungsform, an der alle Völker- und religiösen Gemeinschaften gleichberechtigt und aus freiem Willen beteiligt sind. Es ist die denkbar schlechteste Alternative für den Mittleren Osten, wenn die Unterschiedlichkeiten durch Grenzen und Mauern zementiert werden. Wie bei allen anderen Völkern ist das Selbstbestimmungsrecht der KurdInnen absolut und kann nicht anderen übertragen werden. Aber es ist weder realistisch noch schlau, wenn die KurdInnen sich für einen unabhängigen Staat aussprechen. Der Vorzug des Selbstbestimmungsrechtes eines jeden Volkes beschränkt aus seiner Natur heraus die Freiheit und Rechte anderer.

Wenn die KurdInnen nicht nur zu den Wahlen, sondern als strategisches Ziel für einen föderalen, demokratischen und vereinten Irak kämpfen, werden sie langfristig mehr davon haben. Diese Perspektive ebnet auch den Weg für einen anhaltenden Frieden und Stabilität im Irak. ♦


Wahlen im Irak Bild: DIHA


Südkurdistan Bild: DIHA


Versammlung der PÇDK Bild: PÇDK

Was werden die Wahlen im Irak bringen?

Wir haben uns der Wahl zum irakischen Parlament gestellt!

Hiwa Abdulla, PÇDK-Europavertreter

Die Wahlen im Irak und in Südkurdistan leiten im Kern eigentlich eine neue Phase ein und sind höchst bedeutsam, zweifellos die ersten seit dem diktatorischen Saddam-Regime. Gleichzeitig sind diese Wahlen nicht nur für die irakische Bevölkerung von immenser Bedeutung, sondern auch für die gesamte Region und für die Welt. Daher stellen die Nachbarstaaten und Weltmächte wie die USA und Großbritannien tief greifende und langfristige Berechnungen an. Allgemein lassen sich diese Wahlen als Anzeichen für den Beginn einer Demokratisierungsphase in der Region bezeichnen. Der Osten ist nicht mehr der alte Osten, trotz einiger Risiken, weil niemand mehr den Weg der demokratischen Entwicklung verschließen kann. Denn weder die Gesellschaft noch die Welt können den bisherigen Status quo des Mittleren Ostens aufrechterhalten.

Diese Wahlen im Irak sind nicht nur im historischen, sondern auch im politischen und gesellschaftlichen Sinne von Bedeutung. Vor allem dienen sie den Bemühungen der USA und Großbritanniens, den Angriff auf den Irak vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu legitimieren und zu beweisen, dass sie das Land nicht besetzt haben, sondern ihm die Demokratisierung brachten. Nur so wird diesen Mächten die Fortsetzung ihrer Politik im Irak und in der Region möglich. Im Weiteren wollen sie alle Völker und Staaten der Region davon überzeugen, dass sie bemüht sind dem ganzen Mittleren Osten Demokratie zu bringen. Die o. g. beiden Mächte bezwecken die Bildung einer schwachen Regierung mittels Wahl und somit die Schwächung der zentralen Macht und Autorität.

Die Staaten der Region sind nicht derselben Meinung, denn sie sehen die US-Szenarien im Widerspruch zu ihren eigenen Interessen. So wie zu Beginn des US-Angriffs auf den Irak haben die Kräfte des Status quo Angst vor Öffnung und Demokratie, diesmal anlässlich der Wahlen. So ist jeder Staat des Mittleren Ostens bemüht diese Situation für sich zu nutzen. Die Türkei bringt ihre Furcht manchmal im Zusammenhang mit Kerkuk und manchmal unter dem Deckmantel „fehlender Demokratie“ (bei den Wahlen) zum Ausdruck. Auch wenn der Iran die US-Intervention im Irak kritisiert, so unterstützt er den Urnengang, weil er große Hoffnungen auf die Schiiten setzt. Syrien hingegen verfolgt offen die Baath-Linie und hat sich direkt gegen die Wahlen ausgesprochen.

Auch innerhalb des Iraks bekämpfen sich unterschiedliche Richtungen unter dem Vorwand der Wahlen. Die nationalistischen Schiiten sind heute mehr als andere auf die Wahlen vorbereitet. Es scheint, dass sie, die Schiiten, die sich bislang vor der sunnitischen Grausamkeit zu schützen suchten, nun die Macht anstreben. Hierin werden sie vom Iran mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt. In den sunnitischen

Irakische Wahlergebnisse: Sitzverteilung in der Nationalversammlung

Nach den Bestimmungen Nr. 17 "Sitzverteilung" der Unabhängigen Wahlkommission des Irak ergäbe sich nach heutigem Stand (Sonntag, 13. Februar 2005) folgende Sitzverteilung in der Nationalversammlung:

Erläuterung:
Die vorläufige Sitzverteilung der 275 Sitze der irakischen Nationalversammlung:
Die Anzahl der gültigen Stimmen (8 456 266) ist durch die Anzahl der Sitze (275) zu teilen, was eine Zulassungsquote von 30 750 ergibt.
Alle Listen, welche die Zulassungsquote nicht erreichen, werden gestrichen. Alle, welche die Zulassungsquote erfüllt haben, werden ausgefiltert.
Daraus ergibt sich die vorläufige bereinigte Stimmenzahl der zugelassenen Listen (8 011 450).
Der vorläufige Sitzverteilungsschlüssel ergibt sich aus der bereinigten Stimmenzahl geteilt durch die Anzahl der Sitze (275), macht 29 132,55.
Die erreichte Anzahl an Stimmen für eine zugelassene Partei wird durch den Sitzverteilungsschlüssel geteilt und ergibt die Anzahl der Sitze. Die Reststimmen werden so verteilt, dass die Liste mit den meisten Reststimmen extra einen Sitz erhält, bis alle 275 Sitze vergeben sind.

Quelle: KDI Spezial

Listenname	Stimmenzahl	%	Sitze
Vereinigte Irakische Allianz (schiit.)	4 075 295	~48	141
Kurdische Allianz	2 175 551	~26	75
Irakische Liste (Allawi)	1 168 943	~14	40
Iraker (sunnit.)	150 680	2	5
Turkmenische Irakische Front	93 480		3
Nationale Unabhängige Eliten und Kader-Partei (Sadr-Schiit.)	69 938		3
Islamische Arbeiterbewegung im Irak	43 205		2
Islamische Kurdische Koalition	60 592		2
Kommunistische Partei	69 920		2
Nationale Rafidain-Liste (Assyr. Christen)	36 255		1
Demokratische Nationale Allianz	36 795		1
Wohlfahrts- und Freiheits-Block (sunnit.)	30 796		1
Nationale Mesopotamische Liste (christl.)			1
Total	**8 011 450**		**275**

Gebieten hingegen können wir behaupten, dass außer einigen neuen Parteien und den Liberalen die Überbleibsel von Saddam und Al-Kaida-Anhänger aktiv sind und täglich Blut vergießen. Die Situation stellt sich so dar, dass die Sunniten im mittleren Irak keinen Nutzen in der Abstimmung sehen, weil die Reste der Baath-Partei und nationalistische Islamisten zum Wahlboykott aufgerufen haben. Auf der anderen Seite wollen sich vor allem die Demokraten und Liberalen wegen ihrer Beziehungen zu den USA an den Wahlen beteiligen.

In den kurdischen Gebieten ist die Wahlbeteiligung ebenfalls sehr hoch, dagegen, soweit mir bekannt, die Wahlbeteiligung der KurdInnen im Ausland nicht, weil sie die am selben Tag durchgeführte Wahl zum Regionalparlament boykottiert haben. Meiner Meinung nach resultiert das aus der falschen Politik der zwei Machtparteien PUK und KDP.

Diese beiden Parteien sind aufgrund ihrer Demokratievorbehalte zusammengekommen und haben die KandidatInnen unter sich aufgeteilt. Das erinnert stark an ihren Wahlbetrug von 1992, als sie nach der Wahl [*zum Regionalparlament*] die Abgeordnetensitze hälftig unter sich aufgeteilt hatten. Heute versuchen sie das gleiche zu wiederholen. Statt 50/50 haben sie sich diesmal auf jeweils 42 % verständigt. Das ist das Resultat fehlenden Selbstvertrauens und der Demokratiefurcht. Diese Angst wirkt sich auf die Demokratie und ihre Glaubwürdigkeit aus. Wir hätten es auch befürwortet, wenn sie sich mit anderen demokratischen kurdischen Parteien und anderen demokratischen ethnischen Gruppen Iraks in einer gemeinsamen Liste zusammengetan hätten.

Wir als PÇDK hielten die Wahlen für angebracht, aber wären sie auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden, hätten wir dem auch nicht widersprochen.

Wir haben uns als demokratische und nationale Partei in einer unabhängigen Wahlliste zur Wahl zum irakischen Parlament gestellt. Gleichzeitig haben wir uns bemüht mit anderen demokratischen Parteien zur Regionalwahl in Kerkuk anzutreten. Aber die antidemokratische Politik der beiden Parteien hat das verhindert. Auf der anderen Seite fand zwischen Vertretern der Türkei, der USA und der Irak-Regierung ein gemeinsames Treffen statt. Weil USA und Irak die Forderung der Türkei, gegen den KONGRA-GEL militärisch vorzugehen, abgelehnt haben, wurde anschließend die türkische Forderung laut, unsere Partei und andere demokratische Parteien von den Wahlen auszuschließen. Auch diese Forderung konnte nicht erfüllt werden. Obwohl die Wahlkommission unserer Beteiligung an den Wahlen zugestimmt hatte, wurden wir von PUK und KDP an unserer Arbeit gehindert. Wir konnten nicht ungehindert unsere Wahlpropaganda betreiben.

Unser Hauptziel ist die demokratische Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung des Iraks. Ein weiteres bedeutendes Ziel besteht in der Demokratisierung der kurdischen Gesellschaft. Die Rolle der Frau tritt in diesem Zusammenhang in den Vordergrund. Wenn es den Frauen nicht gelingen sollte, sich entsprechend den Anforderungen zu stärken, wird der Demokratie ein wichtiger Bestandteil fehlen. Auf unserer Liste haben 34 % Frauen kandidiert. Keine andere Partei hat einen solch hohen Kandidatinnenanteil. Wenn auch Frauen bei anderen Parteien als Kandidatinnen aufgestellt wurden, ging es vielmehr um Imagerettung. Es sind keine Frauen, die sich der Frauenfrage angenommen haben, vielmehr sind sie der Wirkung des reaktionären Systems verfallen, dessen Basis die feudalistisch-islamische Mentalität bildet.

Ein weiterer erwähnenswerter Aspekt betrifft die Tatsache, dass es sich bei einigen Kandidaten der Machtparteien um Personen handelt, deren Namen in Verbindung mit Bandentätigkeiten bekannt sind. D. h., diese Personen haben das Blut unseres Volkes an ihren Händen und waren Mitglieder der Baath-Partei. Aus diesem Grunde war uns die Teilnahme an einer gemeinsamen Liste mit diesen Leuten nicht möglich.

Wir können schon jetzt sagen, dass wir trotz aller Hindernisse drei Sitze im kurdischen Regionalparlament und zwei Sitze im irakischen Parlament errungen haben, wenn der Wahlbetrug nicht noch weiter zunehmen sollte.

Wenn wir den Einzug ins Parlament schaffen sollten, werden wir für Transparenz, für Aufrichtigkeit arbeiten und mit aller Kraft gegen jede Ungerechtigkeit ankämpfen. ♦

P.S.: Dieser Text wurde am Wahltag im Irak als Bewertung verfasst.

Irak-Wahl: 20 000 Stimmen für PÇDK

Die Partei der demokratischen Lösung Kurdistans PÇDK gab bekannt, dass sie bei den irakischen Wahlen die drittstärkste Kraft im kurdischen Teil des Landes geworden sei.
Die PÇDK liegt nach Informationen der Wahlhelfer bei den Wahlen vom 30. Januar in Kurdistan auf dem dritten Platz. Nach Informationen der PÇDK wurden 2 % der Stimmen, also insgesamt mehr als 20 000 Stimmen, für sie gezählt. In der Erklärung heißt es, dass in Dohuk und Umgebung wegen fehlender Wahlhelfer die Ergebnisse der Wahlen in der Region noch nicht bekannt sind.
Die PÇDK erklärte, dass in Süleymaniya Beobachter behindert wurden und dass in vielen Orten keine Wahllisten bereitlagen.
Die „Bewegung für ein Referendum zur Unabhängigkeit Kurdistans" äußerte sich zu den Ergebnissen des Referendums, das parallel zu den Wahlen durchgeführt wurde. In Hewlêr, Kerkuk, Süleymaniya, Dohuk, Mosul und Xaneqîn seien 1 973 000 Stimmen für die Unabhängigkeit Irakisch-Kurdistans abgegeben worden.
Quelle: Azadiya Welat, 07.02.2005

Interview mit Murat Karayilan

Statt militärisch zu drohen sollte über Frieden gesprochen werden

Jehat Bertî – MHA, Mesopotamische Nachrichtenagentur, 10. Januar 2005

Am 11. Januar trafen sich auf Initiative der Türkei hochrangige Vertreter der USA, des Iraks und der Türkei in Ankara. Thema der fünfstündigen Unterredung war das weitere Vorgehen gegen die kurdische Guerilla der ehemaligen PKK in den nordirakischen Kandil-Bergen. Am 10.1.2005, im Vorfeld dieses Dreier-Gipfels, fand das nachfolgende Interview von Jehat Bertî, MHA, mit Murat Karayilan, dem Vorsitzenden des Exekutivrates des KONGRA-GEL, statt. Murat Karayilan äußert die Besorgnis, dass auf diesem Gipfel vertrauliche Beschlüsse zum Nachteil der KurdInnen und des Irans ausgehandelt würden. Zur Situation der kurdischen Selbstverteidigungskräfte im Irak warnte er vor einem militärischen Vorgehen: "Sollte man uns angreifen, werden sich unsere Kräfte in den Norden (Südosttürkei) verlagern. In dieser Situation wird der Norden wie auch der Süden (Nordirak) Schauplatz des Krieges."

Morgen versammelt sich in Ankara ein Dreier-Gipfel mit Verantwortlichen der USA, der Türkei sowie des Iraks. Thema unter anderem ist die PKK. Wie bewerten Sie dieses Treffen?

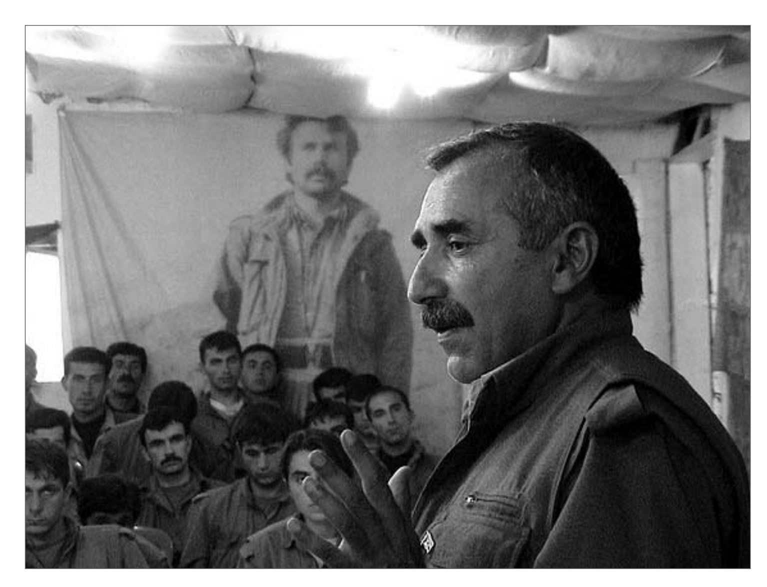
Der Dreier-Gipfel will ein gemeinsames Konzept gegen uns entwickeln und das – wie speziell von der Türkei gefordert – auch unter Berücksichtigung militärischer Operationen. Dies ist eine sehr ernst zu nehmende Situation. Das Problem in der Türkei ist kein Problem der Türkei mit der PKK oder dem KONGRA-GEL. Es ist auch kein Problem des Terrors. Das Problem mit dem Namen Terrorismus zu bezeichnen, ist eine grobe Irreführung. An keinem Ort der Welt ist eine terroristische Bewegung mit Millionen von SympathisantInnen bekannt. In der Türkei gibt es die kurdische Frage, das Problem einer ganzen Gesellschaft. Von den ungelösten Konflikten des Nahen Ostens steht an vorderster Stelle die Palästina-Frage, an zweiter Stelle folgt die kurdische Frage. Aufgrund der intensiv geführten Kämpfe sowie des direkten Eingreifens vieler staatlicher Seiten nimmt die Palästina-Frage einen hohen Rang ein in der Beachtung durch die Weltöffentlichkeit. Die kurdische Frage hingegen wird ständig hinter geschlossenen Vorhängen diskutiert. Der Tatsache nach, dass über diese Frage fast ausschließlich Geheimpolitik betrieben wird, ist es ein sehr ernstes und tief greifendes Problem. Die Ungelöstheit des Problems wirkt sich auf vier Länder aus und führt in allen diesen Ländern in gewissem Maße zu Gewalt und undemokratischen Mitteln. Deshalb besteht die Notwendigkeit, Druck auf die internationale Gemeinschaft auszuüben. Warum das so ist? Weil die kurdische Bevölkerung weder anerkannt noch ihre Existenz akzeptiert wird. In der heutigen Zeit sind das zweifellos bekannte Tatsachen.

Welche Beschlüsse könnten auf dem Gipfel betreffend Ihrer Bewegung beschlossen werden?

Die USA sind neu in der Region vertreten. Gleichzeitig ist ihnen diese Region sehr gut bekannt. Die USA sind ein Land, welches die globale Herrschaft anstrebt. Daher haben sie die Probleme der Region analysiert. Sollte wirklich die Neuordnung der Region gewünscht werden, so muss zuallererst die Kurden-Frage einer vernünftigen Lösung zugeführt werden. Wenn in der Türkei wirklich der Wunsch bestehen sollte, sich in die EU zu integrieren, dann ist eine Demokratisierung notwendig. Der grundlegende Weg zur Demokratisierung ist die Lösung der kurdischen Frage. Ohne diesen Schritt kann sich die Türkei nicht demokratisieren. Auch im Hinblick auf die gewünschte Demokratisierung und Stabilität in der gesamten Region ist die Lösung der Kurden-Frage notwendig. In diesem Punkt ist die türkische Mentalität sehr rückschrittlich. Sie sehen eine Lösung auf der Grundlage der Verleugnung und Unterdrückung vor.

Wir erwarten mit Spannung die Haltung der Regierung der USA sowie des Iraks auf dem Gipfel. Auch im Irak gibt es KurdInnen und dort ist die Möglichkeit einer Lösung vorhanden. Diese Lösung wird als Föderation bezeichnet. D. h. die irakische Regierung akzeptiert die Existenz der KurdInnen. Wenn heute die USA mit den KurdInnen im

Süden Kontakte knüpfen, so bedeutet dies, dass sie sie anerkennen. Im Süden leben 4–5 Millionen KurdInnen, im Norden aber 20 Millionen. Würde nicht mit doppeltem Maß gemessen, so müsste das, was im Süden geschieht, auch im Norden passieren. Davon ist die Lösung der gesamten Kurden-Frage abhängig. Außerdem wissen wir, dass die Suche nach einer föderalen Lösung im Nordirak aktuell ist. Wir erklären, dass auf der Grundlage dieser Herangehensweise – und sei es auch nur auf unterstem Level – auch in Nord-Kurdistan das Problem gelöst werden kann. Dies bezeichnen wir als Perspektive der demokratischen Lösung. Wir denken, dass das Problem sich einer Lösung zuwenden kann, wenn die KurdInnen in der Türkei ihre legitimen Rechte als Volk und Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Existenz erhalten. Die Anerkennung als Volk, unserer Sprache und unserer Kultur ist nur auf der Basis eines gleichen und freien Zusammenlebens möglich.



Murat Karayilan Bild: MHA

Erwarten Sie im Anschluss an den Gipfel eine militärische Operation gegen die Guerilla?

Wir sind seit 22 Jahren in Süd-Kurdistan und in der ganzen Zeit hat es dort unaufhörlich Operationen der türkischen Armee gegeben. Die ersten Operationen haben 1983 begonnen. Es hat auch in Zusammenarbeit mit (kurdischen) Kräften des Südens Angriffe gegeben. Wurden so die Probleme gelöst? Ist die Guerilla aus dem Süden vertrieben worden? Natürlich nicht. Wenn das bisher so war, warum sollte sich das jetzt ändern? So werden keine Erfolge erzielt. Ganz gewiss sind die Anwendung von Gewalt und gemeinsame militärische Operationen keine Lösung. Eine Lösung kann nur im Rahmen eines Dialoges entwickelt werden.

Kann es Schritte zu einem Dialog geben?

Sollte auf dem Gipfel dieses Thema diskutiert und beschlossen werden, den Dialog als Grundlage zur Lösung der kurdischen Frage zu nehmen, werden wir gern diese Diskussion eröffnen.

Wenn dies jedoch nicht der Fall sein sollte und gegen uns unter der Diffamierung als „terroristische Bewegung" militärische, politische und psychologische Angriffe geplant werden, dann werden wir uns dagegen zu verteidigen wissen. Ob im Norden oder Süden – mit unseren bestehenden Organisationsstrukturen sind wir in der Lage, uns zu verteidigen. Es wird ein Klima erzeugt, als wäre der KONGRA-GEL in Kandil unfähig sich zu bewegen und könnte mit einer militärischen Operation vernichtet werden. Aber das ist nicht der Fall. Einmal angenommen, es würden Kräfte in Kandil eindringen, wie sollten sie dort wieder herauskommen? Wenn die türkische Armee in Gabar (Nord-Kurdistan) eindringt, dann wird sie auch in Kandil eindringen können. Dies gilt auch für alle anderen Armeen. Jedoch ist die Guerilla Kurdistans eine Kraft mit viel Erfahrung. Operationen regulärer Armeen können gegen sie gar nichts ausrichten. Die Erfahrungen von 2004 sind dafür ein besonderes Beispiel. Auf militärische Methoden zurückzugreifen führt in eine Sackgasse und zur Niederlage. Auch wenn es auf dem Dreier-Gipfel zu einem Beschluss kommt, der militärische Optionen einschließt, werden wir weiter darlegen, dass eine Lösung auf der Basis des freien und gleichen Zusammenlebens der Völker beruhen muss. Sollten sich die anderen Parteien dazu entscheiden, dann sind wir dabei. Sollte jedoch eine entgegengesetzte Entwicklung eintreten, dann wird die kurdische Bevölkerung ihre Fähigkeit zur kraftvollen Verteidigung zeigen. Sie wird keine Zugeständnisse gegen ihre Würde, Ehre und Freiheit machen.

Das ist unser historisches Erbe, die Basis unserer Ideologie, die philosophische Grundlage. Die Ehrlosigkeit niemals als eine Realität eines Volkes anzuerkennen, das ist die Realität des kurdischen Volkes. Aus diesem Grund sollte auf Gewalt verzichtet werden. Statt militärisch zu drohen sollte über Frieden gesprochen werden. Wir sind dazu bereit und eröffnen die Diskussion.

Abdullah Öcalan hat vorgeschlagen, dass die Kurden als vierte Partei auf dem Gipfel teilnehmen sollten. Gab es in dieser Richtung Forderungen an die dem Gipfel beiwohnenden Parteien? Wenn nicht, was wären Ihre Forderungen?

Zweifellos versammelt der Gipfel sich mit der Absicht, uns in irgendeiner Form zu liquidieren. Aber sollte die Kurden-Frage in ihrem Kern diskutiert werden, so wäre als eine der betroffenen Parteien auch unsere Teilnahme notwendig. Dort, wo die kurdische Frage diskutiert wird, sollten auch die KurdInnen selbst zu finden sein. Wir glauben nicht, dass wir irgendjemandem Unrecht angetan noch dass wir irgendwelche Fehler begangen haben. Wir denken, dass wir nur das getan haben, was auch jedes andere Volk tun würde, um in Würde und Ehre zu leben. Das ist weder Terror noch Unrecht. Das ist Selbstverteidigung, Menschlichkeit, gegen die Leugnung des kurdischen Volkes auf der Basis der geführten Assimilationspolitik. Dies ist die Grundlage des Aufstands, des Weges in die Berge. Dort haben wir unsere Ehre wiedergewonnen. Auf dieser Ebene sind wir zur Diskussion bereit, mit wem auch immer.

Gibt es eine Situation, in der Sie Süd-Kurdistan verlassen?

Wir befinden uns in Kurdistan. Ob Osten, Norden, Westen oder Süden, dies ist unser Land. Dass sich unsere Kräfte in Süd-Kurdistan befinden, beeinflusst den Prozess der Neuordnung in Süd-Kurdistan nicht negativ. Ganz im Gegenteil. Die Position, in der sich unsere Kräfte befinden, bedeutet Stabilität für die Entwicklung des Neuaufbaus. Wir fügen niemand einen Schaden zu. Im Gegenteil, unsere Kräfte stehen für Stabilität, Demokratisierung, Geschwisterlichkeit und Frieden. Es dürfte zweifellos auch für die Türkei von Nutzen sein. Wenn sich unsere Kräfte nicht im Süden befänden, wären sie in der Türkei. In dieser Situation würde sich der Boden für eine bewaffnete Auseinandersetzung nur verstärken.

Die Türkei spricht weiterhin davon, dass „die Existenz der PKK im Nord-Irak vernichtet werden soll". Wenn wir alle Möglichkeiten in Betracht ziehen, könnte es zu einer Verlegung der Guerilla in den Norden kommen?

Wenn wir stark angegriffen werden, werden Kräfte der Guerilla in den Norden verlegt und der Schauplatz des Krieges wird sowohl im Norden als auch im Süden liegen. Dies wäre natürlich eine sehr gefährliche Situation. Dass es in der jetzigen Zeit zu einem solchen Beschluss kommt, glaube ich eigentlich nicht. Wir wissen, dass es ein internationales Konzept gibt, um unsere Bewegung von innen zu spalten und zu vernichten. In der nahen Vergangenheit wurde versucht, dieses in einer ganz speziellen Form umzusetzen. Einige VerräterInnen aus unseren Reihen betätigten sich dabei als Handlanger. Aber das Unterfangen blieb erfolglos. Auch das Betreiben der USA, die Bewegung Apos zu schwächen, blieb erfolglos. Ebenso das Projekt der Türkei, uns mit Hilfe der türkischen Armee militärisch zu vernichten. Die Bewegung Apos steht auch heute noch auf zwei Beinen. Es ist nicht möglich, die Guerilla mit diesen Provokationen und militärischen Operationen zu liquidieren und die kurdische Bewegung aus der Welt zu schaffen.

Wir rufen die Parteien auf, die Versuche zu unterlassen, uns mit Gewalt und anderen Provokationen zu vernichten. Seit Jahren wurde diese Praxis angewandt – erfolglos. Doch unsere Bewegung ist mit ihrer Führung, den Kadern und der Bevölkerung zu einer demokratischen Lösung und zu einem Frieden bereit. Sie ist in der Lage, in einer vernünftigen Weise und mit der notwendigen Opferbereitschaft zu einer Lösung beizutragen. Das sollte Anerkennung finden. Auf Gewalt sollte verzichtet und der Dialog als Mittel zur Lösung bevorzugt werden. Unser Aufruf steht auf dieser Basis.



Die Berge Südkurdistans Foto: Archiv

Haben Sie Beziehungen zu den am Gipfel teilnehmenden Ländern?

Auf unterschiedliche Weise haben wir versucht die Parteien zu erreichen und werden dies auch weiterhin tun. Es gibt unseren Lösungsvorschlag, unsere zehn Punkte umfassende Deklaration. Diesen Ansatz versuchen wir den Parteien zu vermitteln. Damit sind unsere Forderungen klar. Als kurdische Seite sind wir bereit, zur Lösung der vorhandenen Probleme auf jeder Ebene zu diskutieren. Auf dieser Basis rufen wir dazu auf, sich verständig zu zeigen.

Es ist festzustellen, dass die USA anstelle einer möglichen militärischen Operation andere Methoden gegen Sie bevorzugen. Dazu gehört es, die ökonomischen Quellen auszutrocknen, den Informationsfluss zu

behindern sowie die Bewegung von innen heraus zu zersetzen. Welche Politik wird Ihre Bewegung dieser Praxis entgegensetzen?

Die Türkei hat am 17. Dezember einen Verhandlungstermin mit der EU erhalten. Infolgedessen beginnt in der Türkei eine neue Zeit – eine Zeit der Integration in die EU. Es ist notwendig, dass die Türkei den Prozess des Wandels bis in die Wurzeln durchlebt. Jedoch handelt der Staat wie auch die Regierung mit Makulatur. Die wichtige Kurden-Frage ist in ihren Augen schon gelöst. Deswegen ist es von großer Bedeutung, dass wir als Bewegung sowie die Bevölkerung die positiven wie die negativen Seiten dieses Prozesses sehen und analysieren. Sollte sich eine wirkliche Entwicklung abzeichnen, besteht die Möglichkeit, Ergebnisse zu erzielen. Dies ist mehr denn je möglich. Wird sich die Regierung aber nicht wirklich um eine positive Entwicklung kümmern und eine Haltung zeigen wie: „Die USA kümmern sich in der Region um diese Fragen“ oder: „Wenn die Türkei in der EU ist, wird sich die Kurden-Frage von selber lösen“, dann entsteht speziell in Nord-Kurdistan für die Bevölkerung eine sehr ernst zu nehmende Gefahr.

Dort ist ein Spiel zu erkennen. Da ist es wichtig, nicht auf dieses Spiel hereinzufallen. Im Gegenteil müssen wir schauen, ihnen dieses Spiel zu verderben. Das wird für die Bevölkerung eine noch größere Teilnahme an der nationalen demokratischen Bewegung bedeuten. Wir werden unsere Aktivitäten auf jeder politischen Plattform in jedem Bereich verstärken. Mit der Entwicklung von Projekten in den vier Hauptbereichen unserer Bewegung werden wir das in der vor uns liegenden Zeit vertiefen.

Um was handelt es sich dabei?

Der erste Bereich ist das Gebiet der Diplomatie. Diplomatie gewinnt zunehmend an Bedeutung. Es ist von großer Wichtigkeit, auf internationaler Ebene den rechtmäßigen Kampf des kurdischen Volkes bekannt zu machen, die notwendigen Beziehungen zu knüpfen und auf verschiedensten Ebenen Tätigkeiten zu entwickeln. Es ist notwendig, diesem Bereich mehr Gewicht beizumessen.



Aktionen für einen umfassenden Frieden; hier vor dem Gebäude der AKP in Amed. Die Menschen tragen in den Händen als Symbol eine schwarze Birne: Das Parteiemblem der AKP ist eine strahlende Glühbirne Foto: DIHA

Zum Zweiten ist es notwendig, in jedem Land – sowohl nach innen wie nach außen – alle juristischen Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Die Türkei hat die grundlegenden Konventionen der EU unterzeichnet. Was steht in diesen Konventionen? Vor allem ist dort von der Freiheit der Kulturen die Rede. Aber in der Türkei sind die kurdische Kultur und deren Verwirklichung im Alltag durch Dutzende Gesetze eingeschränkt. Dies steht im Widerspruch zum EU-Recht. Wenn die Türkei in die EU integriert wird, dann muss auch das europäische Recht gelten. In diesem Bereich bestehen große Widersprüche. Dort müssen rechtlich große Anstrengungen geleistet werden.

Die dritte Ebene ist die politische demokratische Bewegung. Hier geht es darum, die Volksbewegung weiter auszubauen. Ohne diese Entwicklung können auch auf der Ebene der Diplomatie keine wirklichen Ergebnisse erzielt werden und auch die juristischen Bemühungen bleiben ergebnislos. Die Bewegung des Volkes muss auf jedem Gebiet in sehr umfassender Weise entwickelt werden. Es ist von enormer Bedeutung, alle gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen der Bewegung der demokratischen Gesellschaft (Demokratik Toplum Hareketi, DTH) in eine organisatorische Struktur einzubinden und den Willen der Menschen in starker Form gegenüber der Türkei sowie der Weltöffentlichkeit zu artikulieren. Hier müssen noch verstärkte Anstrengungen zur Mobilisierung der Bevölkerung unternommen werden. Die Sprache der Demokratie ist die Aktion. Passivität und Schweigen bedeuten Zustimmung zum Projekt der Vernichtung und Verleugnung des kurdischen Volkes. Demzufolge besteht die Verantwortung, ernst zu nehmende Aktivitäten und eine Bewegung des Volksaufstands zu entwickeln.

Als Viertes besteht die Notwendigkeit, der Bevölkerung einen entsprechenden Schutz gegen gewalttätige Angriffe zu gewähren. Um diese Aufgabe zu bewältigen, muss die Strategie der Selbstverteidigung verbessert werden. In Kurdistan ist die Kraft zur Selbstverteidigung vorhanden. Sie muss nur weiterentwickelt werden. Besonders die Jugend wird für diese Aufgabe angesprochen. Auf dem Dreier-Gipfel können militärische Operationen beschlossen werden. Es ist notwendig, dagegen unsere Kräfte zu verstärken, um unser

Recht auf Selbstverteidigung wahrnehmen zu können.

Könnte im Norden und Süden Kurdistans eine Alternative zu Ihrer Bewegung gebildet werden?

Es kann in politischer Hinsicht zu einer Einmischung kommen. Zur Überwindung unserer Bewegung könnten verschiedene konterrevolutionäre Kräfte als scheinbare Alternative aufgebaut werden. Es wurde zuvor schon ein intensiver psychologischer Krieg gegen unsere Bewegung geführt. Dass in der neuen Phase auch in dieser Richtung Beschlüsse von antikurdischen Kräften gefasst werden, gilt als sicher. Schon jetzt ist klar, dass es eine ganze Reihe von Maßnahmen geben wird, um unseren Bewegungsspielraum einzuengen, uns finanziell zu schwächen und politischen Einfluss zu verhindern. Dagegen nutzen wir den legalen politischen Boden. Die rechtlichen Möglichkeiten sollte unser Volk im Irak und an jedem anderen Ort der Welt ausnutzen.

Die Situation bezüglich unserer Selbstverteidigungskräfte ist hingegen eine andere. Sie sind eine autonome Organisation. Meine vorangegangenen Ausführungen betreffen sie nicht. Sie befinden sich auf den Hochebenen Kurdistans als Garant der Würde, der Zukunft und der Freiheit unseres Volkes. Ob im Süden, Norden oder im Osten, sie werden diese Haltung zu wahren wissen. Was ich zur Sprache bringe, bewegt sich im Rahmen der politischen, organisatorischen und diplomatischen Aktivitäten des KONGRA-GEL. Auf dem stattfindenden Gipfel können eine ganze Reihe einschränkender Beschlüsse gefasst werden. Aber wir können die meisten untergraben, indem wir legale Methoden und legalen Boden nutzen. Als eine Bewegung des Volkes sind wir dort, wo sich das Volk befindet. Niemand hat das Recht, dies zu verhindern. Dafür sind gesetzliche und juristische Wege vorhanden. Sollte jedoch die Rede von den Volksverteidigungskräften sein, so sind diese in der Lage, sich selbst zu schützen.

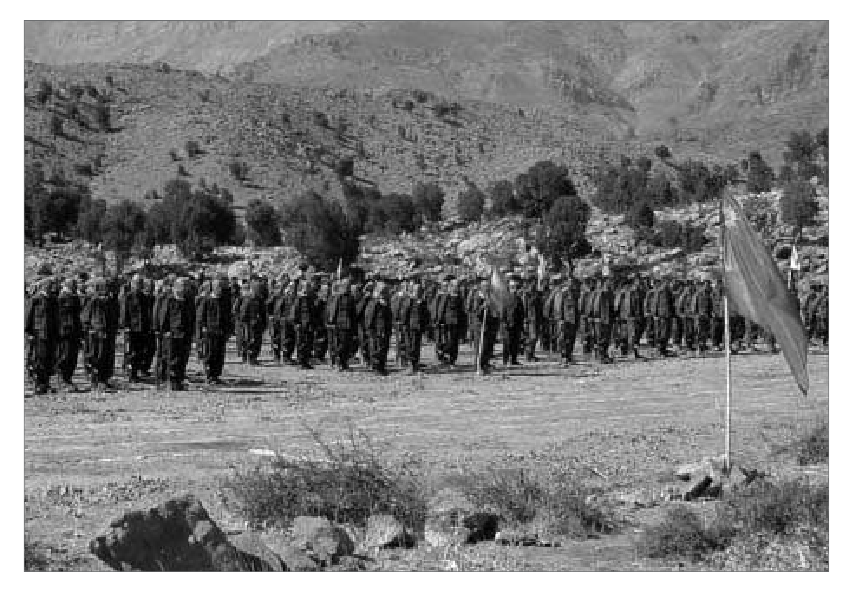
Sabotiert die ständige Forderung der Türkei nach einer militärischen Operation nicht auch den Aufbau einer Föderation im Süden?

Dass der türkische Staat die USA alle Augenblicke auffordert, im Süden gegen unsere Kräfte militärisch vorzugehen, dürfte nicht ohne Grund sein. Ein solches Vorgehen würde den Prozess, den die USA im Irak zu entwickeln beabsichtigen, in eine Sackgasse führen. Sie befinden sich dort ohnehin schon in einer fast ausweglosen Situation. Gleichzeitig entwickelt die Türkei mit dem Iran und Syrien gegen unsere Bewegung ähnliche Konzepte. Sie ist auch mit den Kräften, die den Status quo in der Region erhalten wollen, ein Bündnis eingegangen. Diese sind gegen eine Neuordnung im Irak. Es sind gegen die USA gerichtete Kräfte. Und trotzdem ist die Türkei in einem Bündnis mit ihnen. Daneben will sie auch das Bündnis mit dem Irak und den USA vertiefen. Den einen Fuß haben sie auf der einen, den anderen auf der anderen Seite. In Wirklichkeit ist jedoch unklar, auf welcher Seite sie stehen. Ihre Absicht ist, den sich entwickelnden Prozess zu sabotieren. Im Besonderen wollen sie die Bildung eines föderativen kurdischen Staates verhindern. Sie verlangen militärische Operationen, um diesen Prozess zu unterbinden. Deswegen auch die Beharrlichkeit, mit der diese Forderung immer wieder vorgetragen wird. Es stört sie, dass sich auch im Süden in fast allen ländlichen Gebieten unsere Kräfte befinden.

Ohnehin ist der ganze Irak Kriegsgebiet, aber mit der Forderung nach militärischen Operationen soll auch der kurdische Nordirak zu einem Schauplatz des Krieges gemacht werden. Dieses ist ein Spiel, auf das niemand hereinfallen sollte. Natürlich wird damit auch Handel betrieben und auf dem Gipfel darüber geschachert werden.

Was ist das für ein Handel?

Die Türkei ist mit dem Iran und Syrien ein enges Bündnis gegen die Kurden eingegangen. Auf der anderen Seite versucht sie, auch die US-amerikanischen Streitkräfte gegen uns in Stellung zu bringen. Die USA haben nun aber gerade Iran und Syrien ins Visier genommen. Aus diesen Interessensgegensätzen heraus ergibt sich die Möglichkeit zu einem Handel. Der könnte



Volksverteidigungskräfte (HPG) Foto: Archiv

so aussehen, dass die Türkei die Kooperation mit dem Iran aufgibt, wenn sich die USA und die irakische Führung stärker gegen uns engagieren. Wenn sie sich einigen, kann es sich ergeben, dass sowohl wir wie auch der Iran zum Ziel ihres Bündnisses erklärt werden. Es ist möglich, dass das nicht offen, sondern verdeckt betrieben wird. Aber wir wissen, dass dieser Handel im Gespräch ist. Das alles ist schon jetzt ersichtlich.

Wir müssen abwarten, was sich da entwickeln wird. Unser Volk sollte nicht wieder hinter verschlossenen Türen schmutzigen Geschäften internationaler Interessen geopfert werden.

Wie bewerten Sie die Haltung von KDP und PUK gegen das sich entwickelnde antikurdische Konzept?

Innerhalb der irakischen Regierung sind auch die KurdInnen eine bedeutende Kraft. Aber die südkurdischen Kräfte schweigen. Sie arrangieren sich sogar damit, dass der türkische Staat unsere Bewegung zum Ziel erklärt hat. Es ist eine sehr interessante, sehr erschütternde, ja betrübliche Situation, dass unsere hiesigen Geschwister der PUK und der KDP, anstatt einer Lösung der Kurden-Frage im Norden dienlich zu sein, alle Anstrengungen unternehmen, die in eine ausweglose Situation führen. Es ist notwendig, dass insbesondere alle kurdischen PatriotInnen und intellektuellen Kreise sich damit befassen und darüber diskutieren. Es ist notwendig, die Gründe dafür gut zu erfassen und zu verstehen.

Wünschen die PUK und die KDP die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei?

Natürlich tun sie das nicht. Sie geben sich alle erdenklichen Mühen, die Ausweglosigkeit der Situation zu vertiefen. Zweifellos scheint das ein sehr ernsthafter Widerspruch zu sein. Eigentlich ist die Lösung der Kurden-Frage im Rahmen der gesamten Region abhängig von der Lösung in der Türkei. Sollten die Leugnung und Vernichtung von Seiten der türkischen Regierung überwunden werden, sollte die Existenz der in den Grenzen der Türkei lebenden KurdInnen anerkannt werden, dann ist offenbar, dass sich auch eine Politik der Freundschaft mit den KurdInnen außerhalb der Türkei entwickeln kann. Sollte sich die Türkei einer solchen Politik annähern, dann öffnet sich auch der Weg für die Perspektive des föderativen Staates im Süden. Gefahren und Hindernisse würden beseitigt. Infolgedessen wird die Lösung der Kurden-Frage in der Türkei auch dem Süden dienlich sein, ja sogar der erste Schritt für eine Lösung der Kurden-Frage insgesamt sein. Wenn der türkische Staat Freundschaft zu den KurdInnen pflegt und sich von der Politik der Leugnung verabschiedet, dann könnten weder Syrien noch der Iran eine Politik der Leugnung betreiben. Kurz gesagt, es würde sich generell ein Prozess der Befreiung der KurdInnen entwickeln. Der Schlüssel dazu ist die Überwindung der Politik der Leugnung und Vernichtung in der Türkei. Obwohl dies klar ersichtlich ist, wünschen sich diese Entwicklung weder die beiden im Süden wirkenden Organisationen noch die vielen Fraktionen und Gruppen, die sich selbst als patriotisch bezeichnen. Was heute die Entwicklung einer Lösung der kurdischen Frage im Norden betrifft, so ist nur unsere Bewegung, der KONGRA-GEL, beharrlich. Alle anderen hingegen fürchten, dass sie damit auch in ihrem Einflussbereich an Boden verlieren würden. Die Interessen der eigenen Organisationen rangieren bei ihnen vor denen der Nation. Aus diesem Grund unternehmen sie alle Anstrengungen, anstatt eine Lösung im Norden zu fördern deren Verhinderung zu betreiben. Daher wenden wir uns vor allem an PUK und KDP. Wir erklären, dass es notwendig ist, dass sie auf eine solche Politik verzichten, die nicht dem Interesse der Nation dient, und davon Abstand nehmen. Wir als KONGRA-GEL bezeugen, dass wir für jede Art der Solidarität, der Beziehung untereinander sowie für Diskussionen offen sind.

Der türkische Staat fürchtet sich vor dem KONGRA-GEL. Aber bedauerlicherweise fürchten sich die Kräfte im Süden noch viel mehr. Sie sollten sich jedoch nicht fürchten. Die Lösung der Kurden-Frage entwickelt sich nicht mit einer Lösung in nur einem Teil Kurdistans. Die Kurden-Frage muss im Ganzen gesehen werden. Deshalb ist es nicht richtig, nur das Interesse eines Teils als Grundlage zu nehmen und alles nur im Rahmen der Interessen eines Teils zu bewerten. Die Möglichkeiten zur Lösung der Kurden-Frage in der Türkei sind entstanden. Es ist notwendig, dass die Kräfte des Südens das nicht behindern, sondern unterstützen und sich für eine Lösung einsetzen. Bleibt noch zu sagen, dass dies im Interesse des gesamten kurdischen Volkes ist. Es wird vor allem auch im Interesse der KurdInnen aus dem Süden sein. Aber trotzdem machen sich PUK und KDP eine Politik zur Basis, die in die Ausweglosigkeit führt. Das ist sehr besorgniserregend. Deshalb mahnen wir unser gesamtes Volk und alle intellektuellen Kreise zur Aufmerksamkeit. Wir erklären die Notwendigkeit, dass alle das Ihrige dazu beitragen, diese Kräfte von ihrer falschen Praxis abzubringen. Zu diesem Thema bedarf es eines kurdischen Nationalgefühls. Ohne jegliche Beachtung aller Teile sich nur um den Gewinn in einem Teil zu kümmern sollte nicht das Maß des Patriotismus sein. Wir dürfen nicht vergessen, dass es um das gemeinsame Schicksal unseres Volkes in allen Teilen geht. Es kann nur eine vernünftige Lösung erreicht werden, wenn die kurdische Frage als Ganzes gesehen und auch demgemäß eine Strategie entwickelt wird. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, wird man sich dem nicht entziehen können, fortgesetzt von regionalen sowie internationalen Kräften instrumentalisiert zu werden. Es ist notwendig, dass zuallererst die KurdInnen untereinander Solidarität üben. Speziell was diesen Gipfel angeht, erwarten wir von PUK und KDP, dass sie von ihrer falschen Politik Abstand nehmen und eine positive Haltung entwickeln. Wir möchten zum Ausdruck bringen, dass hier ein Spiel getrieben wird und es notwendig ist, nicht darauf herein zufallen. ♦

Auszug aus dem Gesprächsprotokoll mit Abdullah Öcalan

„Mir geht es nur darum zu verhindern, dass Kurdistan in ein Meer von Blut getaucht wird."

Am 19. Januar 2005 hatte der vorerst letzte Besuch der AnwältInnen bei Abdullah Öcalan stattgefunden. Jeden Mittwochmorgen machten sich die AnwältInnen des Asrin Hukuk Bürosu und Angehörige von Abdullah Öcalan auf den Weg zur Gendarmeriestation in Gemlik, von wo die Fähre nach Imrali übersetzt. Die Besuche wurden wegen angeblich schlechten Wetters abgewiesen. Auch die Zeitungen und Bücher für Öcalan wurden zurückgegeben.
Eine Delegation des türkischen Menschenrechtsvereins IHD, die auf Antrag der AnwältInnen die gesundheitliche Situation Öcalans und die Bedingungen im Gefängnis Imrali untersuchen wollten, wurden von den Verantwortlichen der Gendarmerie daran gehindert. Das Justizministerium erklärte, Öcalan habe keine gesundheitlichen Probleme.
Über das neue Boot, das das Justizministerium für die Überfahrt bereitgestellt haben soll, ist immer noch keine Information zu bekommen.

Wir veröffentlichen hier eine Zusammenfassung des Gesprächsprotokokolls vom 19. Januar 2005.

Beim vorerst letzten Besuch der AnwältInnen Öcalans, der mittlerweile mehr als drei Wochen zurückliegt, richtete der Kurdenführer angesichts der sich zuspitzenden Lage eindringliche Appelle an das Volk der Türkei und den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, ein Blutbad in Kurdistan und der Türkei zu verhindern. Öcalan zitierte weiter aus dem Brief, den er Anfang des Jahres an Ministerpräsident Erdogan geschrieben hatte. Er warnte erneut vor dem kurdischen Nationalismus und stellte dem sein Konzept eines demokratischen Konföderalismus entgegen.

Der Kurdenführer bezeichnete es als einen Fehler, die PKK bzw. den Kongra-Gel als geschwächt anzusehen und ihre Vernichtung zur Grundlage der weiteren Kurdenpolitik zu machen. Insbesondere warnte er vor den Gefahren des Nationalismus von allen Seiten und den Bestrebungen, einen kurdischen Staat zu gründen. Das sei kontraproduktiv und werde die Konflikte noch weiter anheizen.

Öcalan, der die Nationalstaaten und insbesondere die künstlich geschaffenen Nationalstaaten des Mittleren Ostens als nicht zeitgemäß ansieht, skizziert in seinem Brief die geschichtliche Entwicklung des Nationalismus in der Region. Während es im Osmanischen Reich ein friedliches Zusammenleben mit den Armeniern gegeben habe, habe die Einmischung der USA, Englands und Frankreichs letztlich den Völkern, für die sie sich einzusetzen vorgaben, nichts gebracht. ArmenierInnen, AssyrerInnen und anatolische GriechInnen seien vertrieben oder Opfer des Genozids geworden. Der zionistische Nationalismus habe zur Gründung von Israel geführt, dagegen kämpft der arabische Nationalismus für einen palästinensischen Staat. Türkischer Nationalismus habe zur totalen Verleugnung der Kurden geführt, wogegen die PKK sich gewehrt habe. Durch demokratischen Konföderalismus hingegen könnten all diese nationalistischen Konflikte entschärft werden.

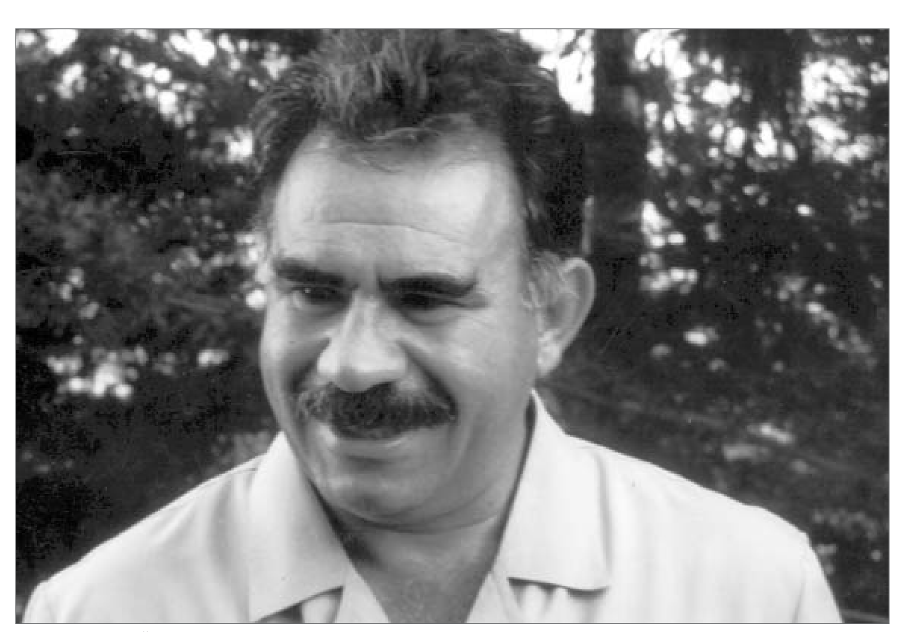
Die bevorstehende Gründung eines kurdischen Staates im Nordirak sei wieder das Werk des Westens. Auch die Türkei habe die südkurdischen Gruppen lange unterstützt und tue dies noch, sofern sie gegen die PKK kämpfen. Insofern entstehe der Staat als Gegenleistung für die Vernichtung der PKK, als Preis für Öcalans Kopf. Jedoch solle sich die Türkei nicht täuschen: Sie sei von den USA hochgerüstet worden, und die USA könnten dasselbe auch mit den KurdInnen tun.

Die Geschichte des kurdischen Nationalismus beginne im Jahre 1806 mit Abdurrahman Pascha. Zweiter Schritt sei die Organisation als KDP seit 1945, als dritter Schritt stehe die Staatsgründung bevor. Dieser Nationalismus werde nicht halt machen, sondern immer mehr fordern. Da die kurdische Bevölkerung mittlerweile an die 50 Millionen zählt, bestehe hier ein Konfliktpotential, welches das israelisch-palästinensische noch übersteige.

Auch ihm selbst sei mehrfach angeboten worden, sich auf die Seite der Nationalisten zu schlagen. Darauf sei er aber trotz aller Drohungen und Attentatsversuche gegen seine Person nicht eingegangen. Er selbst habe immer Demokratie und Sozialismus statt Feudalismus und Nationalismus vertreten und tue das auch weiterhin.

„Mir geht es nur darum zu verhindern, dass Kurdistan in ein Meer von

Blut getaucht wird“, betonte er im Hinblick auf die drohende Kriegsgefahr. Als Alternative zum Nationalismus wies er nochmals auf sein Konzept des demokratischen Konföderalismus hin. Mit diesem Begriff bezeichnet Öcalan eine nichtstaatliche Organisierung von Gruppen wie Nationen, Minderheiten, Religionsgemeinschaften und Geschlechtern. So könnten sich Nationen und Kulturen organisieren, ohne einen Staat zu gründen. Grundlage dafür sei die demokratische Kommunalorganisation angefangen bei den Dörfern, die Gesamtheit aller dieser Organisationsformen stelle dann eine nichtstaatliche, demokratische Konföderation dar. Die KurdInnen sollten die staatlichen Grenzen nicht als Trennungslinien begreifen, sondern als Brücken und durch ihre Organisation das Zusammenwachsen fördern.



Abdullah Öcalan Foto: Archiv

Ein solcher Organisationsstil könne auch für die 22 arabischen Staaten gelten, sogar für eine Konföderation von Israel und Palästina oder die Türkei und die Turkrepubliken Zentralasiens, die sich nicht zu einem Nationalstaat, wohl aber in demokratisch-konföderaler Weise zusammenschließen könnten. In diesem Zusammenhang forderte Öcalan auch den Iran und Syrien zum Dialog auf: „Schafft einen Dialog, bei dem es um einen demokratischen Kompromiss für die Forderung der KurdInnen nach Freiheit geht.“

Ein kurdischer (Bundes-)Staat, der auf derartigen demokratischen Prinzipien beruhe, werde ein gefragter Partner statt eines Feindbildes werden. So könne die drohende Gefahr eines Blutbades, das den Israel-Palästina-Konflikt noch in den Schatten stelle, verhindert werden.

Auf die Vernichtung der PKK und zu diesem Zwecke die Förderung des kurdischen Nationalismus zu setzen, sei auch für die Türkei fatal: „Wer sagt, die PKK ist schwach, Kongra-Gel ist am Ende, der irrt sich. So schnell sind sie nicht am Ende. Und nach der PKK käme die kurdische Hizbullah, der kurdische Nationalismus würde die Oberhand bekommen, kurdischer Fundamentalismus und die Nakschibendi-Bruderschaft würden sich ausbreiten. Diese beiden Strömungen zusammengenommen würden direkt in die Katastrophe führen. Die Türken haben Feinde im Ausland. Diese würden alle den kurdischen Nationalismus stützen und sind zu allem bereit. Dann werden die Völker Anatoliens leiden.“

An die Bevölkerung der Türkei richtete er den Aufruf, Druck auf die eigene Regierung auszuüben, damit es zu einer politischen Lösung kommen kann: „Ich rufe Linke und Rechte, das ganze Volk der Türkei auf: Setzt eure Regierung unter Druck. Mit euch wird ein böses Spiel gespielt. Gebt mir nicht die Schuld. Unsere Muttersprache ist verboten, wir haben nicht einmal eine einzige Schule. Greift mich nicht an, das ist, als würdet ihr euch selbst angreifen. Ich sage, lasst uns diese Pläne [der Regierung] vereiteln. Dann kann sich ein würdiger Frieden entwickeln. Wenn die Forderungen der KurdInnen nach Freiheit, nach Demokratie akzeptiert werden, hole ich die Guerilla innerhalb von zwei Monaten von den Bergen herunter.“

Die Guerilla hingegen forderte er auf, den Widerstand zu organisieren, falls es Vernichtungsangriffe gegen sie geben sollte: „Wenn diese Vernichtungspolitik weitergeht, wenn sie versuchen, die kurdischen Kollaborateure zu benutzen, wird euch nichts übrig bleiben, als euch massiv zu verteidigen. Sie werden dies noch zwei Monate weiterführen. Wenn sie auch diplomatische und politische Methoden einsetzen, um euch in die Enge zu treiben, müsst ihr euch verteidigen, eure Würde und Freiheit und die eures Volkes verteidigen. Das verstehen sie nicht, sie wollen euch immer noch vernichten. Ich sage dies, weil ich für die Geschwisterlichkeit mit dem arabischen, dem türkischen und dem iranischen Volk eintrete. Iran, Syrien und der Irak müssen in einen demokratischen Dialog eintreten.“

Für den Fall eines Angriffes auf die Guerilla, die mehrfach ihre Bereitschaft zu einem bilateralen Waffenstillstand bekundet hat, rief Öcalan die kurdische Jugend auf, ebenfalls in die Berge zu gehen und sich und ihre Würde dort zu verteidigen.

Beim kurzen Besuch seiner Schwester Fatma wies Abdullah Öcalan auf seine weiter bestehenden Gesundheitsprobleme, insbesondere die nächtlichen Atemprobleme hin. Er wiederholte seine Forderung nach unabhängigen medizinischen Untersuchungen, die ihm bisher verweigert werden. ♦

Quelle: Gesprächsprotokoll der AnwältInnen mit Abdullah Öcalam vom 19. Januar 2005
Weitere Auszüge aus den Gesprächen siehe: http://www.nadir.org/isku

Essa Moosa: Nicht einmal Mandela war so isoliert wie Öcalan

MHA, Mesopotamische Nachrichtenagentur, 23. Januar 2005

Am 16. Februar 2005 reiste eine deutsch-südafrikanische Menschenrechtsdelegation in die Türkei, um die Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan zu untersuchen. Die sechsköpfige Delegation führte Gespräche mit verschiedenen Vertretern aus Politik, Menschenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Eines der Hauptanliegen, auf der Gefängnisinsel Imrali mit Öcalan zusammen zu treffen, konnte nicht verwirklicht werden. Das türkische Justizministerium verweigerte ohne Angaben von Gründen die Besuchserlaubnis. MHA sprach mit Essa Moosa, Richter am Obersten Gerichtshof in Südafrika und ehem. Rechtsanwalt von Nelson Mandela, sowie mit em. Prof. Dr. Norman Paech, einem renommierten Völkerrechtler aus der Bundesrepublik Deutschland, über die ersten Eindrücke von ihrer Reise.

In den 1980er Jahren nahmen Sie als Rechtsanwalt die Interessen Ihres Mandanten, Nelson Mandela, wahr. Später arbeiteten Sie auch politisch zusammen. Wie haben Sie Nelson Mandela kennen gelernt? Können Sie unseren Lesern etwas über seinen Prozess erzählen?

Damals, als die weiße Regierung an der Macht war, war in Südafrika die Kultur des Nationalismus weit verbreitet. Grundlage dieser Weltanschauung waren die Apartheid und der Rassismus. Nelson Mandela stellte sich gegen diese Weltanschauung. 1952 berief er den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) ein. Dort richtete er auf der Grundlage der gefassten Beschlüsse an die Öffentlichkeit einen Aufruf, der den Charakter eines „Freiheitsmanifestes“ hatte. In dem Aufruf formulierte er die demokratischen Prinzipien eines freien Südafrikas. Kurz darauf wurde gegen die Organisatoren des Kongresses, unter denen sich auch Nelson Mandela befand, ein Verfahren eröffnet. Die von ihm formulierten demokratischen Prinzipien wurden als „Vaterlandsverrat“ charakterisiert. Einige Jahre später wurde der ANC, aber auch andere Parteien, verboten und ihnen die politische Betätigung untersagt. Daraufhin beschloss der ANC die Aufnahme des bewaffneten Kampfes, den er so lange fortführte, bis ihm wieder Eintritt in die politische Arena gewährt wurde.

Damals verließen viele Angehörige des ANC das Land, um sich in Algerien und Palästina im Gebrauch an der Waffe unterrichten zu lassen. Bei ihrer Rückkehr überzeugten sie breite Teile der schwarzen Bevölkerung von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes. Damit begannen die Sabotageaktionen, Bombenattentate und Angriffe auf die staatlichen Sicherheitskräfte. Im Verlauf dieser Aktionswellen wurden Mandela, aber auch andere Führer des ANC, gefangengenommen und vor Gericht gestellt. Diejenigen Führer, derer man nicht habhaft werden konnte, verließen das Land. Mandela sprach während seines Prozesses nur ein einziges mal. In seiner Rede legte er die Beweggründe des bewaffneten Kampfes und die eigenen langfristigen Ziele seiner Bewegung dar. 1989 nahm er Verbindung mit der Regierung auf, indem er zu einer Waffenruhe aufrief und zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes aufforderte.

Wie wurde der Aufruf Mandelas, die Waffen schweigen zu lassen und eine friedliche Lösung für den Konflikt zu suchen, vom Staat beantwortet? Wie gestalteten sich die Friedensbemühungen Mandelas während seiner Haftzeit?

Zuerst wies der Staat das Friedensangebot weit von sich. Viele waren gegen eine friedliche Lösung. In dieser Zeit nahm Mandela mit den im Ausland befindlichen Verantwortlichen des ANC Verbindung auf. Er überzeugte sie davon, dass ein Frieden nicht den Ausverkauf der eigenen Ideale und Ziele bedeuten muss. Er rief die Führung des ANC zur Rückkehr nach Südafrika und zur Niederlegung der Waffen auf, damit sich diese am politischen Leben des Landes beteiligen. Im Gegenzug ließ die Regierung immer mehr politische Gefangene frei, später auch Mandela selbst. Mandela, der die Friedensgespräche führte, konnte seine Organisation von dem eingeschlagenen Kurs überzeugen. Zwar gab es keine schriftliche Übereinkunft mit der Gegenseite. Vielmehr schritt dieser Prozess der Annäherung unabhängig voneinander voran.

So schrieb Mandela, der mittlerweile in ein anderes Gefängnis verlegt worden war, Briefe an den Präsidenten und Ministerpräsidenten. Die ersten Briefe wurden nicht einmal ernst genommen. Als dies Mandela erkannte, setzte er seine beständigen Bemühungen fort, indem er weitere Briefe an die Abteilung des Justizministeriums sendete, die für das Strafvollzugswesen verantwortlich war. Er verstand es, über diese Abteilung eine Verbindung zur Regierung aufzunehmen.

Der Staatssekretär für den Strafvollzug begann seine Eindrücke an den Ministerpräsidenten zu übermitteln, die er in den langen Gesprächen mit Mandela auf der Gefängnisinsel gewonnen hatte. Während dieser Zeit wurden einerseits die großen Proteste, Aktionen und Widerstand gegen die Apartheid fortgeführt, andererseits hielt der Staat seine Politik der extralegalen Hinrichtungen und Tötungen aufrecht.

Als nach geraumer Zeit Mandela erlaubt wurde, einige seiner Kampfgenossen zu Gesprächen zu empfangen, beschleunigte dies den Friedensprozess ungemein. Denn diese Führer des ANC waren noch nicht vom Friedenskurs Mandelas überzeugt. Danach kam es zu einer Reihe von Veränderungen. Nunmehr wurden die Organisationen, denen diese Führer angehörten, nicht mehr als illegal angesehen. Alles Weitere ist bekannt. 1994 wurden Wahlen abgehalten, aus denen der ANC als Sieger mit absoluter Mehrheit hervorging. Mandela wurde Präsident, eine demokratische Verfassung wurde verabschiedet.

Gibt es Ihrer Meinung nach Ähnlichkeiten zwischen den Fällen von Abdullah Öcalan und Mandela?

Nelson Mandela war nicht derartigen Isolationshaftbedingungen ausgesetzt, wie dies bei Abdullah Öcalan der Fall ist. Dennoch ist es gut möglich, dass es auch in seinem Fall zu ähnlichen Entwicklungen kommen kann. Dies hängt jedoch davon ab, inwieweit Öcalan Verbindung mit der Regierung aufnehmen kann bzw. wie sehr er dazu entschlossen ist. Ich sehe jedenfalls keinen Grund, weshalb das nicht möglich sein sollte. Zwar war auch Mandela auf einer Gefängnisinsel gefangen, er hatte jedoch die Möglichkeit, Kontakt zu anderen Gefangenen zu pflegen. Dies ist Öcalan nicht möglich. Früher war der ANC verboten und seine Führer waren als Terroristen diskreditiert. Einige frühere Freiheitskämpfer bzw. als Terrorist gebrandmarkte Führer von Befreiungsbewegungen sind heute Präsidenten ihres Landes. Wir sehen also, dass nichts unmöglich ist.

Herr Paech, Sie beschäftigen sich schon länger mit einer Lösung der kurdischen Frage. Wie bewerten Sie die diesbezüglichen Entwicklungen?

Vor zwei Jahren kam ich in die Türkei und bereiste die Gegend um Wan (Van) und Culemêrk (Hakkari). Das war in der Zeit des Wahlkampfes. Die Bevölkerung war einem enormen Druck ausgesetzt. Eine derartige repressive Atmosphäre war auch bei der letzten Wahl festzustellen. Ein demokratischer Umgang war nicht existent. Mein erster Eindruck aus den Gesprächen mit Vertretern von zivilgesellschaftlichen Organisationen ist jedoch, dass die jetzige Regierung dazu eine positivere Haltung einnimmt. Zwar setzen sich die Menschenrechtsverletzungen weiterhin fort, die jetzige Regierungspartei scheint jedoch aus den Erfahrungen gelernt zu haben und bewusster zu handeln. Leider musste ich dennoch feststellen, dass sich die Mentalität und das Denken der türkischen Regierung nicht wirklich geändert haben.

Wie bewerten Sie die Tatsache, dass Ihnen vom Justizministerium der Besuch auf Imrali verwehrt wurde?



DelegationsteilnehmerInnen beim IHD — Foto: DIHA

Anfänglich hofften wir, dass man es uns erlauben wird, mit Herrn Öcalan zusammenzutreffen. Wir sind betrübt darüber, dass es zu einem solchen Zusammentreffen nicht gekommen ist. Einerseits behauptet das Justizministerium, dass es dem internationalen Standard gerecht würde. Andererseits sprechen menschenrechtliche und zivilgesellschaftliche Institutionen davon, dass gegenüber Herrn Öcalan massive Isolation angewandt wird. Natürlich widerspricht Isolationshaft den universellen Menschenrechten, weshalb derartige Maßnahmen nicht hingenommen werden dürfen. Wären wir mit Abdullah Öcalan zusammengetroffen und hätten wir die dortigen Bedingungen mit eigenen Augen sehen können, dann könnten wir auch einen ausgewogenen Untersuchungsbericht erstellen. Nicht nur, dass die Regierung das Gesuch für einen Besuch bei Abdullah Öcalan zurückgewiesen hat, sie hat uns auch keinen Gesprächstermin gegeben, aus Zeitmangel, wie sie sagt.

Das Verhalten des Justizministeriums entsprach nicht seiner Position, es war oberflächlich und unreif. So glaube ich nicht, dass die Ursache hierfür beim Justizministerium lag, sondern vielmehr bei den Stellen, die gegenüber dem Justizministerium weisungsberechtigt sind. Zwischen den Auffassungen der Vertreter der AKP und den Auffassungen der Vertreter der Menschenrechtsorganisationen besteht ein großer Unterschied. So stellt die AKP die Menschenrechtslage und die Demokratisierungsfortschritte sehr positiv dar, dem wiederum die Menschenrechtsorganisationen jedoch vehement widersprechen.

Wie sehen Sie die politischen Hintergründe der gegen Abdullah Öcalan angewandten Isolationshaft?

Isolation ist eine Methode, um oppositionelle Führer über Jahre hinweg von ihrem Volk zu trennen. Gleichzeitig soll dies die Auflösungserscheinungen ihrer Organisationen forcieren. Mit dieser Methode soll die Persönlichkeit dieser Führer gebrochen werden, weshalb ich diese Methode als „weiße Folter" bezeichne.

Werden Sie Ihre Untersuchungen fortsetzen?

Ja, wir werden sie fortsetzen. Unsere Absicht ist Fakten zu diesem Thema zu sammeln. So widerspricht, für meine Begriffe, das gegen ihn verhängte Urteil dem internationalen Recht, da seine Entführung illegal war. Ein solches Vorgehen ist nicht durch internationales Recht gedeckt. Würde man eine solche Missachtung dulden, könnte jeder Staat der Welt seine Oppositionellen aus dem Ausland entführen und verurteilen.

Im Urteil aus erster Instanz des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (ECHR) fand die Entführung Abdullah Öcalans keine Erwähnung. Demnach konnte der Gerichtshof keinen Rechtsverstoß feststellen. Aus diesem Grund werden wir unsere Untersuchungen fortführen, um die Angelegenheit etwas mehr zu erhellen. In Südafrika gab es z. B. in der Vergangenheit einen ähnlichen Fall. Dort wurde ein Führer der oppositionellen Bewegung, mit dem Namen Es Ibrahum, von Swaziland nach Südafrika verschleppt. Infolgedessen wurde Es Ibrahum zu einer Haftstrafe von 18 Jahren verurteilt. Dieses Urteil wurde in höherer Instanz wieder aufgehoben, da das betreffende Gericht zum Schluss kam, dass der Prozess gegen ihn illegal war, weil auch seine Verschleppung illegal war. Es Ibrahum wurde freigelassen. ♦

Über die Aktivitäten der Initiative 'Lebende Schutzschilde'

Warum 'Lebende Schutzschilde'?

Senar Mete, Vorstandsmitglied der DEHAP-Jugendorganisation

Im 20. Jahrhundert wurde oft mit Gewalt versucht, politische und gesellschaftliche Probleme zu lösen. Fünfzehn Jahre lang wurde in Kurdistan, weil dem kurdischen Volk keine andere Alternative gelassen wurde, ein heftiger Widerstandskampf auf der Grundlage von "Gewalt" geführt. In dieser Zeit wurden an der kurdischen Bevölkerung Massaker verübt, nur weil sie ihre Freiheit gefordert hat.

In diesem Krieg haben annähernd 50 000 Menschen ihr Leben verloren. Etwa 2 Millionen Menschen sind in Großstädte wie Istanbul und Izmir geflüchtet. Tausende Menschen haben ihr Leben als Folge von Morden so genannter "unbekannter Täter" verloren. Weiteres Schreckliches ist passiert, das hier aufgeführt werden könnte. Auf der einen Seite ein Volk, das seine Freiheit fordert, auf der anderen Seite ein oligarchischer Staat, der nicht einmal die Existenz des kurdischen Volkes anerkennen will. Weil die Volksaufstände, "Serhildans", in den neunziger Jahren blutig zerschlagen wurden, blieb dem kurdischen Volk keine andere Wahl als bewaffnet Widerstand zu leisten. Ich weiß nicht, inwieweit es notwendig ist, Weiteres an Tragik und Leid anzuführen, die durch einen Krieg verursacht wurden, der keine Regeln kennt. Um so offensichtlicher ist es, dass der kurdischen Bevölkerung keine andere Chance bleibt als Widerstand zu leisten.

Nach fünfzehn Jahren Krieg wurde von der kurdischen Parteiführung Abdullah Öcalan das Projekt einer "demokratischen Republik" entwickelt, in diesem Rahmen rief er am 2. August 1999 die Guerillakräfte auf, sich jenseits der türkischen Staatsgrenzen zurückzuziehen. Dieser Schritt eröffnete die Chance, die kurdische Frage mit friedlich-demokratischen Mitteln zu lösen. Die Volksverteidigungskräfte (HPG) hielten sechs Jahre lang an dem einseitigen Waffenstillstand fest. Parallel dazu steigerte die kurdische Bevölkerung ihren demokratischen Kampf für eine Lösung und forderte bei jeder Gelegenheit den Frieden. Abdullah Öcalan erklärte in seiner Einzelzelle bei jeder Unterredung mit seinen AnwältInnen: "Ich lebe hier für den Frieden."

Aber weil der türkische Staat sich dem Problem aus der Logik der Verleugnung und Vernichtung heraus annähert, hat er die Friedensatmosphäre, die durch die große Opferbereitschaft der kurdischen Bevölkerung vorbereitet wurde, nicht schätzen können. Vielmehr wurden die kurdischen Friedensforderungen als Zeichen der Schwäche interpretiert und keine Möglichkeit unversucht gelassen die kurdischen Kräfte zu vernichten. Ein Konflikt kann nur mit den Konfliktparteien gelöst werden. Aber der türkische Staat beharrt darauf die legitimen VertreterInnen des kurdischen Volkes nicht anzuerkennen und setzt weiterhin auf ihre Vernichtung. Einer unvergleichlich schweren Isolation wird Herr Abdullah Öcalan ausgesetzt, der von einem Großteil des kurdischen Volkes als Führungspersönlichkeit anerkannt wird. Damit sollen die KurdInnen provoziert und ihnen der Krieg aufgezwungen werden.

Der türkische Staat, der die US-Invasion in den Irak als eine Chance für sich sah, versuchte durch aufgezwungene Reuegesetze die kurdischen Freiheitskräfte zur Aufgabe zu bewegen. Als er keinen Erfolg erzielen konnte, startete er erneut Militäroperationen mit dem Ziel der Schwächung und Vernichtung. "Entweder ein würdeloses Ergeben oder der Tod", das ist die Alternative, die den KurdInnen aufgezwungen wird. Die gegenwärtig vorherrschende Haltung der Regierung lässt keine andere Annahme zu. Daraufhin hat die Guerilla erklärt, die Aufrechterhaltung des seit sechs Jahren andauernden einseitigen Waffenstillstands sei nicht mehr möglich und sie werde sich im Rahmen der Prinzipien der legitimen Selbstverteidigung verteidigen. Ein sich auf die gesamte Region auswirkender Krieg breitete sich aus. Allein seit dem 1. Juni 2004 haben bis heute über 500 Soldaten, Polizisten und Dorfschützer und über 100 Guerillas sowie Dutzende von ZivilistInnen ihr Leben verloren. Kurdistan wird weiterhin vermint.

"Wir wollen nicht töten und nicht getötet werden"

Wir glauben nicht, dass Probleme militärisch gelöst werden können. Militärische Operationen bedeuten nichts anderes als noch mehr Gewalt. Gewalt wiederum bedeutet noch mehr Tote, Zerstörung, Flucht, Armut, Leid und die Zerstörung der natürlichen Umwelt. Vermintes Land kann jederzeit jemanden unter uns in den Tod reißen. Am schwersten betroffen sind die jungen Menschen. Sie sind es, die getötet werden und töten. Jeder Mann, der sein zwanzigstes Lebensjahr erreicht hat, wird unter Waffen gestellt. Aus diesem Grunde haben wir uns entschieden, unter dem Motto "Wir wollen nicht töten und nicht getötet werden" zu *Lebenden Schutzschilden* zu werden. Weil

die kurdische Frage mittels Dialog zwischen den Konfliktparteien gelöst werden kann und dies im Interesse aller Völker der Türkei ist – ausgenommen einer Handvoll Kriegsprofiteuren – sagen wir zu denen, die noch mehr Menschen töten wollen: "Dann schießt erst auf uns. Ist es nicht eure Absicht möglichst viele Menschen zu töten? Dann schießt erst auf uns, bevor ihr auf die Freiheitskämpfer eines Volkes schießt!" Wir fordern die sofortige Einstellung der Militäroperationen und die Aufnahme des Dialoges mit den politischen VertreterInnen des kurdischen Volkes. Die Waffen müssen erst schweigen für eine friedlich-demokratische Lösung. Dafür muss ein beidseitiger Waffenstillstand ausgerufen werden. Wir lehnen die Gewalt als Mittel zur Lösung ab.

Wie hat sich diese Initiative der *Lebenden Schutzschilde* überhaupt entwickelt?

Die anfängliche Idee von *Lebenden Schutzschilden* gegen militärische Operationen entwickelte sich in der Diskussion der Demokratischen Jugendplattform Diyarbakir zu einem gemeinsamen Beschluss. Wenn sich auch in anderen Teilen der Welt Initiativen *Lebender Schutzschilde* entwickelt haben, so ist es doch für die Türkei eine neue Aktionsform, die an andere Kreise herangetragen wurde und von ihnen Unterstützung einforderte, und dies ist von großer Bedeutung. Daraufhin ist eine Gruppe der Jugendplattform im Juli/August mit einem Bus von Amed (Diyarbakir) nach Ankara gereist und hat unterschiedliche politische Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen und Medieneinrichtungen in Gruppen von vier bis fünf Personen aufgesucht. Neben positiven Reaktionen haben wir auch negative Antworten erfahren. Nach unserer Rückreise nach Amed haben wir auch hier Institutionen und Vereine aufgesucht und um Unterstützung nachgesucht.

Wir haben nun beschlossen, am 1. September, dem Antikriegstag, in eine Region zu fahren, in der Militäroperationen stattfinden. Vorher haben wir mit einem zehntägigen Infostand den Menschen erklärt, warum wir *Lebende Schutzschilde* werden wollen und müssen. Weil es der erste Vorstoß war, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Menschen auf Amed. Am 1. September hat sich eine 37-köpfige Gruppe als die erste Gruppe *Lebender Schutzschilde* auf den Weg in das Operationsgebiet Sîrnex (Sirnak), Richtung Gabar-Berge, gemacht. An den speziell eingerichteten Militärkontrollpunkten wurde die Gruppe willkürlich aufgehalten, ihre TeilnehmerInnen misshandelt. Als sie schließlich nach zwei Tagen die Strecke, die eigentlich vier Stunden dauert, hinter sich gelassen hatte und Cizîr (Cizre) erreichte, wurde die Gruppe von Dorfschützern, in Zivilkleidung und mit Knüppeln und Waffen ausgestattet, angegriffen. Es war offensichtlich, dass dieser Angriff im Vorfeld geplant war und die Dorfschützer aus der Umgebung für diesen Angriff zusammengetrommelt worden waren. Wir haben in dem Wissen gehandelt, dass trotz allem bis zum Schluss gegan-



Sitzprotest der *Lebende Schutzschilde* in Sêrt   Foto: DIHA

gen werden muss, weil dies die zukünftige Arbeit bestimmen wird. An jenem Tag hat die Gruppe in Cizîr übernachtet. Als wir uns am Morgen auf den Weg machen wollten, haben wir gesehen, dass die Scheiben unserer PKWs zerschlagen waren. Es ist natürlich verboten in diesem Zustand zu fahren. Dies war eine hinterhältige Art der Behinderung. Alle Busstationen wurden bedroht für den Fall, dass uns ein Auto zur Verfügung gestellt würde. Wir haben in Cizîr nicht ein einziges Auto finden können. Wir hatten nur noch acht bis zehn Kilometer bis zum Ziel. Daraufhin haben wir uns entschieden, den Rest zu Fuß zu machen. Nun hieß es: "Ein Gruppenmarsch auf diesem international wichtigen Handelsweg, dem Scheidenweg, ist untersagt." Der Staatsanwalt hat zudem unseren festgenommenen FreundInnen unterbreitet: "Kehrt zurück und wir werden keine rechtlichen Schritte einleiten." Aufgrund der entschlossenen Haltung unserer Freunde und Freundinnen, nicht zurückkehren zu wollen, ließ der Staat unsere FreundInnen verhaften mit der Begründung, diese Aktion würde "Unwillen in der Gesellschaft" auslösen.

Später hat sich eine 25-köpfige Gruppe, bestehend aus Jugendlichen der Sozialistisch-Demokratischen Partei (SDP), des Sozialistischen Jugendvereins (SGD) und der DEHAP-Jugend von Istanbul aus auf den Weg nach Sêrt (Siirt) gemacht. Nachdem sich in Sêrt weitere fünfzehn Personen angeschlossen hatten, setzte sich die Gruppe in Richtung des Cirav-Berges in Dîh (Eruh) in Bewegung. Auf dem Weg wurde sie einen Tag lang willkürlich aufgehalten. In einem Dorf bei Dîh wurden die TeilnehmerInnen im Beisein eines Oberleutnants geschlagen. Nach einer Anzeige gegen die Verantwortlichen wegen Misshandlung und Folter setzte die Gruppe ihren Weg fort und wurde daraufhin verhaftet.

Unmittelbar danach machte sich eine 18-köpfige Gruppe aus Riha (Urfa) auf nach Dersim. In der Kreisstadt Kovancilar bei Elazig wurden unsere FreundInnen von Soldaten und Dorfschützern beleidigt und gestoßen. Als sie am nächsten Tag über Pertek nach Dersim einreisen wollten, wurden sie in Pertek verhaftet.



Lebende Schutzschilde in Silopi Foto: DIHA

Anschließend brach eine 16-köpfige Gruppe aus Adana und Mersin nach Culemêrg (Hakkari) zum Berg Kato auf, in Culemêrg schlossen sich weitere 18 Personen an. Anders als in den vorhergehenden Fällen konnte die Gruppe bis an die Spitze des Kato gelangen und dort ihr Zelt aufschlagen. Nach zwei Tagen Aufenthalt auf dem Berg wurden sie bei der Rückreise auch verhaftet.

Eine neunköpfige Gruppe aus Wan (Van) begab sich ebenfalls nach Dersim. Bei ihrer Ankunft wurden sie massiv verprügelt und mussten umkehren.

Unmittelbar darauf bildete sich eine aus 28 Personen bestehende Gruppe – insbesondere älterer Menschen – in Richtung des Berges Cudi bei Sîrnex. Sie wurde in Silopi verhaftet.

Alle unsere FreundInnen wurden nach zwanzig Tagen oder einem Monat wieder freigelassen.

Die *Lebenden Schutzschilde* hatten bis dahin eher eine symbolische Bedeutung und es ging viel mehr darum eine Aktionslinie zu entwickeln. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass diese Aktionen die wirkungsvollsten Aktivitäten zivilen Ungehorsams innerhalb der letzten sechs Jahre in Kurdistan waren. Dieser Vorstoß entfaltete eine wichtige alternative Handlungsmöglichkeit für die kurdische Bevölkerung sowie für alle, die sich für Frieden und Demokratie einsetzen gegen die Militäroperationen. Parallel zu dem Verständnis, welches sich in diesem Rahmen gebildet hat, trat eine Entschlossenheit zutage, diese Aktion beginnend von Amed hin zur nächsten Etappe zu entwickeln. Daraufhin wurde unter Beteiligung von 750 Personen aus Amed der Weg in Richtung des Dorfes Pirijma bei Dicle angetreten. Diese Demonstration hat eine bedeutende Rolle dabei gespielt, die zukünftige Richtlinie unserer Aktionen festzulegen. Weil am Tag dieser Demonstration keine Operationen stattgefunden haben, wurde sie auch nur für einen Tag durchgeführt. Nachdem wir die Nacht unterwegs verbracht hatten, kehrten wir zurück. Das Besondere an dieser Aktion war, dass sie zum einen eine Massenaktion war und sich zweitens aber auch Intellektuelle beteiligt haben.

Wie weit soll es mit dieser Aktion der *Lebenden Schutzschilde* gehen?

Die Zielsetzung dieser Aktion ist seit ihrer Entstehung, dass die Militäroperationen eingestellt werden und der Dialog mit den VertreterInnen des kurdischen Volkes aufgenommen wird. Es geht darum speziell in Kurdistan, aber auch im Allgemeinen weltweit, das schmutzige Gesicht des Krieges zu entlarven. In Zukunft wird diese Arbeit auf zwei Säulen entwickelt werden. Zum einen massenhafter Widerstand in den Gebieten, in denen es zu Militäroperationen kommt. D. h., wir werden uns in Mengen in Gebiete begeben, in denen Operationen begonnen werden, um diese zu entlarven. Zum anderen werden wir uns bemühen, die Öffentlichkeit in der Türkei und der Welt mittels diplomatischer Tätigkeit zu erreichen und die Unterstützung und Beteiligung von Persönlichkeiten wie SchriftstellerInnen, KünstlerInnen, AkademikerInnen und Intellektuellen zu erhalten. Mit der Losung der DEHAP-Jugendorganisation "Wir werden dem Krieg keinen Durchgang gewähren" werden wir die Aktion der *Lebenden Schutzschilde* in allen Gebieten, in denen es zu militärischen Operationen kommt, entwickeln. Solange das militärische Vorgehen als Alternative besteht, werden unsere Aktionen anhalten. Sie haben keine zentrale Organisierung. Sie entwickeln sich vielmehr in regionaler Initiative. Daher stellen sie für alle, die Frieden wollen, allen voran für die kurdische Bevölkerung, eine Option der demokratischen Reaktion dar.



Die *Schutzschilde* von Riha (Sanliurfa) Foto: DIHA

Unsere Erwartung an unsere FreundInnen aus Europa ist es, die Zielsetzung unserer Aktion zu erkennen und diese zu unterstützen. Als die USA den Irak angegriffen haben, sind viele Menschen aus Europa in den Irak als *Lebende Schutzschilde* eingereist. Gegen den US-Imperialismus. Gegen das kurdische Volk ist zwar kein Krieg, wie er im Irak stattfindet, geführt worden. Aber seit fünfzehn Jahren gibt es militärische Gefechte. Ein nationalistischer Widerstand wie im Irak und Palästina würde in Kurdistan ein Potential der Auseinandersetzung freisetzen, das alles Bisherige um einiges übersteigen würde. Dass dies bis heute verhindert werden konnte, ist Herrn Abdullah Öcalan zu verdanken. Die kurdische Freiheitsbewegung besitzt eine Ideologie und ein Programm, die den Nationalismus ablehnen. Es ist von großer Bedeutung, dass dies erkannt wird. Wir sind der Überzeugung, dass auch das kurdische Volk Aufmerksamkeit verdient. Wir wollen auch auf die doppelzüngige Politik der EU gegenüber der kurdischen Bevölkerung hinweisen. Es ist nicht zu übersehen, dass sie zum einen die kurdische Freiheitsbewegung willkürlich als "terroristisch" abstempelt und zum anderen auf Ersuchen des türkischen Staates kurdische politische VertreterInnen verhaften lässt. Die kurdische Bevölkerung erwartet von allen aufmerksamen und aufgeschlossenen Kreisen Unterstützung. Wir als *Lebende Schutzschilde* sind ein Teil davon. Wenn aus Europa Gruppen als *Lebende Schutzschilde* nach Kurdistan kämen, wäre dies von großer Bedeutung und würde uns in unserem Anliegen stärken. Die türkische Presse verschließt ihre Augen gegenüber unseren absolut friedlichen Aktionen. Aber Ihr könnt in Europa unsere Stimme werden. ♦

Hochachtungsvoll

im Namen der *Lebenden Schutzschilde*
Senar Mete (Vorstandsmitglied der DEHAP-Jugendorganisation)

In einem Land, in dem das Recht auf Leben verletzt wird, herrscht ständiger Winter

Extralegale Hinrichtungen in Kurdistan / Türkei

RA Reyhan Yalçindag, stellvertretende Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD - 31.01.2005

Kaum waren sieben Tage vergangen, dass Ugur Kaymaz, dessen Leben durch mehr Kugeln beendet wurde als er an Jahren zählte und dem sein Lächeln aus seinem Gesicht geraubt wurde, gemeinsam mit seinem Vater Ahmet Kaymaz getötet worden war [*s. KR Nr. 117 s. 24 ff.*], mussten sich die MenschenrechtlerInnen ihren Weg von Qosere (Kiziltepe) nach Nehrî (Semdinli) bei Culemêrk (Hakkari) bahnen. Denn diesmal ist im Dorf Ögrencik (Beysosin) bei Nehrî der 19-jährige Hirte Fevzi Can von einem Unteroffizier mit den Worten getötet worden: „Ich werde nicht gehen, bevor ich nicht einen aus Culemêrk erwischt habe."

Als noch das Echo auf die außergerichtlichen Hinrichtungen in Trabzon und Gümüshane sowie in Qosere und Nehrî nachhallte und die Bevölkerung überall ihre demokratischen Reaktionen darauf zeigte, ist dann im Kreis Edremit bei Wan der Angehörige der örtlichen Filiale der Gewerkschaft der Gesundheits- und Sozialdienste, Yücel Solmaz, durch den Schuss eines Soldaten getötet worden. Damit verwandelte sich in Muradiye ein Haus voller Leid in eine Brandstätte.

Während die Öffentlichkeit über diese Morde zu Recht sehr besorgt war, sind in der Stadt Camili bei Sirnax (Sirnak) fünf Personen, in Zivil und unbewaffnet, außergerichtlich exekutiert worden. Die Zentrale des Menschenrechtsvereins IHD recherchierte alle diese Fälle und erstellte dazu Untersuchungsberichte (siehe unter www.ihd.org.tr, Rubrik „özel raporlar").



Reyhan Yalçindag Foto: DIHA

Der IHD verfolgt diese Phase sehr intensiv, um in den Fällen der angeführten schwerwiegenden Vorkommnisse mit wirkungsvollen und angemessenen eigenen rechtlichen Maßnahmen tätig werden zu können. Man befürchtet aber, dass wie im Fall Qosere die Verletzungen oft im Dunkeln bleiben und die Täter ungestraft davonkommen. So handelte es sich in Qosere bei den Beamten, welche die Beweisaufnahme durchführten, um dieselben, die auf die Opfer geschossen hatten, d. h. dieses Vergehen begangen hatten. Aus diesem Grunde verlief die Ermittlungsphase im Sinne der Täter und weniger im Sinne der Angehörigen der Opfer. Bislang ist gegen vier Polizisten eine Anklage nach Artikel 448 des türkischen Strafgesetzbuchs mit dem Vorwurf der „Tötung infolge Überschreitung der Selbstverteidigungsgrenze" vorbereitet worden. Derselbe Richter hat zudem gegen die leidvolle Mutter und Ehefrau der Opfer, Makbule Kaymaz, und den Bruder Resat Kaymaz ein Verfahren nach Artikel 168 des türkischen Strafgesetzbuchs („Mitgliedschaft in illegalen Organisationen") eröffnet und sie in dieser Sache verhört. Es ist offensichtlich, dass der eigentliche Grund für dieses Verfahren darin besteht, die Wahrheit über die begangenen extralegalen Hinrichtungen zu verschleiern und Druck auf die Familienangehörigen auszuüben, die bemüht sind den Vorfall aufzuklären. Der erste Prozesstag wird am 21. Februar 2005 vor dem Schwurgericht in Mardin stattfinden. Die Aufmerksamkeit und das Interesse von InstitutionsvertreterInnen, Intellektuellen und MenschenrechtsverteidigerInnen gegenüber diesem Prozess sind von großer Bedeutung, weil damit signalisiert wird, dass diese Fälle nicht unverfolgt bleiben.

Der Menschenrechtsverein IHD tritt in allen angeführten Fällen extralegaler Hinrichtungen im Prozess als Nebenkläger auf, damit die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir MenschenrechtsverteidigerInnen wissen, dass in einem Land, in dem das Recht auf Leben gestohlen wird, zu jeder Jahreszeit Winter herrscht. Wir sind davon überzeugt, dass überall und jederzeit der Respekt vor dem Recht auf Leben garantiert werden muss, damit sich die Jahreszeit zum Frühling wendet. Unsere Anstrengungen, unser Kampf gehen um ein menschenwürdiges Leben, ein Leben ohne Verletzung des Rechts auf Leben. ♦

Über die Aktivitäten der Kontra-Guerilla 1994

Trockne den Sumpf aus, anstatt die Mücken zu bekämpfen!

Zusammenfassung eines Artikels von Seyit Evran in MHA - 13.01.2005

Immer mehr Massengräber von ZivilistInnen, die in den 80ern und 90ern während der kriegerischen Konflikte vom türkischen Militär ermordet worden sind, werden entdeckt. Im Folgenden veröffentlichen wir die Eindrücke von Seyit Evran, der Zeuge der Geschehnisse im Landkreis Pasûr (Kulp) in Amed (Diyarbakir) wurde. Unzählige ZivilistInnen wurden dort 1994 Opfer der Kontra-Guerilla.

Es war das Jahr 1994. Jahrestag des 5. April, an dem Mustafa Kemal nach Diyarbakir gekommen war ... Soldaten unter dem Befehl des Kommandanten der Kommandobrigade von Bolu, Yavuz Ertürk, und Sondereinheiten sowie Dorfschützer eröffneten eine weit reichende Militäroperation.

Ca. 100 000 Soldaten wurden in das Gebiet geholt. Sie begannen gemeinsam mit Spezialeinheiten und Dorfschützern die letzten Vorbereitungen für die Operation. Vorher wurden jedoch die Polizeiposten in den Orten Silavan, Sêdêknê, Hezro (Hazro), Licê-Zentrum, Angül, Pasûr-(Kulp-)Zentrum, Sirtik, Seyh Hamza (Dorfschützerdorf), Dicle-Zentrum, Mus, Dareyene-(Genç-)Zentrum, Sivan, Vusçur, Aricak-Zentrum sowie Qabicews-(Sason-)Zentrum als zentrale Operationsbasen ausgewählt.

Ziel der Operation

Die Kommandobrigade von Bolu kannte keinerlei internationale Kriegsregeln. Ziel der Operation, die von den Einheiten unter dem Befehl von Yavuz Ertürk geführt wurde, war nach dem damaligen Vorsitzenden des Großen Generalstabs, Dogan Güres: „Trockne den Sumpf aus, anstatt die Mücken zu bekämpfen!" Man bezog sich mit dieser Strategie auf eine alte chinesische Weisheit. Deren konkrete Bedeutung ist den KurdInnen in ihrer gesamten tragischen Geschichte kein wenig fremd gewesen: Kurdistan sollte menschenleer, die Dörfer angezündet und zerstört und die Menschen wenn nötig aus ihrer Heimat verbannt werden.

Die von der Kommandobrigade Bolu unter dem Befehl von Yavuz Ertürk geführte Operation ging durch den Funkspruch "Malkoc"* in die Guerilla- und PKK-Literatur ein. Auch die Bevölkerung kannte die Codes dieser Operation. Anfang Mai begann diese nämlich mit dem Funkspruch „Malkoc 1,2,3 ...".

Die Soldaten näherten sich dem Gebiet aus verschiedenen Richtungen, ausgehend von Hezro, Farqîn (Silvan) und Qabicews. Nachdem sie dort auf keine Guerillaeinheiten getroffen sind, begannen sie in die Dörfer hineinzugehen. Auf Befehl von Yavuz Ertürk haben die jeweils Verantwortlichen in den Dörfern auf kurzen Versammlungen mit den Bewohnern versucht, sie dazu zu bringen Dorfschützer zu werden. Doch diese lehnten ab, was von den Stützpunkten aus an Ertürk weitergeleitet wurde.

Ertürk hielt sich damals an das Prinzip von Dogan Güres: „Trockne den Sumpf aus, anstatt die Mücken zu bekämpfen." Über Funk gab er den Befehl: "Startet den Einsatz Rom!"

Die Soldaten begannen auf diesen Befehl hin, ihre Aufgabe zu erfüllen, also die Dörfer zu zerstören. Sie kamen ihrem Auftrag nach und erlaubten den DorfbewohnerInnen nicht einmal, ihr Hab und Gut aus den Häusern zu holen. Knapp eine Woche nach dem Beginn der Operation wurden in der Nähe von Farqîn Sêdeknê die Dörfer Sêlima, Hevrê, Mala Gir sowie das für seine starken bewaffneten Milizen Mehdi und Mervan bekannte Gimat angezündet.

In Qabicews wurden alle Dörfer am Berg Metero angezündet. Die Soldaten hinterließen überall, wo sie vorbeikamen, verbrannte Erde. Sie bewegten sich in Richtung Sehit Kendal, das im Norden von Hezro, Farqîn, Licê und Pasûr liegt. 20 Dörfer am Rande des Flusses von Pasûr wurden angezündet, weil die Bewohner es ablehnten, Dorfschützer zu werden. Den Befehl hierzu erhielten die Soldaten direkt von Ertürk. Die Menschen, deren Dörfer zerstört worden waren, berichteten: „Die Soldaten von Bolu hinterließen überall nur verbrannte Erde."

Die ersten Morde ...

Die Wege von Ergani bis nach Pasûr sind sehr uneben. Aber trotzdem haben die Soldaten unter Ertürk ihre im Mai gestartete Operation im Südosten des Taurus Anfang Juni beendet.

Allerdings war diese Operation nicht auf die Zerstörung von Dörfern begrenzt. Hier war zugleich auch die Stätte ihrer ersten Morde. Die Männer aus dem Dorf Hüseynik haben nach den ersten Morden ihr Dorf verlassen. Der ca. 70-jährige Hamza Kacmaz

konnte das nicht. Ihn haben Soldaten aus seinem Haus geholt und mitgenommen, weil er der Onkel von Fesih Kacmaz (Codename Öncü Meheme), Yusuf Haran (Serdar) und Cevdet Haran (Remzi) war. Sein Neffe Cevat Haran sowie sein Cousin Masuk Kaçmaz haben sich anschließend an die Staatsanwaltschaft in Licê und Amed gewendet, mit der Begründung, von Hamza Kacmaz fehle, seitdem er von Soldaten in Gewahrsam genommen worden sei, jede Spur.

Seine Angehörigen wandten sich außerdem auch an den Menschenrechtsverein in Amed, aber nichts hat geholfen. Ein Jahr später wurde seine Leiche gefunden. Seine Knochen lagen zwischen Steinen auf einem Hügel an einer Straße von seinem Dorf in Richtung Zentrum. Die Leiche wurde von seiner Ehefrau, seinen Verwandten und Kindern identifiziert.

Hamza Kacmaz war nicht das einzige Opfer dieser von Mai bis Anfang Juni in diesem Gebiet durchgeführten Operation unter dem Befehl und der Verantwortung von Yavuz Ertürk.

Mit der Ermordung der Geschwister Fevzi und Kemal Kaya sowie von Akif aus dem Dorf Cumar begann hier 1993 die Zeit der „Morde ohne Täter". Weil sie mit Guerillas verwandt waren, wurden fünf Bewohner des Dorfes Cumar und sieben aus Goma Pir zum Berg Sîsê gebracht und dort getötet.

Die Verwandten dieser ermordeten Dorfbewohner mussten zunächst einmal nach Licê fortziehen. Ein schriftlicher Antrag an die dortige Staatsanwaltschaft besagt, dass zwölf Personen von Soldaten aus Bolu in Gewahrsam genommen worden seien und seitdem jegliche Spur fehle, ihre Häuser und Dörfer von diesen Soldaten zerstört worden seien. Die Staatsanwaltschaft ließ das Gesuch der DorfbewohnerInnen unbeantwortet. Jedoch fand die Guerilla, die nach Beendigung der Operation in das Gebiet zurückgekehrt war, die Leichen dieser zwölf Personen. Die Guerilla gab den Familienangehörigen daraufhin Bescheid und übergab ihnen die Leichen auf dem Berg Sîsê. Die Leichen wurden im Zentrum von ihren Kindern, Verwandten und anderen DorfbewohnerInnen beerdigt.

Köpfe von Guerillas zur Schau gestellt

Bis Ende Juni wurden während der Operationen im Gebiet Sehit Remzi die Dörfer Gavnar, Riz, Pranz, Neban, das 500 Häuser umfassende Hindiv, Mizak, Merg, Hedik, Zengasor, Norsin und sechs Siedlungen unterhalb von Solhan (von der Guerilla Geliyê Koviya genannt, offiziell jedoch Geyikler Deresi) angezündet. Yavuz Ertürk, bekannt für seine Orders zu Brandstiftung, Zerstörung und Entvölkerung, wurde hier seinem Ruf durch Morde gerecht. Die unter dem Namen Berzan aus Bismil bekannte Person, zwölf verwundete Guerillas sowie neun Personen aus dem Dorf Norsin wurden hier ermordet. Die Köpfe der getöteten Guerillas ließ der Dorfschützerführer Haci Beso aus Tiyaks auf einem schmalen Pfad aufstellen.

In den Gebieten Dorsin und Sehit Remzi, im Norden von Licê und Pasûr, führten die Einheiten unter Ertürk die Operationen fort. Die von Dareyene aus aufgebrochenen Einheiten fingen beim Dorf Mistan an, die Dörfer Merza Sel, Merza Kal, Arhat, Karat, Gomlari, Hegay Deri (Dorf des Abgeordneten Hasan Deger), Sacyo, Filmamê, Murtezan sowie die Dörfer Bloko, Alimira und Gorna Ali am Rande des Bachs Sarim niederzubrennen.

Vier Geschwister verbrannten

Aufgrund des Tötungsbefehls von Yavuz Ertürk wurden im Dorf Murtezan vier Geschwister in ihr Haus gesperrt, das anschließend angezündet worden ist. Die BewohnerInnen des zerstörten Dorfes zogen daraufhin zu ihren Verwandten nach Adana. Die Geschwister und Verwandten der in dem Haus Verbrannten wandten sich Dezember 1994 an zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsvereine und berichteten, dass die vier eingesperrt und anschließend verbrannt worden seien. Bei der Staatsanwaltschaft von Adana stellten sie Strafanzeige gegen die Soldaten, die das Haus angezündet hatten, worauf jedoch keinerlei Antwort erfolgte. ♦

Fußnote:
*Kara Malkoc Beg, in frühosmanischer Zeit (16. Jhdt.) in Bosnien Anführer der irregulären Truppe der Akinci, der unbesoldete, auf Plünderung angewiesene Vortrab der mittelalterlichen osmanischen Armee.



Protest gegen die Verstümmelung getöteter Mitglieder der HPG Foto: DIHA

Menschenrechtsbericht 2004 des IHD Istanbul

	Fälle
Festnahmen	5512
Festgenommene Frauen	1617
Festgenommene Männer	3600
Festgenommene Kinder	295
Gefängnisse	
Tote nach Protestaktionen	7
Im Gefängnis Gestorbene	18
Verhaftete	213
In unserem Verein gestellte Anträge	139
Folter, Misshandlungen und Gewalt	
In unserem Verein gestellte Anträge	299
Gefolterte Frauen	86
Gefolterte Männer	201
Gefolterte Kinder	12
Tote in der Polizeihaft	2
Presseveröffentlichungen über Folterungen	11
Verschwundene	
In unserem Verein gestellte Anträge	25
Wiedergefundene, die als verschwunden gemeldet waren	6
Lebensrecht	
Tote durch Polizeischüsse	4
Verletzte durch Polizeischüsse	6
Verletzte durch Angriffe	11
Durch unbekannte Täter Getötete	40
Tote durch Arbeitsunfälle	15
Durch "Ehrenmorde" getötete Frauen	3
Tote durch Bombenanschläge	9
Verletzte durch Bombenanschläge	45
Tote durch fehlende Versorgung	1
Tote durch Angriffe während der Wahltätigkeiten	1
Verletzte durch Angriffe während der Wahltätigkeiten	9
Tote durch politisch motivierte Angriffe	2
Verletzte durch politisch motivierte Angriffe	10
In unserem Verein gestellte Anträge wegen Verletzung des Lebensrechts	12

	Fälle
Informations-, Meinungs- und Organisierungsfreiheit	
Von Sendeverboten durch den RTÜK betroffene Rundfunk- und Fernsehsender	29
Tage mit Sendeverboten	296
Vom RTÜK ermahnte Rundfunk- und Fernsehsender	12
Beschlagnahmte Bücher	3
Beschlagnahmte Zeitungen und Zeitschriften	12
Zeitungen und Zeitschriften mit Druckverbot	24
Tage mit Veröffentlichungsverbot	5
Verhaftete JournalistInnen	4
Wg. Meinungsäußerung entlassene WissenschaftlerInnen	2
Verhinderte Kundgebungen	23
Wegen Meinungsäußerungen verhängte Gefängnisstrafen	54 Jahre 3 Mon.
Wegen Meinungsäußerungen verhängte Geldstrafen	23.801.784.000 TL
Wegen Meinungsäußerungen geforderte Gefängnisstrafen	647 Jahre 7 Mon.
Aus Anlass der NATO-Tagung verhinderte bzw. angegriffene Aktivitäten	19
Überfallene Vereine, Zeitungen, Kulturzentren u.a.	38
Während der Beobachtung von Kundgebungen zur NATO-Tagung misshandelte JournalistInnen	1
Angegriffene MedienarbeiterInnen	13
Verhaftete LehrerInnen	1
SchülerInnen, gegen die Verfahren eröffnet wurden	20
Versiegelte Wahlbüros	1
Versiegelte Vereine	1
Verschobene Streiks	1
Von der Schule verwiesene SchülerInnen	42
Verbotene Filmvorführungen	1
Abschiebungen, Auslieferungen und Reisefreiheit	
In unserem Verein gestellte Anträge	126
Ökonomische und soziale Rechte	295
In unserem Verein gestellte Anträge	135
Bombenanschläge	
Bombenanschläge in Istanbul	39
Tote durch Bombenattentate	9
Verletzte durch Bombenattentate	45

Die Migrations-/Flüchtlingsbewegungen in der Türkei und ihre Resultate

Flucht und Vertreibung

Göc-Der - sozialer Hilfs- und Kulturverein für Vertriebene

Migration und Flucht gehören zu den größten Problemen in der Türkei. Göc-Der, der soziale Hilfs- und Kulturverein für Vertriebene, hat sich zur Aufgabe gemacht, den Betroffenen Gehör zu verschaffen, ihnen einen Raum für das Zusammenkommen zu ermöglichen und konkrete Vorschläge zur Lösung der aus Fluchtbewegungen resultierenden Probleme zu formulieren. Dies auch hinsichtlich eines dauerhaften und gerechten Friedens.

Die Analyse des Begriffes Migration/Flucht

Migration/Flucht ist ein wesentliches Kriterium bei der Analyse des Bevölkerungsaufbaus und der damit zusammenhängenden Fakten und Sachverhalte. Der Begriff ist definiert als Ortsveränderung eines Individuums, einer Familie, einer Gruppe oder Gemeinschaft auf Grund natürlicher oder nicht-natürlicher Einflussfaktoren. Migration /Flucht ist eine teilweise dauerhafte Bewegung eines Individuums oder einer Menge von einem Lebensraum oder einem Gebiet, deren Grenzen politisch definiert sind, zu einem anderen Lebensraum. Diese Bevölkerungsbewegung wurde ursprünglich definiert als „Abwanderung der Bevölkerung – als Individuum, Familie, Gruppe oder Menge – vom Geburtsort und Lebensraum zu einem anderen Ort". Die Bevölkerungsbewegung im Sinne eines Ortswechsels wird als Migration/Flucht und diejenigen, die diese Bewegung vollziehen, als MigrantInnen/Flüchtlinge bezeichnet. Im Sinne internationaler Dokumente und Kriterien ist Migration/Flucht definiert als Ortswechsel zwischen Staaten, Regionen oder Städten zum Zwecke des Arbeitens oder Lebens.

Wird Migration/Flucht unter dem Gesichtspunkt nationaler Grenzen betrachtet, so ist sie innerhalb der Grenzen als Binnenmigration/Inlandsflucht und außerhalb als Emigration/Flucht ins Ausland zu bezeichnen.

Eine Analyse innerstaatlicher Migration/Flucht lässt sich unter den Aspekten der Wanderung von ländlichen Gebieten zu wiederum ländlichen Gebieten, von ländlichen zu städtischen Lebensräumen und, wenn auch selten, von städtischem zu ländlichem Lebensraum klassifizieren.

Bewertet man die innerstaatlichen Wanderungsbewegungen je nach geplantem vorübergehendem oder dauerhaftem Aufenthalt, so ist die Einteilung in Migration/Flucht auf Dauer zum Zwecke der Arbeit oder vorübergehende Migration/Flucht als Arbeitskraft möglich.

Beispielsweise begibt sich jedes Jahr ein beachtlicher Teil der kurdischen Bevölkerung aus dem Südosten und Ostanatolien vorübergehend als Arbeitskraft in verschiedene Regionen der Türkei.

Die in der Türkei häufigste Form der Binnenmigration/Binnenflucht ist die vom Land in die Städte. Diese Bevölkerungsbewegung wird im Rahmen des Modells „Abstoßen und Anziehen" analysiert. „Abstoßen" charakterisiert die Faktoren in den ländlichen Lebensgebieten, die zur Abwanderung geführt haben. Beispiele hierfür sind Mangel an Ländereien, niedriges Einkommen, Überlebensnöte, Bevölkerungswachstum, Traditionen und daraus resultierende Zwänge, religiöser Druck, soziokulturelle Faktoren u. ä. Erhöhte Nachfrage nach Arbeitern, höhere Einkünfte, bessere Bildungs-, Gesundheits- und soziale Sicherheitsangebote als auf dem Land, ein vielfältiges, unabhängiges und freies Leben sind Faktoren, welche die Städte anziehend machen.

Die Migrations-/Fluchtbewegung kann unter zahlreichen Gesichtspunkten eingeordnet werden. Die wichtigste dieser Klassifizierungen ist diejenige, die sich auf die Phase bezieht, in der der/die MigrantIn/Flüchtling den Beschluss dazu gefasst hat. Wenn die Entscheidung zur Migration freiwillig gefallen ist, spricht man von „freiwilliger Migration" bzw. „Migration aus eigenem Willen".

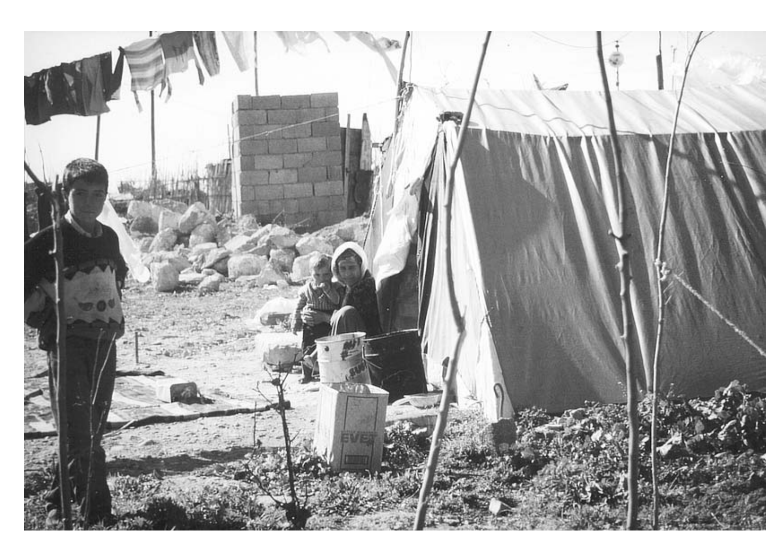
Wenn die soziale, ökonomische, kulturelle oder natürliche Situation einer bestimmten Region das Leben dort unmöglich macht, spricht man von „unfreiwilliger Migration". Diese ist bedingt durch Vertreibung oder durch die Lebensbedingungen dieses Lebensraumes und geschieht gegen den Willen der MigrantInnen. Diese Flüchtlingsbewegung wird in der Forschung bzw. Soziologie als „erzwungene Migration" und „zwangsläufige Migration" bezeichnet.

Werden die Herrschaft des Osmanischen Reiches und die Türkei im

Zusammenhang bewertet, ergibt sich eindeutig, dass Migration/Flucht eine bedeutende Rolle spielt in der Gestaltung der sozialen, ökonomischen, kulturellen und insbesondere ethnischen Bevölkerungszusammensetzung.

Ursachen der erzwungenen Migration/Flucht in der Türkei

Das größte Problem der türkischen Republik seit ihrer Gründung ist die Demokratisierung. Es handelt sich um das Problem, die Herrschaft so zu gestalten, dass sie Sprache, Religion und soziale Schichtung der Gesellschaft repräsentiert und dass Inhalt und Wahrnehmung des Rechtes der Republik auf Souveränität demokratisiert werden.



Flüchtlinge in Adana Bild: A. Bender

Das Problem der Demokratisierung der Türkei und der Schaffung einer pluralistischen, humanen, friedlichen sozialen Struktur kann nicht unabhängig von der kurdischen Frage behandelt werden. All dies steht in direktem Zusammenhang mit der kurdischen Frage. Das Außerachtlassen des Problems seitens der Türkei, die Leugnung der Existenz der KurdInnen und die Versuche, die pluralistische soziale Struktur der Türkei zeitweise mit Repression zu monopolisieren, haben die Beziehungen zwischen den Kurden und der türkischen Republik geschädigt, zu Spannungen und zeitweise zur Entstehung sozialer Widerstandsbewegungen geführt. In Zeiten von Auseinandersetzungen, Spannungen und sozialen Widerstandsbewegungen haben die von den Kommunen praktizierte Politik, Zwangsumsiedlungen und die Räumung von Dörfern aus Sicherheitsgründen dazu geführt, dass kurdischstämmige StaatsbürgerInnen der Republik Türkei ihre Lebensräume aufgeben und sich an neuen Orten niederlassen mussten.

Die Bevölkerungsbewegung als Ergebnis von Spannungen und Auseinandersetzungen und der Politik der Kommunen zur Vermeidung dieser Auseinandersetzungen wird als „zwangsläufige, erzwungene Migration“ und „Migrations- und Fluchtbewegung“ bezeichnet. Insbesondere die Flüchtlingswelle, die in den Jahren von 1989–1999 in Anlehnung an dieses Problem entstanden ist, hat den sozialen Aufbau, die ökonomische, kulturelle und psychologische Situation in der Türkei durcheinander gebracht, zur Entvölkerung von 3 438 Dörfern geführt, 4 bis 4,5 Millionen StaatsbürgerInnen der türkischen Republik mit der Muttersprache Kurdisch von ihren Lebensräumen entwurzelt und zum Verlust der Produktionsqualität geführt.

Als Göc-Der fordern wir für die Lösung des Problems der erzwungenen Migration/des Flüchtlingsproblems:

- dass die kurdischen StaatsbürgerInnen, die flüchten mussten, für die erlittenen Rechtsverluste entschädigt werden und ihre Rückkehr als Grundsatz gewährleistet wird,

- dass die erlittenen Verluste und Schäden beseitigt werden und die Verfassung dahingehend geändert wird, dass sie die sprachliche, religiöse und ethnisch-soziale Pluralität repräsentiert, damit es keine Flucht – ein menschliches Drama und eine Schande für die Menschheit – mehr gibt,

- die Aufhebung des Ausnahmezustandes auch in der Praxis und die Abschaffung entsprechender Gesetze, einschließlich der daraus resultierenden Konsequenzen,

- für die Aufarbeitung des Erlebten entsprechende Gesetzesänderungen, insbesondere die Deklaration einer Generalamnestie,

- dass den Erkenntnissen zum Thema Sprache bzw. Sprachen entsprechend neben der Anerkennung von Türkisch als Amtssprache anderen Muttersprachen als der türkischen, Kurdisch vorangehend, das Recht auf freie Entfaltung zugestanden wird und die Bildungs- und Lehrprogramme in Anlehnung an die Grundsätze der vielsprachigen “interkulturellen Bildung” neu erarbeitet werden.

Das gewichtigste Problem nach der Flucht besteht darin, dass die Flüchtlinge von der Produktion vollständig abgekoppelt sind, ihr Leben geprägt ist vom Konsum und sie befristeten, saisonalen Arbeiten mit unregelmäßigem Einkommen nachgehen.

Eine weitere bedeutende Aufgabe ist eine sozialgesundheitliche Garantie für die Flüchtlinge/MigrantInnen. Hierfür ist die Einrichtung eines eigenständigen Gesundheits- und Sozialfonds erforderlich.

Der Verlust der staatsbürgerlichen Rechte muss ausgeglichen werden. Projekte zur Förderung einer verstärkten staatsbürgerlichen Aufmerksamkeit müssen erarbeitet und umgesetzt werden. Unser Vorschlag diesbezüglich ist das Projekt "Zivil- und Eigentumsrecht, Staatsbürgerschaft und Staatsbürgerschaftsbewusstsein": staatsbürgerliche Sensibilität zu entwickeln, ein entsprechendes Bewusstsein und Bildungsmöglichkeiten bezüglich staatsbürgerlicher Rechte zu schaffen, die gesetzeswidrige Entvölkerung von Dörfern mit all ihren Konsequenzen zu beheben und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen; auf dieser thematischen Grundlage staatsbürgerschaftliche Tendenzen zu entwickeln und das vorhandene Rechtssystem auszuschöpfen.

Für ein Leben der Flüchtlinge in einer menschlichen und lebenswerten Umgebung, für die Schaffung des Umfelds und der Infrastruktur muss in Zusammenarbeit mit den Kommunen das Projekt "Leben in einer menschlichen und lebenswerten Umgebung" verwirklicht werden. Im Rahmen dieses Projektes müssen zunächst die Grundlage für den Ausbruch von Epidemien beseitigt und die Lebensräume der Flüchtlinge von krankheitsfördernden Faktoren bereinigt werden. Um diesbezügliche Probleme des Umfelds und der Infrastruktur in den Städten zu lösen, sollten die Kommunen die Bezirke, in denen die Flüchtlinge leben, mit zusätzlichen finanziellen Mitteln unterstützen.

In Anlehnung an sichere Forschungsergebnisse sollten Flüchtlinge Wohngeld und Unterstützung bei der Lösung der Ernährungsproblematik erhalten.

Die notwendigen Schritte für den Übergang von einem Leben in Zelten in ein sesshaftes Leben sollten eingeleitet werden.

Für den sozialen Frieden, für die Annäherung der Flüchtlinge an die ortsansässigen Gruppen, für Solidarität und zur Stärkung der Erfahrungen des Zusammenlebens sollten Arbeiten zur kulturgesellschaftlichen Annäherung begonnen werden.

Um die Einsamkeit, die psychologische Angst und die Sorgen der Flüchtlinge zu beheben und die diesbezüglichen Probleme zu lösen, sollte mit der Arbeit zur Einrichtung von psychosozialer Beratung und psychischer Rehabilitation begonnen werden.

Für die Lösung der Gesundheitsprobleme der Flüchtlinge muss eine allgemeine Reihenuntersuchung der Flüchtlinge durchgeführt werden. Ein Gesundheitsprojekt, das die Behandlung und Prävention miteinbezieht, muss begonnen werden. Vor allem sollte die Mutter-Kind-Gesundheit im Vordergrund stehen.

Die Rate der Schulbesuche von Flüchtlingskindern sollte gesteigert werden. Diejenigen Flüchtlingskinder, die weiterhin die Schule besuchen, sollten in ihrer Beziehung zur Schule gestärkt werden. In den Schulbüchern und den Lehrmitteln sollten die muttersprachlich-kulturellen Besonderheiten der Kinder Berücksichtigung finden. Kinderarbeit, insbesondere auf der Straße, sollte verhindert werden und Arbeiten für die Rehabilitation und die Reintegration der Kinder, die aufgrund der wirtschaftlichen Probleme ihrer Familien arbeiten und auf der Straße leben, in die Gesellschaft sollten verstärkt werden.

In Zusammenarbeit von Kommunen und zivilen demokratischen Organisationen sollten gesondert die Probleme der Jugend angegangen werden, es sollten Jugendberatungszentren, Jugendkulturzentren und Jugendentwicklungskooperativen gegründet werden.

Projekte wie Zentraldörfer, die von den rückkehrwilligen Flüchtlingen abgelehnt werden, müssen ausgesetzt werden; dabei sollte Zwang vermieden werden.

Alle Gebiete, die von Flucht/Migrationszwang betroffen sind, müssen entmint werden.

Das System der Dorfschützer und der Sondereinheiten muss abgeschafft werden.

In bezug auf erzwungene Migration müssen die EU und die zivilgesellschaftlichen Organisationen auf konkrete Schritte zu einer Lösung der Problematik drängen, anstatt der Republik Türkei lediglich Vorschläge zu machen.

Für eine Lösung all dieser Probleme ist es unerlässlich, die Betroffenen in diese Arbeit einzubeziehen. ♦



Aktion von Göc-Der in Istanbul   Foto: DIHA

CENÎ: 8. März 2005

Es lebe die internationale Frauensolidarität auf dem Weg zu einer demokratisch-ökologischen Gesellschaft

Im CENÎ, dem kurdischen Frauenbüro für Frieden e.V. arbeiten kurdische, türkische und deutsche Frauen als Kollektiv zusammen, welches sich zur Aufgabe gesetzt hat, internationale Frauensolidarität zu praktizieren und aus der Geschichte der verschiedenen Frauenbewegungen zu lernen und sich so weiterzuentwickeln.

Die Forderungen des internationalen Frauentags seit 1911 sind Gleichheit, soziale und politische Gerechtigkeit und Frieden. Diese gelten auch heute noch. Die Geschichte des 8. März ist die Geschichte des Kampfes von Frauen für ihre Rechte, angefangen im Arbeitsverhältnis bis hin zur politischen und gesellschaftlichen Emanzipation, und es gibt auch in der Gegenwart viele Fakten und Argumente, uns erneut in diesem Sinne zu engagieren.

Die Expansion des neoliberalen Kapitalismus führt heute vor allem dazu, dass die Kluft zwischen Armen und Reichen weltweit stetig auseinander geht. Unter den 1,5 Milliarden Armen sind 70 % Frauen. Die Feminisierung der Armut ist international bittere Realität. Frauenhandel, Gewalt gegen Frauen, Frauenmorde und Vergewaltigungsraten steigen überall. Nur in den Formen und der Ausführung unterscheidet sich die Gewalt gegen Frauen in den verschiedenen Ländern dieser Welt. Das patriarchale System erreicht mit der Globalisierung eine gefährliche Phase.

Es wird höchste Zeit, den seit 5 000 Jahren existierenden patriarchalen Geist zu überwinden.

Weltweit gibt es die Notwendigkeit einer Rekonstruktion des Lebens aus weiblicher Sicht und es gibt weltweit Bestrebungen, aus Frauensicht zu Lösungsansätzen zu kommen. Oft bleiben diese lokal begrenzt oder sind international mehr bürokratisch denn politisch. Auch die Entpolitisierung und Individualisierung innerhalb der Frauenbewegungen machen es schwierig, die Kämpfe der Frauen für ein würdiges Leben auf dieser Erde zu organisieren.

Demzufolge ist der Ansatz, eine globale demokratisch-ökologische Bewegung gegen die Krise des globalen Systems zu schaffen, aktueller denn je. Diesen Ansatz vertritt auch die kurdische Frauenbewegung.

Dafür bedarf es eines neuen Verständnisses im Bereich nichtstaatlicher Politik und Demokratie.

Die Geschichte hat gezeigt, dass die Eroberung der staatlichen Macht in allen bisherigen Revolutionen, so wichtig sie auch für den Fortschritt und die Bewusstseinsbildung der Menschheit waren, letztendlich immer wieder zur Etablierung neuer (und alter) hierarchischer Strukturen geführt hat.

Das heißt, nicht die Eroberung des Staates, sondern eine geistige und ethische Revolution in der Gesellschaft wird die Garantie für die Zukunft der Menschheit sein.

Die "Macht" muss also von der Zivilgesellschaft ausgehen, die mit ihrer wachsenden Organisiertheit die staatlichen Funktionen um so irrelevanter macht, je mehr die für das gesellschaftliche Zusammenleben relevanten Aufgaben durch die Gesellschaft selber übernommen werden.

Unser Kampf ist der um die geistige und ethische Entwicklung der Menschheit, um so die Gleichheit zwischen den Geschlechtern, den Völkern und Klassen zu erreichen, damit alle Farben in der Natur und in der Gesellschaft Einfluss auf den gesellschaftlichen Willen ausüben können und die Ausbeutung der Erde ein Ende findet.

Wir brauchen die demokratische Zivilgesellschaft, mit Frauen, Kindern und Männern als freie und gleiche Individuen, in der die patriarchale Kultur überwunden ist, in der keinerlei Hierarchien existieren und ein Gleichgewicht zwischen Gesellschaft, Mensch und Natur besteht.

Wir haben darüber diskutiert, wie eine Strategie aussehen könnte, die eine solche vollständig neue Gesellschaft versucht aufzubauen.

Gegen den sich in der Offensive befindlichen Imperialismus muss der Kampf um globale Demokratie, Ökologie und Freiheit aufgenommen werden.

Obwohl sich kurdische Frauen in vielfältiger Weise engagieren und organisieren, sind sie vor allem für die Frauenbewegung in Deutschland kaum sichtbar.

Aufgrund der mangelnden Kontakte und Diskussionen, aufgrund früherer Erfahrungen oder einfach Nichtwissen, aufgrund falscher und negativer Berichte in den herrschenden Medien haben sich auf beiden Seiten Vorurteile und/oder Interesselosigkeit entwickelt.

Dies wollen wir durchbrechen

Aus diesem Grunde hat sich die kurdische Frauenbewegung zum diesjährigen 8. März entschlossen, auf regionaler Ebene zusammen mit unterschiedlichsten Frauen den internationalen Frauenkampftag zu begehen, um gemeinsame Diskussionen und Aktionen für die Entwicklung gemeinsamer Perspektiven zu beginnen oder zu verstärken.

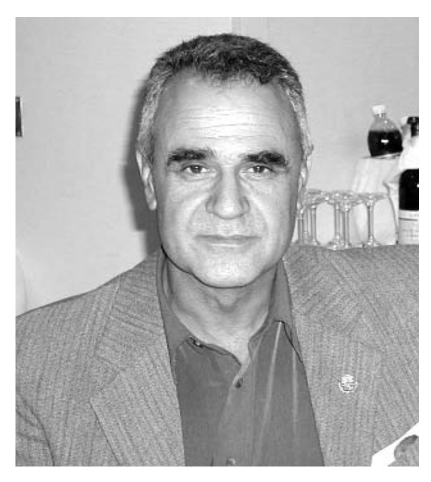
Frauen, lasst uns gemeinsam demonstrieren, gegen Frauendiskriminierung, Armut und Kriege, für den Weltfrieden und den Schutz der Umwelt ... für eine Gesellschaft, in der der Mensch und nicht die Interessen der Mächtigen im Mittelpunkt stehen. ♦

Festnahme ist neue Dimension politischer Verfolgung

AZADÎ JI BO DR. REMZI KARTAL!

Monika Morres – AZADÎ e.V., 10. Februar 2005

Wieder einmal zeigen sich die deutschen Strafverfolgungsbehörden, die sich der Unterstützung durch die politisch Verantwortlichen gewiss sein können, als willige Vollstrecker türkischer Begierden. Ein Spezial-Einsatz-Kommando (SEK) nahm am 22. Januar 2005 den kurdischen Politiker Dr. Remzi Kartal, der sich auf dem Weg zu einer Kulturveranstaltung in Nürnberg befand, kurz vor Würzburg im Zug fest. Am darauf folgenden Tag erließ der Ermittlungsrichter gegen ihn Haftbefehl. Die Festnahme erfolgte mit Hilfe des Europäischen Haftbefehls auf der Grundlage des Ersuchens des „14. Gerichtshofes für Schwerstkriminalität" in Istanbul. Herrn Kartal wird vorgeworfen, im Mai 2004 zum stellvertretenden Vorsitzenden des KONGRA-GEL gewählt worden zu sein. In dieser Funktion soll er am 1. Juli an einer Pressekonferenz teilgenommen haben, auf der u. a. angekündigt worden sei, dass die „Verteidigungskräfte des Volkes" (HPG) in der Türkei bewaffnete Angriffe verüben würden. Ferner wird behauptet, dass im April 2004 ein Angehöriger des KONGRA-GEL zusammen mit einer anderen Person festgenommen worden sei, als diese ein Bombenattentat in Istanbul hätten durchführen wollen. Sie hätten ausgesagt, einen derartigen Auftrag von Herrn Murat Karayilan erhalten zu haben, der die HPG führe.



Dr. Remzi Kartal Foto: MHA

„Die türkische Regierung unternimmt damit den Versuch, einen der bekanntesten kurdischen Politiker zu kriminalisieren", erklärte Kartal's Verteidiger, Manfred Hörner, und bezeichnete die Behauptungen der Türkei vor allem hinsichtlich der Mitverantwortung seines Mandanten für das geplante Bombenattentat vom April 2004 „geradezu abenteuerlich". Außerdem habe Herr Kartal an besagter Pressekonferenz nicht teilgenommen, und es sei dort auch nicht davon die Rede gewesen, dass bewaffnete Angriffe auf ausländische Geschäftsleute oder Touristen verübt würden. Alle Vorwürfe gegen Herrn Kartal seien „sämtlich unbegründet". Rechtsanwalt Hörner äußerte in einer Stellungnahme die Vermutung, dass die Aussagen der beiden Personen „wahrscheinlich unter Folter" zustande gekommen seien. Einzig der Vorwurf, sein Mandant sei stellvertretender Vorsitzender des KONGRA-GEL, treffe zu. Allerdings verfüge er über keinerlei Kontakte zu den HPG – wie Remzi Kartal in der Anhörung vor Gericht betonte.

Verstoß gegen deutsches und internationales Recht

Eine Auslieferung wegen einer politischen Tat oder mit einer solchen zusammenhängenden Tat ist unzulässig. Das besagt § 6 Abs. 1 des Internationalen Rechtshilfegesetzes. Darüber hinaus ist eine Auslieferung untersagt (Abs. 2), wenn ernstliche Gründe für die Annahme bestehen, dass der Verfolgte wegen seiner politischen Anschauungen verfolgt oder bestraft wird. Herr Kartal ist aufgrund der politischen Verfolgung in der Türkei seit Anfang 1995 anerkannter Asylberechtigter in Belgien und genießt damit die Flüchtlingsrechte der Genfer Konvention. Der Politiker hätte im Falle einer Auslieferung nicht nur eine lange Freiheitsstrafe – das türkische Gericht spricht von einer Höchststrafe von 16 Jahren – zu erwarten, sondern er würde auch der Gefahr für Gesundheit und Leben ausgesetzt werden. „Seine Auslieferung an die Türkei würde deshalb nicht nur ein großes Unrecht an einem anerkannten und geschätzten kurdischen Politiker bedeuten, sondern auch deutsches und international gültiges Recht verletzen, wonach politisch Verfolgte nicht an den Verfolgerstaat ausgeliefert werden dürfen", resümiert Rechtsanwalt Hörner.

Entscheidungswege

Das Oberlandesgericht (OLG) Nürnberg, das über das Auslieferungsersuchen des türkischen Staates hätte entscheiden sollen, hat das Verfahren inzwischen aus Zuständigkeitsgründen an das OLG Bamberg abgegeben. Remzi Kartal wurde Ende Januar aus der JVA Nürnberg ins Gefängnis nach Würzburg verlegt. Es ist zu befürchten, dass er auch dort verschärften Haftbedingungen (u. a. Fesselung an Händen und Füßen bei Ausführungen) unterliegt.

Das OLG Bamberg wird nunmehr darüber entscheiden, ob Remzi Kartal an die Türkei ausgeliefert oder wieder in die Freiheit entlassen werden kann. Um eine solche Entscheidung treffen zu können, muss das Gericht erst einmal abwarten, bis ihm Beweismittel zum Auslieferungsantrag aus der Türkei, Informationen aus Deutschland und Belgien vorliegen.

Die Bundesregierung hat in diesem Verfahren ein Vetorecht. Das hat die PDS-Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Lötzsch am 10. Februar veranlasst, einen Bericht der Bundesregierung zur Festnahme von Remzi Kartal anzufordern. Sie möchte wissen, ob beabsichtigt ist, den „ehemaligen Abgeordneten des türkischen Parlaments“, der „wegen seines gewaltfreien politischen Engagements für die Rechte der Kurden“ als 'Terrorist' zur Festnahme ausgeschrieben ist", an die Türkei auszuliefern.

Bis zum 24. Februar soll die Bundesregierung hierzu Stellung nehmen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint es verfrüht, über den Ausgang des Verfahrens zu spekulieren. Dennoch sei auf das kürzlich entschiedene Verfahren gegen die kurdische Politikerin Nuriye Kesbir verwiesen. Der niederländische Gerichtshof hat die von der Türkei beantragte Auslieferung verboten mit der Begründung, dass ihr dort Misshandlung und Folter drohen. Denn trotz unablässiger Beteuerungen der Türkei, den Forderungen Europas nach Erfüllung der Kopenhagen-Kriterien weitestgehend nachgekommen zu sein und umfassende Reformen durchgeführt zu haben, trifft das nur die halbe Wahrheit. Die Einhaltung der Menschenrechte, ein generelles Folterverbot oder die Achtung der Minderheitenrechte sind keineswegs in die Praxis umgesetzt, erst recht nicht in den kurdischen Gebieten. Berichte von Menschenrechtsorganisationen, aber auch die Vielzahl der beim Europäischen Gerichtshof in Straßburg anhängigen Verfahren oder Urteile gegen das NATO-Partnerland, belegen den menschenrechtswidrigen Umgang der Türkei mit kurdischen, aber auch anderen Organisationen und Personen. An dieser Realität muss die Entscheidung über das Auslieferungsbegehren der Türkei gemessen werden.

Sollte sich in diesem Fall die Türkei durchsetzen, wird dieses statuierte Exempel gravierend negative Folgen für alle jene Kurdinnen und Kurden haben, die sich in einem europäischen Land in bestimmten Organisationen politisch betätigen.

Wer ist Dr. Remzi Kartal?

Remzi Kartal wurde am 5. Mai 1948 in einem Dorf nahe der Stadt Wan (Van) geboren. Nach Absolvierung eines zahnmedizinischen Studiums in Istanbul arbeitete er zuerst zwei Jahre in einem dortigen Krankenhaus und übte später bis 1991 in Wan seinen Beruf als Zahnarzt aus.

Bereits während seines Studiums lernte er 1968 den Gründer der „*Kurdistan-Demokratie-Partei Türkei*“ (KDP-Türkei), Sait Kirmizitoprak, kennen, der ihn zur Mitwirkung an der Parteigründung animierte. Nach dem Militärputsch von 1980 wurde Remzi Kartal dreimal verhaftet. 1990 beteiligte er sich an der Gründung der „*ArbeiterInnenpartei des Volkes*“ (HEP), wurde Provinzvorsitzender von Wan und 1991 ins dortige Kommunalparlament gewählt.

Nach dem Verbot der HEP im Juli 1993 nahm Remzi Kartal an der Gründung der prokurdischen „*Demokratie-Partei*“ (DEP) teil, bekleidete auch hier Führungspositionen.

Am 2. März 1994 wurde eine Gruppe von DEP-Abgeordneten im türkischen Nationalparlament – darunter der Parteivorsitzende Hatip Dicle, die spätere Sacharow-Preisträgerin Leyla Zana, Orhan Dogan und Selim Sadak – verhaftet und wegen angeblicher PKK-Mitgliedschaft zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Remzi Kartal versuchte, als stellvertretender DEP-Vorsitzender die politische Arbeit weiterzuführen. Doch als auch diese Partei verboten wurde und weitere Abgeordnete verhaftet wurden, war er 1994 gezwungen, nach Europa zu fliehen. Er kam nach Belgien und wurde wenige Monate später als politischer Flüchtling anerkannt.

Die vier Abgeordneten wurden am 9. Juni 2004 nach zehnjähriger Haft überraschend aus dem Zentralgefängnis von Ankara entlassen. Hatip Dicle, damaliger Vorsitzender der DEP, mutmaßte: „Die Versammlung des Europarats, bei der u. a. entschieden werden sollte, ob die Beobachtung der Menschenrechtslage in der Türkei beendet werden könne, sollte im April tagen. Als wir jedoch im Monat April nochmals verurteilt worden sind, wurde diese Versammlung auf Mitte Juni verschoben. Denn die Türkei muss von dieser Liste verschwinden, um weitere Voraussetzungen für die EU-Mitgliedschaft zu erfüllen.“

Im Exil setzte Remzi Kartal seine politischen Aktivitäten fort: Er gründete 1994 das „*Solidaritätsbüro der DEP*“, nahm ein Jahr später an der Gründung des Kurdischen Exilparlaments (PKDW) ebenso teil wie 1999 an der des *Kurdischen Nationalkongresses* (KNK), dessen Exekutivratsmitglied er gewesen ist. 2003 nun wurde der Politiker zum stellvertretenden Vorsitzenden des KONGRA-GEL gewählt.

Gleichgültig, in welcher Position und an welchem Ort: Seit Jahrzehnten gilt der politische Kampf von Remzi Kartal der Suche nach einer friedlichen und demokratischen Lösung der kurdischen Frage in der Türkei.

Freiheitsbewegung soll vernichtet werden

Zübeyir Aydar, Vorsitzender des KONGRA-GEL, erklärte zur Festnahme seines Stellvertreters u. a.: „Die Türkei versucht eine Anti-Kurden-Allianz zu bilden. Obwohl wir die Fragen durch Dialog lösen möchten, schafft sie mit verschiedenen Kräften eine Allianz, um die Freiheitsbewegung zu vernichten.“ Das dürfte den Kern der Angelegenheit treffen.

Seit die EU den KONGRA-GEL auf ihre „Terror“-Liste gesetzt hat und positiv über die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen entschieden wurde, sieht sich die Türkei offenbar ermutigt, einen neuerlichen Vorstoß gegen die kurdische Freiheitsbewegung zu unterneh-

men. Versucht hatte sie es schon früher: Erinnert sei daran, dass der damalige türkische Innenminister Kazim Yücelen anlässlich seines Besuches in der BRD Anfang des Jahres 2002 seinem deutschen Kollegen Schily eine Liste mit den Namen von etwa 150 Personen übergeben hat, die an die Türkei ausgeliefert werden sollten. Hierbei soll es sich vorwiegend um AktivistInnen gehandelt haben, die wegen der Tätigkeit für die damals noch existierende PKK gesucht worden seien. Wie die Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion u. a. mitteilte, lehne sie Abschiebungen wegen drohender Todesstrafe ab. Darüber hinaus teilte sie mit, dass die Türkei von 1992 bis 2001 insgesamt in 186 Fällen um eine förmliche Auslieferung ersucht habe. 75 Ersuchen sei entsprochen und 75 seien abgelehnt worden, der Rest würde noch geprüft. Erinnert sei auch an den Fall des in der BRD anerkannten Asylbewerbers Cevat Soysal. Der kurdische Politiker, der mit seiner Familie in Deutschland lebte, wurde im Juli 1999 in Moldawien von einem türkischen Kommando in die Türkei entführt, verhaftet, schwerstens gefoltert und später zu einer Freiheitsstrafe von 18 Jahren und 9 Monaten verurteilt. Nur wenige Wochen nach dieser völkerrechtswidrigen Verschleppung erließ das Staatssicherheitsgericht Haftbefehle gegen insgesamt 33 Mitglieder des Kurdischen Exilparlaments, deren Namen in den türkischen Medien veröffentlicht wurden. Allein 20 der bedrohten PolitikerInnen lebten seinerzeit in der BRD.



Am 6. Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans demonstrierten Zehntausende in Straßburg auch für die Freiheit von Remzi Kartal. Foto: A. Bender

Zurück zur Gegenwart: Parallel zur Intensivierung der Verfolgung kurdischer PolitikerInnen und DiplomatInnen auf nationaler, internationaler, juristischer und politischer Ebene ließ Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan seine Muskeln gegenüber den USA spielen. Aus Anlass des Besuches der US-Außenministerin Condoleezza Rice in Ankara am 6. Februar hat die türkische Regierung ihre Unzufriedenheit mit der mangelnden Einlösung des Versprechens des US-Militärs ausgedrückt, gegen die kurdische Guerilla im Nordirak vorzugehen. Es geht also um nichts weniger als um die Absicht, den KONGRA-GEL zu marginalisieren, anerkannte GesprächspartnerInnen zu diskreditieren, deren Bewegungs- und Handlungsspielraum einzuengen und die kurdischen Bemühungen um Demokratisierung und Anerkennung ins Leere laufen zu lassen.

Solidarität mit Remzi Kartal

Die Festnahme von Dr. Remzi Kartal muss in diesem Kontext bewertet werden und erlangt dadurch eine besondere Bedeutung. Dieser eklatante Angriff auf ihn soll nicht vergessen machen, dass als Folge deutscher Verbotspolitik derzeit weitere elf kurdische Aktivisten vor dem Hintergrund des Betätigungsverbotes der PKK – ausgeweitet auf KADEK und KONGRA-GEL – in Haft sind. Auch die Einstufung des *Kurdischen Roten Halbmondes* (Heyva Sor a Kurdistanê) als PKK-Nebenorganisation in einem kürzlich ergangenen Urteil des LG Koblenz, die Verurteilung des Vorsitzenden und eines Vorstandsmitglieds von YEK-KOM wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz oder auch die Aberkennung der Einbürgerung eines Kurden wegen zeitweiser Vereinstätigkeit passt sich nahtlos ein in die Strategie der türkischen Tabula-rasa-Politik.

Deshalb ist die demokratische Öffentlichkeit in Deutschland aufgerufen, gegen die Festnahme von Remzi Kartal zu protestieren und sich für dessen Freilassung einzusetzen. Es kann nicht sein, dass die ehemalige DEP-Abgeordnete Leyla Zana wegen ihres Einsatzes für die Lösung der kurdischen Frage mit der Verleihung des Sacharow-Friedenspreises des Europaparlaments ausgezeichnet wurde und ihr Kollege Remzi Kartal als angeblicher „Terrorist" an die Türkei ausgeliefert werden soll. Es kann nicht sein, dass die vier DEP-Abgeordneten im letzten Jahr zu Recht aus der Haft entlassen wurden und dafür ihrem ehemaligen Kollegen die Freiheit entzogen werden soll. Hier ist die Glaubwürdigkeit zahlreicher PolitikerInnen – insbesondere auch aus den Reihen der SPD und Bündnisgrünen –, die sich höchst engagiert für die Freilassung von Leyla Zana in der Türkei eingesetzt haben, gefragt. Es wäre eine Selbstverständlichkeit, dass sie sich in der gleichen Weise jetzt für die Freilassung von Herrn Dr. Kartal im eigenen Land stark machen.

Der Kampf der Kurdinnen und Kurden für demokratische Entwicklung, Freiheit und gerechte Lösungen muss solidarisch unterstützt und die Pläne des türkischen Staates durchkreuzt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Kriminalisierung der hier lebenden Kurdinnen und Kurden zu beenden und das seit 1993 bestehende PKK-Verbot, das auf KADEK und KONGRA-GEL ausgeweitet wurde, aufzuheben. ♦

Die Repression gegen KurdInnen in Deutschland geht weiter

Von Bäumen und Zweigen

Elmar Millich

Während die deutsche Bundesregierung vorgibt, sich im Rahmen des EU-Beitritts der Türkei für die Rechte der kurdischen Bevölkerung einzusetzen, erweckt das Vorgehen staatlicher Organe und Gerichte in den letzten Monaten den gegenteiligen Eindruck: Anstatt auf die kurdischen Forderungen einzugehen, an den Beitrittsgesprächen in institutionalisierter Weise beteiligt zu werden, werden sämtliche kurdischen Einrichtungen in der Bundesrepublik zunehmend kriminalisiert unter Verweis auf das seit 1993 bestehende PKK-Verbot.

In diesem Zusammenhang fällten deutsche Gerichte in den letzten Monaten zwei Urteile von grundsätzlicher Bedeutung, auf deren Hintergründe im Folgenden genauer eingegangen werden soll:

Am 4. Januar 2005 fällte das Landgericht Koblenz das Urteil im Prozess gegen den *Kurdischen Roten Halbmond* (Heyva Sor a Kurdistanê). Stellvertretend wurde der kurdische Politiker Mahmut Kaya mit der Behauptung, er sei als PKK-Vertreter bei *Heyva Sor* tätig gewesen, zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen à 20,- Euro verurteilt. Wie dessen Rechtsanwalt Kronauer ausführte, ging es in dem Prozess weniger um den Strafnachweis gegen eine Einzelperson, sondern darum, den *Kurdischen Roten Halbmond* als gesamte Organisation zu kriminalisieren. Beweise für die Ausführungen, *Heyva Sor* sei eine PKK-nahe Organisation und damit von dem seit 1993 geltenden Verbot betroffen, blieb das Gericht schuldig. Die Anklage stützte sich einzig auf den kurdischen Kronzeugen Engin Sönmez, der aber seine im Vorfeld gemachten Aussagen während des Prozesses gänzlich widerrief und glaubhaft darlegte, dass sie ihm von der Polizei mehr oder weniger vorgegeben worden waren. Den humanitären Gehalt von *Heyva Sor* stellte der vorsitzende Richter Georg Goethen explizit nicht infrage, kam aber trotzdem zur Verurteilung: „Wir erkennen an, dass *Heyva Sor* eine humanitäre Organisation ist, die gemeinsam mit internationalen Organisationen Projekte durchgeführt hat. Doch beziehen wir uns auf die Aussage von Engin Sönmez, dass die PKK ein Baum sei und *Heyva Sor* ein Zweig davon." Gegen das Urteil wird der Betroffene Revision einlegen.

Am 3. Januar 2005 gab das Regierungspräsidium Gießen öffentlich bekannt, dass dem Kurden Selahaddin T. die deutsche Staatsbürgerschaft wieder entzogen worden sei. Hierbei beruft sich die Behörde auf ein entsprechendes Urteil des Verwaltungsgerichts Gießen vom November 2004. Selahaddin T. reiste am 8. Juni 1993 in die BRD ein und wurde im Mai 1994 vom Verwaltungsgericht Braunschweig als asylberechtigt anerkannt, weil er in der Türkei für die pro-kurdische Partei HEP tätig gewesen sei. Am 5. Juli 2000 stellte er für sich, seine Frau und ein Kind einen Antrag auf Einbürgerung, dem im Juli 2002 stattgegeben wurde. Daraufhin informierte das hessische Landesamt für Verfassungsschutz die Behörden, der neu Eingebürgerte habe sich für die PKK engagiert. Grundlage der Anschuldigungen war das Engagement von Selahaddin T. im „*Deutsch-Kurdischen-Freundschaftsverein Gießen*". Die daraufhin folgende Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft wurde nun in zweiter Instanz vom hessischen Verwaltungsgerichtshof bestätigt: Selahaddin T. habe „eine falsche Loyalitätserklärung abgegeben", weil er als „Mitglied im *Deutsch-Kurdischen Freundschaftskreis* und dessen Vorstand tätig gewesen sei", der in der „YEK-KOM organisiert" und „der PKK zuzurechnen sei".

Im Weiteren setzt sich das Gericht mit der Rolle der *Konföderation kurdischer Vereine in Deutschland* (YEK-KOM) auseinander: Bezugnehmend auf den Verfassungsschutzbericht NRW für das Jahr 2003 wird darauf verwiesen, dass deren Organ, *YEK-KOM-Bülteni*, „umfassend auf die kurdische Gesamtproblematik sowie die Belange des KADEK" eingehe. Dies beweise, dass „sowohl KON-KURD als auch YEK-KOM eng mit den Zielen der PKK/des KADEK verbunden" seien. Die Einschätzung des Gerichts bezüglich der Ziele von PKK und KADEK werden vom Gericht auch für den am 15.11.2003 gegründeten *Volkskongress Kurdistan* (KONGRA-GEL) übernommen.

Gegen das gültige Urteil will Selahaddin T. nun Verfassungsbeschwerde einlegen.

In beiden Urteilen werden straf- und verwaltungsrechtliche Prozesse gegen Einzelne genutzt, um kurdische Organisationen, die innerhalb Deutschlands legal arbeiten, zu kriminalisieren. Den einzigen Vorwurf dabei bildet die Nähe zur 1993 verbotenen PKK, die sich schon vor drei Jahren formell aufgelöst hat. Davon völlig unberührt konstruieren Geheimdienste, Polizei und Staatsanwälte weiterhin in bester

deutscher antikommunistischer Tradition ein Geflecht aus Nachfolge-, Tarn-, Umfeld- und Vorfeldorganisationen, um mit diesem Netz jede organisierte Form politischer Arbeit von KurdInnen in Deutschland zu verhindern. Gerichte und Medien folgen ihnen dabei weitgehend kritiklos. Es wird weiterhin das Bild aufrechterhalten, dass das PKK-Verbot gegen eine kleine klandestine terroristische oder kriminelle Vereinigung gerichtet ist, während man mit der Mehrheit der in Deutschland wohnenden „friedlichen" KurdInnen auf gutem Fuß steht und den Dialog sucht. Dass dies mit der (kurdischen) Realität nichts zu tun hat, zeigt die Kriminalisierung von YEK-KOM. Auf deren alljährlich veranstalteten Friedens- und Kulturfestivals erscheinen regelmäßig bis zu 100 000 KurdInnen, die sich zum größten Teil auch dem inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan emotional stark verbunden fühlen. Vor diesem Hintergrund bedeutet die Handhabung des PKK-Verbots seitens der deutschen Behörden eine verfassungswidrige Einschränkung der Grundrechte auf Meinungs- und Organisationsfreiheit für einen großen Teil der hier lebenden Bevölkerung.

Es wird Zeit, dass Politik und Öffentlichkeit anerkennen, dass ein erheblicher Teil der hier lebenden KurdInnen sich dem von der PKK in den 90er Jahren geführten Befreiungskampf verbunden fühlt und den KONGRA-GEL als ihre politische Vertretung ansieht. Auf dieser Grundlage kann dann hier ein Dialog beginnen, der auch die Chancen für eine wirkliche Demokratisierung der Türkei mit einer Lösung der kurdischen Frage im Rahmen des EU-Beitritts bietet. Die kurdische Seite ist dazu sowohl in Europa als auch in der Türkei vorbehaltlos bereit. Bleibt der Staat bei seiner Repressionslinie gegen politisch aktive KurdInnen in Deutschland, kann er sich sein angebliches Engagement für die Menschenrechte der KurdInnen in der Türkei auch sparen.

Die jüngste Verhaftung des KONGRA-GEL-Vizevorsitzenden Dr. Remzi Kartal in Deutschland [s. S. 33 ff.] auf der Grundlage eines fadenscheinigen türkischen Haftbefehls zeugt eher von gegen die KurdInnen erfolgten Absprachen zwischen Deutschland und der Türkei. Anstatt die EU-Beitrittsgespräche als Anreiz für die Türkei zur Demokratisierung zu nutzen, findet seitens deutscher staatlicher Stellen ein zynischer Umkehrschluss statt. Unter dem Verweis, dass ja immerhin schon Beitrittsverhandlungen laufen, wird der Türkei per se Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unterstellt, um durch Verbote, Verhaftungen und Auslieferungen in Absprache und Zusammenarbeit zwischen deutschen und türkischen Stellen die kurdische Bewegung zu schwächen. ♦

Quelle: AZADI-infodienst 25/26



infodienst nr. 25/26

dezember 2004/januar 2005

In eigener Sache:

Der AZADI *infodienst* erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den *infodienst* kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V. Der Verein ist als gemeinnützig und mildtätig anerkannt, Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden. AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Straf-

AZADÎ JI BO DR. REMZI KARTAL

Freiheit für Dr. Remzi Kartal!

Am 22. Januar 2005 wurde Dr. Remzi Kartal, ehemaliger Abgeordneter der pro-kurdischen Demokratie-Partei (DEP), von der deutschen Polizei in Nürnberg festgenommen. Der kurdische Politiker wollte dort an einer Kulturveranstaltung teilnehmen. Die Festnahme erfolgte vor dem Hintergrund eines Auslieferungsersuchens der Türkei, die ihm vorwirft, Mitglied einer „terroristischen Vereinigung" zu sein und am Umbau der PKK mitgewirkt zu haben.



Seit 2002 bietet der Rechtshilfefonds AZADI einen «AZADI-infodienst» an und versenden diesen als e-mail. Wer nicht über einen Zugang zu elektronischen Medien verfügt, erhält auf Wunsch gegen Porto- und Kopierkosten eine Kopie des Dienstes. Ausserdem sind alle Ausgaben auf der Internetseite von AZADI zu finden: www.nadir.org/azadi

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Straße 70A
40210 Düsseldorf
Tel. 0211-830 29 08
azadi@t-online.de

Über die Praxis der niederländischen Regierung gegen Kurden und Kurdinnen

Holland: für KurdInnen nicht sicher

Bert Bakkenes, Vorsitzender der Kurdistan-Solidarität Holland

Viele Jahre war das Verhältnis zwischen den holländischen Behörden und den dort lebenden 100 000 Kurdinnen und Kurden ziemlich gut. Es gab offizielle Kontakte und obwohl immer wieder Probleme auftauchten, konnten sie durch rasche Intervention der kurdischen Organisationen gelöst werden. Holland hielt auch Abstand zur Politik anderer Länder wie der BRD, die die PKK in den Neunzigern des vergangenen Jahrhunderts verbot. Kurdinnen und Kurden in Holland hatten einen großen Bewegungsspielraum. Sowohl das Kurdische Exilparlament als auch der Kurdische Nationalkongress wurden in Holland gegründet. Und als die europäische Liste der terroristischen Organisationen erstellt wurde, widersprach die niederländische Regierung den Plänen, die PKK auf diese Liste zu setzen.

Demonstration für die Freiheit von Nuriye Kesbir in Den Haag „Kurden und Kesbir wollen Gerechtigkeit“ Foto: A. Bender

Nuriye Kesbir

In den letzten Jahren haben sich die Verhältnisse allerdings dramatisch verändert und die Kurdinnen und Kurden in Holland haben allen Grund, sich unsicher und bedroht zu fühlen. Die Probleme begannen 2001, als Nuriye Kesbir, gewähltes Mitglied im Exekutivrat des Volkskongresses Kurdistan (KONGRA-GEL), nach Holland kam und am Flughafen Schiphol verhaftet wurde. Andere, die in der Vergangenheit nach Holland kamen, wurden hereingelassen und in vielen Fällen bekamen sie als politisch verfolgte Personen politisches Asyl. Aber im Fall Nuriye Kesbir nahmen die Dinge einen anderen Lauf. Sie wurde offiziell inhaftiert und die holländischen Gerichte lehnten alle ihre Anträge auf Asyl ab. Die holländischen Behörden gingen einen Schritt weiter und klagten sie der Beteiligung an Kriegsverbrechen an und behielten sie lange Zeit im Gefängnis. Die Türkei beantragte ihre Auslieferung und die holländischen Behörden entschieden, dem türkischen Ersuchen nachzukommen. Nuriye Kesbir sagte in ihrer Verteidigung, dass sie vor allem an der Organisierung der kurdischen Frauenbewegung beteiligt gewesen sei. Sie verneinte, am bewaffneten Kampf teilgenommen zu haben und sagte, dass ihr Leben in der Türkei in Gefahr wäre.

Zweimal entschieden holländische Richter, dass sie nicht ausgeliefert werden könne, aber bei jeder dieser Gelegenheiten legte der holländische Justizminister Donner Beschwerde ein. Er führte an, dass die Türkei sich geändert habe und dass die internationalen Verträge, die die Türkei unterschrieben habe, ausreichen würden, um zu garantieren, dass Nuriye Kesbir ein faires Verfahren in Ankara erwarten würde. Er ignorierte die Berichte von Organisationen wie den Vereinten Nationen, Amnesty International und Human Rights Watch, die deutlich aufzeigen, dass Folter in der Türkei immer noch weit verbreitet ist. Schließlich wiesen die Gerichte seinen übermäßig optimistischen Standpunkt zurück und am 20. Januar 2005 entschied der dritte holländische Richter, dass Frau Kesbir nicht ausgeliefert werden dürfe. Donner gestand schließlich seine Niederlage ein und Nuriye Kesbir wurde aus dem Gefängnis entlassen. Aber sie wird immer noch kein politisches Asyl erhalten und es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie in Holland bleiben kann. Ihr Sieg kam durch die Gerichte zustande, nicht durch die Behörden.

Liempde

Der Fall Kesbir zeigte, dass sich die Haltung der niederländischen Regierung gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung und der kurdischen Gemeinde generell verändert hat. Es gab neue Untersuchungen zu alten Anklagen, wie zum Beispiel, dass während der Spendenkampagnen Druck ausgeübt würde und dass es Verbindungen zu Drogendealern gäbe. Wie in der Vergangenheit gibt es dafür keine Beweise, aber die holländischen Behörden haben gezeigt, dass sie keine Beweise benötigen, um Menschen hinter Gitter zu sperren. Unter dem Vorwand, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen, ist die holländische Regierung zur Praxis zurückgekehrt, politische Gefangene zu haben. Am 12. November 2004 durchsuchten 200 Polizisten einen kurdischen Weiterbildungskurs in Liempde, einer kleinen Stadt im Bezirk Brabant. Während der

Durchsuchung dort und in verschiedenen anderen Privathaushalten wurden 39 Menschen festgenommen. Die Regierung behauptet, dass sie ein paramilitärisches Ausbildungslager der PKK ausgehoben hätte.

Das ist eine lächerliche Behauptung, da die Fortbildungskurse, die den Behörden seit Jahren bekannt sind, nur erstellt wurden, um jungen kurdischen Menschen Kenntnisse der kurdischen Geschichte und Kultur zu vermitteln. Die Medien wurden zum so genannten Camp geführt und den Nachrichtenkanälen wurde die Behauptung vorgelegt, dass ein Schlag gegen den internationalen Terrorismus gelungen sei. Für aufmerksame BeobachterInnen wurden die Behauptungen schnell zur Farce. Die Bilder der Durchsuchung zeigten nicht mehr als ein paar kurdische Fahnen, einen Hausflur mit Schuhen und einige Bücher. Die Staatsanwaltschaft behauptete, dass die Teilnehmer des Kurses im Bombenbauen unterrichtet wurden und dass reisefertig verpackte Kleidung sowie Nachtsichtgeräte und eine Feuerwaffe gefunden wurden. Es gab nie einen Beweis für die Behauptung, dass Bomben gebaut wurden und es ist nicht illegal, reisefertig verpackte Kleidung zu haben. Nachtsichtgeräte kann man in vielen Geschäften in der Fußgängerzone kaufen. Die Waffe wurde nicht in Liempde, sondern in einer Privatwohnung gefunden.

Im Nachhinein hatten viele Journalisten das Gefühl, dass sie für eine Propagandashow des Justizministeriums benutzt wurden. Dieses Gefühl wurde von der Tatsache verstärkt, dass ihnen nach der Durchsuchung keine weiteren Informationen gegeben wurden. Die Festgenommenen wurden unter Sonderhaftbedingungen inhaftiert. Das bedeutet, dass sie keinen Kontakt mit der Außenwelt haben dürfen, nur mit einem Anwalt. Der Anwalt darf sich zum Verfahren oder zu seinem Mandanten nicht äußern, ansonsten wird ihm das Mandat entzogen. Es war total unklar, was mit den meist jungen Leuten geschah. Sie wurden in vielen verschiedenen Gefängnissen in ganz Holland inhaftiert, manche noch unter Schock durch die Gewalt, die bei der Durchsuchung angewendet wurde. Eine junge Frau wurde neun Tage lang in ihrem Schlafanzug festgehalten.

Von Anfang an war klar, dass die Behörden sehr wenig hatten, für das sie die Festgenommenen verurteilen können. Sie wurden pauschal der Mitgliedschaft in einer terroristischen oder kriminellen Organisation angeklagt, aber es ist nicht wahrscheinlich, dass diese Anklagen Bestand haben. In den folgenden Wochen wurden sie nach und nach freigelassen. Allerdings dauerte es bis Weihnachten, um die Mehrheit von ihnen herauszubekommen, mehr als sechs Wochen nach ihrer Inhaftierung. Jetzt sind immer noch sechs Personen wegen verschiedener Anklagen inhaftiert und die Einwanderungsbehörden halten ungefähr 15 Personen in Haft. In der Zwischenzeit wurden einige andere wegen des Vorwurfes der Spendengelderpressung verhaftet. Die Anklagen sind Folge privater geschäftlicher Streitigkeiten, aber die Behörden sind bereit, jeden Vorwand zu nutzen, um die kurdischen Organisationen und die kurdische Gemeinde zu kriminalisieren.

Der Staat will Stärke zeigen

Es bleibt die Frage, warum all das passiert und warum es gerade jetzt passiert. Um das zu verstehen, müssen wir einen Blick auf die politischen Verhältnisse in den Niederlanden werfen. Die holländische Politik hat sehr lange auf der Basis von Verhandlungen und Kompromissen gestanden. Aber die gegenwärtige Regierung, die aus Christdemokraten und Liberalen besteht, ist entschlossen zu zeigen, dass sie genau so hart wie die anderen im Kampf gegen Terrorismus sein können, so wie von der Kontrollmacht, den USA, angeordnet. Es gab eine lang andauernde Kampagne in den Medien gegen ImmigrantInnen und AsylbewerberInnen, die zu Spannungen und einigen gewalttätigen Ausbrüchen führte. In einigen Fällen haben sich die Dinge nicht entwickelt wie geplant und für die Behörden stellen sich die Kurdinnen und Kurden als ein leichtes Ziel dar.

Der Fall Liempde geschah, kurz nachdem der Justiz- und der Innenminister im Parlament unter heftige Kritik gerieten. Die Minister brauchten einen schnellen Erfolg um ihr Gesicht zu wahren und Stärke zu zeigen. Sie gingen einen Schritt weiter und entschieden, die Antiterrorliste der EU in die holländischen Gesetze aufzunehmen. Das bedeutet, dass der PKK Tätigkeiten in Holland verboten sind. Organisationen auf der Liste bleiben verboten, bis ein Richter anders entscheidet und Mitglieder, die die Aktivitäten fortführen, können für ein Jahr ins Gefängnis kommen. Es ist klar, dass der Druck ansteigt. In einer Erklärung der Regierung über den Gebrauch von Zwang beim Sammeln von Spendengeldern wurde gesagt, dass die kurdischen Kulturzentren eine führende Rolle bei dieser Praxis spielten. Das bedeutet, dass es Pläne gibt, die Kulturzentren auf die gleiche Weise anzugreifen, wie es in Deutschland passiert ist.

Es ist klar, dass die Regierung nicht nur die kurdische Gemeinschaft in den Niederlanden angreift. Andere Gruppen werden auch zu Opfern werden. Die neue Gesetzgebung wird in der Zukunft auch benutzt werden, um soziale Proteste wie Streiks und Demonstrationen zu kontrollieren. Einschnitte bei den Sozialleistungen und andere Kürzungen machen das Leben für viele Menschen immer schwieriger und die Regierung entwickelt eine Politik, um oppositionellen Regungen von Gewerkschaften und sozialen Institutionen vorzubeugen. Langsam aber sicher werden alle Elemente eines Polizeistaates installiert. Die kurdische Gemeinschaft wird als Experimentierfeld benutzt.

Natürlich wird es auf diese Repression Reaktionen geben. Die Rechte, die jetzt abgeschafft oder bedroht sind, sind durch schmerzhafte Kämpfe in der Vergangenheit gewonnen worden. Wir können es uns nicht leisten, dass diese Rechte eins nach dem anderen weggenommen werden. Die Zeit des Herumsitzens und Wartens ist vorbei, jetzt ist die Zeit zu mobilisieren und in Aktion zu treten. ♦

Für weitere Informationen nehmen Sie bitte mit der Stichting Initiatiefgroep Kurdistan (Kurdistan-Solidarität Holland) Kontakt auf: harper@xs4all.nl
Spendenkonto: Agri Solidarity Committee, Amersfoort, Postbank: 7231944

Glossar:

Kurze Übersicht über verschiedene kurdische und türkische Parteien/Organisationen

Organisationen im Zusammenhang mit der kurdischen Befreiungsbewegung

ARGK: Artêsa Rizgarîya Gelê Kurdistan
Volksbefreiungsarmee Kurdistan
Ab 1986 militärische Organisation der =>PKK, hervorgegangen aus den =>HRK; 2000 im Zuge der Demokratisierung und Einstellung des bewaffneten Kampfes der kurdischen Befreiungsbewegung aufgelöst und in die Volksverteidigungskräfte =>HPG überführt.

ERNK: Enîya Rizgarîya Netewîya Kurdistan
Nationale Befreiungsfront Kurdistan
Von 1985–2000 politische Massenorganisation unter dem Dach der =>PKK, dann aufgelöst, ihre Aufgaben übernahm die =>YDK.

HAK: Hêzên Azadîya Kurdistan
Freiheitskräfte Kurdistan
Militärischer Arm der =>PJAK in Ostkurdistan (Iran) zur Verteidigung der politischen Arbeit.

HPG: Hêzên Parastina Gel
Volksverteidigungskräfte
2000 gegründet, verstehen sich als NachfolgerInnen der =>ARGK; halten als GarantInnen der erzielten Werte des kurdischen Volkes und der Sicherheit der freien Gemeinschaft der Völker im Mittleren Osten bis zu einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage am legitimen Selbstverteidigungsrecht fest.

HRK: Hêzên Rizgarîya Kurdistan
Befreiungseinheiten Kurdistan
Eröffneten 1984 als bewaffnete Propagandaeinheiten den bewaffneten Widerstand der =>PKK; 1986 ersetzt durch die => ARGK.

KADEK: Kongra Azadî û Demokrasiya Kurdistanê
Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans
Als Nachfolgeorganisation der =>PKK im April 2002 gegründet, setzte den im Januar 2000 von der PKK beschlossenen Friedenskurs fort; am 26. Oktober 2003 aufgelöst, gefolgt vom =>KONGRA-GEL.

KNK: Kongra Netewîya Kurdistan
Nationalkongress Kurdistan
1999 in Amsterdam gegründet, mit Sitz/zentraler Verwaltung in Brüssel, besteht aus gewählten VertreterInnen aus kurdischen Parteien und Institutionen sowie Intellektuellen ganz Kurdistans.

KONGRA-GEL: Kongra Gelê Kurdistan
Volkskongress Kurdistan
Nach der Auflösung des =>KADEK im November 2003 gegründet; Ziele sind die Lösung der kurdischen Frage, die Demokratisierung des Mittleren Ostens und die Schaffung einer demokratisch-ökologischen Gesellschaft im Rahmen einer demokratischen Föderation des Mittleren Ostens.

KON-KURD: Konfederasyona Komelên Kurd li Ewrûpa
Konföderation kurdischer Vereine in Europa
1993 in Brüssel gegründet, Dachverband der Föderationen kurdischer Vereine (rund 180) in 12 europäischen Staaten; fordert europaweit die offizielle Anerkennung der politischen und nationalen Identität des kurdischen Volkes.

PAJK: Partîya Azadîya Jina Kurdistanê
Partei der Freiheit der Frau Kurdistans
Im Juli 2004 aus der =>PJA als Kaderpartei neu organisiert; Orientierung auf eine demokratisch-ideologische Gesellschaft und das Projekt des „Gesellschaftsvertrages“ für ein freies Leben und eine freie Gesellschaft, übernimmt die Koordination der Kaderausbildung und der Ideologiebildung und deren Überführung in andere Arbeitsfelder.

PÇDK: Partîya Çareserîya Demokratîk a Kurdistanê
Partei der demokratischen Lösung Kurdistans
2002 gegründet, arbeitet in Südkurdistan (irakischer Teil) für die demokratischen Rechte der KurdInnen in Südkurdistan, für eine demokratische Föderation Irak und für die Freiheit aller Völker im Mittleren Osten.

PJA: Partîya Jina Azad
Partei der freien Frau
2000 nach strategischer Neuorientierung der Befreiungsbewegung aus der =>PJKK gegründet mit der Perspektive einer universellen Frauenpartei, entwickelte den „Entwurf für einen neuen Gesellschaftsvertrag“; auf ihrem 5. Kongress im Juli 2004 als =>PAJK, =>YJA und =>YJA STAR neu organisiert.

PJAK: Partîya Jiyana Azad a Kurdistanê
Partei des freien Lebens Kurdistans
2003 gegründet, arbeitet in Ostkurdistan (West–Iran) für die demokratischen Rechte der KurdInnen und die Selbstbestimmung der Völker in einem demokratischen Iran; Perspektive: demokratische Föderation des Mittleren Ostens.

PJKK: Partîya Jinên Karkerên Kurdistan
Arbeiterinnenpartei Kurdistan
1999 auf 2. nationalem Frauenkongress aus der =>YAJK als eigenständige Frauenpartei zur praktischen Umsetzung der Frauenbefreiungsideologie gegründet; 2000 weiterentwickelt zur =>PJA.

PKDW: Parlamentoya Kurdistan a li Derveyî Welêt
Kurdisches Parlament im Exil
Vorläufer des PKDW 1992 in Westeuropa gewählt, April 1995 in Den Haag mit 65 Mitgliedern konstituiert, Sitz in Brüssel; 1999 aufgelöst und dem =>KNK angegliedert.

PKK: Partîya Karkerên Kurdistan
ArbeiterInnenpartei Kurdistan
1978 u. a. von Abdullah Öcalan gegründet, kämpfte für die Selbstbestimmung und demokratischen Rechte der KurdInnen in der Türkei, in Syrien, im Iran und Irak; stellte nach strategischer Neuorientierung und Beendigung ihres bewaffneten Kampfes im April 2002 ihre Arbeit ein, =>KADEK.

PRD: Partîya Rizgarîya Demokratîk
Partei der demokratischen Befreiung
2003 gegründet, arbeitet in Nordwestkurdistan (türkischer Teil) für demokratische Lösung der kurdischen Frage (alle PKK-Gefangenen in türkischen Gefängnissen traten PRD bei).

PYD: Partîya Yekîtîya Demokrat
Partei der demokratischen Einheit
Gegründet 2003, arbeitet in Südwestkurdistan für ein demokratisches Syrien.

TAJK: Tevgera Azadîya Jinên Kurdistan
Frauenfreiheitsbewegung Kurdistan
1994 mit Beginn des Aufbaus der Frauenarmee (innerhalb der =>ARGK) aus der =>YJWK gegründet; 1995 =>YAJK.

TCD: Tevgeran Ciwanên Demokrat
Bewegung der demokratischen Jugend
Seit 2003 Erweiterung der freien Jugendbewegung Kurdistans im Iran.

TECAK: Tevgera Ciwanên Azad a Kurdistan
Bewegung der freien Jugend Kurdistan
Seit August 2003 Nachfolgeorganisation der =>YCK.

TJAK: Tevgera Jinên Azadîxwazên Kurdistanê
Bewegung der freiheitsliebenden Frauen Kurdistans
Frauenorganisation der =>PÇDK.

TJS: Tevgeran Jina Serbilind
Bewegung der stolzen Frau
2003 gegründet, unabhängige Frauenorganisation in Ostkurdistan (Iran); Ziele: Frauenbefreiung nach der von A. Öcalan entwickelten Frauenbefreiungsideologie, Errichtung der demokratisch-ökologischen Gesellschaft.

YAJK: Yekîtîya Azadîya Jinên Kurdistan
Verband der Freiheit der Frauen Kurdistan
Ging 1995 auf dem 1. nationalen Frauenkongress aus =>YJWK und =>TAJK hervor; Beginn der eigenständigen Frauenorganisierung mit dem Aufbau der Frauenarmee als Modell für spätere Übertragung auf die Zivilgesellschaft, Entwicklung der Frauenbefreiungsideologie auf Grundlage der „Loslösungstheorie“. 1999 wurde daraus die Frauenpartei =>PJKK entwickelt.

YCK: Yekîtîya Ciwanên Kurdistan
Union der Jugendlichen aus Kurdistan
1987 im Rahmen der ERNK gegründet; 2003 von =>TECAK gefolgt.

YDK: Yekîtîya Demokratîka gelê Kurdistan
Kurdische Demokratische Volksunion
Übernahm 2000 Aufgaben der aufgelösten =>ERNK.

YEK-KOM: Yekîtîya Komelên Kurd li Elmanya
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.
1994 in Bochum gegründet, Dachverband von mehr als 65 kurdischen Vereinen, arbeitet für die Integration und die Rechte der in Deutschland lebenden KurdInnen.

YJA: Yekîtîyên Jina Azad
Einheit der freien Frau
Im Juli 2004 als eigenständige politische Organisierung der kurdischen Frauen aus der =>PJA hervorgegangen.

YJA STAR: Yekîtîyên Jina Azad STAR
Einheit der freien Frau STAR
Im Juli 2004 als eigenständige bewaffnete Frauenverteidigungsorganisation aus der =>PJA hervorgegangen; bildet die legitime Verteidigungskraft, solange die Bedingungen des demokratischen und freien Lebens in Kurdistan noch aufgebaut werden müssen.

Die Liste wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt.

Çar Newas Musik reicht von klassisch kurdischen bis hin zu Widerstandsliedern

Meine Wurzeln liegen in der schwarzen Musik ...

Interview mit Emanuel Stanley, Bassist bei Çar Newa

Die Gruppe *Çar Newa* begann ihre musikalische Arbeit 1988 unter dem Namen „*Koma Amed*". Sie war die erste Gruppe, die sich um neue experimentelle musikalische Formen für die Aufführung kurdischer Musik bemühte. 1990 wurde ihr erstes Album „Kulîlka Azadî" von der jüngeren Generation bewundert. Zu der Zeit versuchten sie, die traditionellen musikalischen Grenzen zu überwinden, melodische, stimmliche und rhythmische Merkmale der klassischen kurdischen Musik in ihren Stil zu integrieren. Dieser Ansatz bedeutete eine musikalische Weiterentwicklung der kurdischen Musik, besonders bei der Wiederaufführung traditioneller anonymer Lieder. Damit wurde die Gruppe sehr erfolgreich.

1994 erschien *Koma Ameds* Album „Agir û Mirov" mit traditionell überlieferten und Protestliedern. Anschließend verfeinerten sie ihren Stil und veröffentlichten drei Jahre später „Dergus". Es war unzweifelhaft ein großes Risiko, traditionelle Lieder aus den Regionen Botan und Serhad neu zu arrangieren und aufzuführen, aber der Erfolg gab ihnen Recht. „Dergus" wurde akzeptiert und erweiterte den Horizont der modernen kurdischen Musik.

Die Gruppenmitglieder Serhat, Memo und Suleyman müssen im Exil leben, weil die kurdische Musik ihre Berufung ist und sie sich der Kunst gegenüber verantwortlich fühlen. Aber mit dem gleichen musikalischen und sozialen Bemühen setzen sie ihre Arbeit unter dem Namen „*Çar Newa*" fort. Sie machen charakteristische kurdische Musik, nicht nur mit klassischen kurdischen Instrumenten, sondern auch durch westliche Instrumente beeinflusst arrangiert – einen universellen Sound mit universellem Rhythmus, interkulturell verständlich für alle. Bis jetzt sind zwei CD`s erschienen: Sî (2000) und Mak (2002).

Emanuel Stanley, ein Bandmitglied von *Çar Newa*, beantwortete uns einige Fragen.

Kannst du dich uns kurz vorstellen?

Ich heiße Emanuel Stanley, geboren in London, Mutter Deutsche, Vater Nigerianer. Ich habe die britische Staatsangehörigkeit, aufgewachsen bin ich in Süddeutschland im Kreis Lörrach (bei Basel an der Schweizer Grenze). Abitur in Lörrach, Sport- und Musikstudium in Köln. Seit über 15 Jahren Profimusiker.



Emanuel Stanley Foto: Privat

Seit wann spielst du mit der kurdischen Band Çar Newa? Was spielst du da genau? Wie bist du dazu gekommen?

Ich spiele seit etwa zweieinhalb Jahren die Bassgitarre bei *Çar Newa*. Ich habe damals von einem befreundeten Schlagzeuger, der dort spielte, einen Anruf bekommen, ob ich Lust hätte in einer kurdischen Band zu spielen. Ich antwortete, dass ich es einmal probieren wollte. Es hat sofort funktioniert und Spaß gemacht. So fing es an. Ich hatte allerdings schon etwas Erfahrung mit orientalischer Musik. Als *Cem Karaca* [Rockmusiker aus der Türkei, seit den 60er Jahren aktiv] in Deutschland lebte, habe ich anderthalb Jahre mit ihm gespielt. Das war mein Einstieg in diese Welt.

Wie würdest du die kurdische Musik definieren?

Sofern man Musik überhaupt definieren kann, würde ich sie im weitesten Sinne als orientalische Musik definieren. Die Art des Gesangs, die Melodien und der Rhythmus klingen orientalisch.

Çar Newas Musik reicht von klassisch kurdischen bis hin zu Widerstandsliedern, Liebesliedern usw. Würdest du sagen, dass du durch die Musik den KurdInnen näher gekommen bist?

In gewisser Weise schon. In der Musik spürt man, wie Gefühle ausgedrückt werden, damit spürt man auch etwas von der Mentalität und Kultur eines Volkes. Jede Kultur hat ihre eigene Art und Weise Gefühle auszudrücken, aber die Gefühle sind letztlich immer die gleichen, weil Menschen im Innern sich gleichen, das macht Musik universell. Ich würde also sagen, dass ich dem kurdischen Volk gefühlsmäßig näher gekommen bin, weil ich die Musik spüren kann. Es ist dadurch keine so fremde Welt mehr für mich. Ich habe allerdings bis jetzt hauptsächlich nur kurdische Musiker oder Leute, die damit zu tun haben, kennen gelernt.

Kannst du ausgehend von der kurdischen Musik etwas über die kurdische Kultur sagen?

In der Musik werden Gefühle ausgedrückt. Um wirklich etwas über eine Kultur sagen zu können, muss man sie direkt erfahren, d. h. man muss dort gewesen sein. Ich bin nur auf den Konzerten oder treffe kurdische Musiker um zu proben oder Studioaufnahmen zu machen. Mit diesen Erfahrungen kann ich aber sagen, dass ich die Mentalität sehr angenehm finde. Die Menschen sind freundlich und auf angenehme Art und Weise bescheiden und natürlich. Vielleicht manchmal etwas zurückhaltend. Dass es aber so viele kurdische Veranstaltungen gibt, zeigt auch einen starken Zusammenhalt. Mir gefällt, wie auf den Konzerten getanzt wird, finde es schön, wie alle miteinander tanzen, das war neu für mich. Was die kurdische Kultur aber sicherlich stark prägt, ist die immer präsente Problematik, unterdrückt zu sein und kein eigenes Land zu haben. Dieser Schmerz, diese Wut und Trauer sind sicherlich in einigen Liedern, aber auch manchmal in der Stimmung und Atmosphäre zu spüren.

Welche negativen bzw. positiven Erfahrungen hast du damit gemacht, dass zwar die Instrumente westlich sind, Musikstil und -inhalt aber kurdisch?

Positiv war und ist, dass ich mein Rhythmusgefühl in diese Musik einbringen kann, obwohl ich kein Kurde bin. Negative Erfahrungen in der Form, dass ich irgendetwas überhaupt nicht mochte oder gar nicht konnte, gab es keine.

Çar Newa macht Musik, die westlich genug ist, damit ich sie nachvollziehen kann und mein Instrument einen Platz hat und eine Funktion. Wenn die Musik zu traditionell wäre, könnte ich mich nicht mehr darin finden. Es gab seltene Momente, in denen mir ungewöhnliche Rhythmen etwas Probleme bereiteten, aber ich lerne relativ schnell.

Hast du das Gefühl dich mit der kurdischen Musik ausdrücken zu können?

Meine Wurzeln liegen in der schwarzen Musik, damit kann ich mich natürlich am besten ausdrücken. Aber in jeder Musik, die ich spiele, kann ich etwas von mir ausdrücken, sonst spiele ich sie nicht. Ich mag z. B. harte Rockmusik nicht, darin könnte ich mich nicht mitteilen. Bei *Çar Newa* und in der kurdischen Musik kann ich mein Rhythmusgefühl einbringen. Als Profi spielt man sehr viele Arten von Musik und lernt dabei sich überall zu bewegen. Gefühl, Rhythmus und Melodie sind Grundprinzipien jeder Musik.

Findest du, dass die Musik als eine universelle Sprache ausreichend eingesetzt wird?

Sie wird noch nicht genug als universelle Sprache genutzt, aber es wird zunehmen. Dabei gibt es allerdings zwei Entwicklungsrichtungen. Die eine nähert tatsächlich Kulturen musikalisch einander an und schafft damit ein größeres Verständnis füreinander, das ist die positive Entwicklung. Die negative Entwicklung ist der kommerzielle Einheitsbrei, der immer weitere Kreise zieht. Meine persönliche Horrorvision ist, dass in Afrika und der ganzen Welt nur noch House-Musik und Hip Hop läuft. Das wäre das Ende der Musik.

Ich finde es sehr wichtig, dass jede Kultur ihre Identität behält und pflegt. Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, sich der Welt gegenüber zu öffnen und neue Entwicklungen zuzulassen, die klar machen, dass es nur eine Erde, eine Menschheit, eine Musik und einen Weg gibt – nämlich das Miteinander statt das Gegeneinander. ♦

Die Perspektive einer demokratischen und friedlichen Türkei führt über Diyarbakir

Aufruf: Newroz-Delegation 2005

Wie jedes Jahr werden auch dieses Jahr aus verschiedenen Staaten Europas Delegationen gebildet, um die Newroz-Feierlichkeiten in Kurdistan mitzuerleben. Ein Schwerpunktthema dieser Delegationen wird in diesem Jahr Frieden sein und dies auch hinsichtlich der beginnenden Verhandlungen zur Aufnahme der Türkei in die Europäische Union.

Verschiedene Organisationen rufen dazu auf, an diesen Delegationen teilzunehmen und mit den örtlichen FriedensaktivistInnen Kontakte zu knüpfen, sie in ihrer Arbeit zu stärken und zu unterstützen.

Im Aufruf des kurdischen Frauenbüros Cenî heißt es: „Bei allen unterschiedlichen Ansätzen und Kritiken werden die EU-Verhandlungen als eine Möglichkeit gesehen, die Kämpfe der zivilgesellschaftlichen Bewegung für eine wirkliche Demokratisierung der Türkei, eine Stärkung der basisdemokratischen Organisierung, Frauenrechte, Menschenrechte, für Generalamnestie und die politische Lösung der kurdischen Frage als Voraussetzung für den Friedensprozess zu stärken.

Die kurdische Frauenbewegung hat aus der Sicht der Frauen klare Forderungen für den Demokratisierungsprozess entwickelt [*s. KR Nr. 117, S. 21ff.*]und diese an maßgebliche Stellen innerhalb der EU übergeben.

Viele dieser Forderungen sind auch innerhalb der EU keine Selbstverständlichkeit.

Daraus wird auch ersichtlich, dass es nicht um die Verherrlichung einer demokratischen EU geht, sondern um die Organisierung für einen umfassenden Demokratisierungsprozess, der in Zeiten von Hartz IV & Co. auch in Europa auf der Tagesordnung steht. Auch in Europa sind es die Frauen, die von der sozialen Demontage am härtesten betroffen sind.

So unterschiedlich die Lebensbedingungen von Frauen auch sein mögen, es muss darum gehen, uns gegenseitig zu stärken, um unseren gemeinsamen Traum von einem gleichberechtigten Leben in einer friedlichen und ausbeutungsfreien Welt zu verwirklichen."

Die Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) stellt die aktuelle historische Stunde der Erweiterung Europas durch die geplante Aufnahme der Türkei in den Mittelpunkt ihres Aufrufes. Darin wird auch die Anerkennung und Beteiligung der Kurdinnen und Kurden in der Gemeinschaft sowie die umfassende Aufhebung aller bisherigen Verleugnung und Verweigerung ihrer geschichtlichen und kulturellen Realität, an deren Stelle jetzt die uneingeschränkte Anerkennung ihrer Existenz und ihrer Rechte als europäische Bürgerinnen und Bürger treten muss, gefordert. Es muss eine politische Form definiert werden, über die sich die kurdische Gesellschaft als integrierter Teil am Verhandlungsgeschehen beteiligen kann. Kurdistan begreift sich in diesem Kontext als Gestaltungspartner, der eine qualifizierte Gleichberechtigung reklamiert. Nicht als marginalisierte Minderheit, sondern in angemessener Berücksichtigung der Bedeutung der eigenen Millionenpopulation im erweiterten Europa.

Eine Delegation soll zu den *Lebenden Schutzschilden* gehen. In Kurdistan, einer Region mit endlosen Kriegen, herrscht



„Es lebe Newroz" 2002 in Elîh Foto: A. Bender


Newroz 2002 in Elîh Foto: A. Bender

seit dreißig Jahren ein erbarmungsloser, systematischer Krieg. Die kurdische Bevölkerung lehnt diesen Krieg ab und sehnt sich nach Frieden. Doch leider wurde den Menschen trotz all ihrer Friedensbemühungen vom türkischen Staat und dessen Unterstützern der Krieg aufgezwungen.

Seit dem 1. Juni 2004 ist die kurdische Bewegung vom passiven Widerstand wieder zum aktiven Widerstand übergegangen, mit dem sie den ununterbrochenen Operationen der türkischen Armee begegnet. Im Zeitraum ihres einseitigen Waffenstillstands von August 1999 bis zum 1. Juni 2004 verlor die Guerilla mehr als 500 AktivistInnen durch Militäroperationen des türkischen Staates. Seit dem 1. Juni vergangenen Jahres sind die bewaffneten Auseinandersetzungen in Kurdistan erstarkt. Aber auf der anderen Seite wächst der Widerstand gegen die bewaffneten Auseinandersetzungen sowohl unter der türkischen Bevölkerung wie auch unter der kurdischen Bevölkerung. So haben zivilgesellschaftliche Organisationen, Intellektuelle und zahlreiche Persönlichkeiten aus der Türkei am 18. Oktober 2004 die Initiative „Intellektuelle für den Frieden" gegründet [*s. KR Nr. 117, S. 11 ff.*]. In einem Aufruf der Initiative heißt es, „somit ist die ungelöste kurdische Frage einer der Hauptgründe für das Scheitern bei der Lösung der anderen Probleme der Türkei. Wir erinnern uns deutlich an den hohen Preis, den der Versuch gekostet hat, die Frage mit Gewalt und Auseinandersetzungen anstatt mit demokratischen und friedlichen Mitteln zu lösen."

Um die militärischen Auseinandersetzungen aktiv zu verhindern, wurde die Initiative *Lebende Schutzschilde* gebildet [s. a. S. 21 ff.]. Die *Lebenden Schutzschilde* wollen in den kurdischen Bergen, an den Schauplätzen der militärischen Operationen, deutlich machen, dass sie keinen Krieg mehr wollen.

Das traditionelle kurdische Newroz-Fest im März 2005 – Symbol und Erinnerung für die demokratischen kurdischen Emanzipationsbestrebungen – aktualisiert und reklamiert in Ansehung der Zugangsverhandlungen nachdrücklicher als je zuvor die millionenfache Erwartung kurdischer Menschen, dass die eigene Agenda endlich auf die Tagesordnung Europas und der Türkei gesetzt wird.

Von der Idee zur Wirklichkeit der Garantierung von Rechten und Freiheiten für alle Menschen wird noch ein weiter Weg zurückzulegen sein. Der Prüfstein für einen Erfolg ist die maßgebliche Veränderung der bestehenden Realität in Kurdistan.

Weitere Informationen:

YEK-KOM, Graf-Adolf-Str. 70a, 40210 Düsseldorf
Tel: +49 (0)211 / 1711452, Fax: +49 (0)211 / 1711453
E-mail: newroz2005@hotmail.com

CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Grupellostraße 27, 40210 Düsseldorf
Tel.: +49 (0)211 / 17 11 080
E-mail: ceni_frauen@gmx.de



Newroz 2004 in Amed Foto: DIHA

Newroz 2004 in Bursa Foto: DIHA

Solidarität mit den Erdbebenopfern in Colemêrg / Hakkari

ERDBEBEN IN COLEMÊRG IN KURDISTAN-TÜRKEI

Am Abend des 25. Januar 2005 bebte die Erde mehrmals heftig in Colemêrg (Hakkari). Je nach Quelle erreichte das Erdbeben die Werte von 5,5 bis 5,9 auf der Richterskala. Tausende von Menschen verbrachten die Nacht im Freien (bei minus 10 Grad) aus Angst vor weiteren Erschütterungen. Fast alle Gebäude in Colemêrg haben bleibende Schäden in Form von breiten Rissen in den Wänden davongetragen. Sie werden ein weiteres Erdbeben wohl kaum überstehen. Aus diesem Grund haben die Einwohner sich tagelang außerhalb ihrer Wohnungen aufgehalten, denn es gab Dutzende von schwächeren Nachbeben.

Über 50 % der Einwohner von Colemêrg sind Vertriebene und Flüchtlinge aus den umliegenden Dörfern und Orten, die das Militär evakuiert und meistens auch zerstört hat. Diese Menschen haben sich notdürftig am Stadtrand angesiedelt, sind überwiegend ohne Arbeit und fristen sowieso schon ein äußerst kärgliches Dasein. Nun hat das Erdbeben vor allem an diesen einfach gebauten Stein-Häuschen den größten Schaden angerichtet. Viele von ihnen sind teilweise oder ganz eingestürzt. Dies gilt auch besonders für die noch bewohnten Dörfer in der Umgebung von Colemêrg, wo auch Tausende von Schafen durch das Beben getötet wurden.

Waltraud Weber, Präsidentin des *freundschaftskreises schweiz kurdistan* (fsk) war zum Zeitpunkt des Bebens selber in Colemêrg und konnte sich einen Eindruck über die Situation verschaffen. In den ersten Tagen nach dem Ereignis gab es staatlicherseits absolut keine Hilfsmaßnahmen. Weder Zelte noch warmes Essen wurden verteilt; auch Informationen tröpfelten spärlich und ließen die Menschen völlig im Ungewissen. Jeder neue Erdstoß löste eine Panik aus.

Inzwischen hat die Regierung 380 Zelte verteilt, allerdings ohne Heizmöglichkeit. Viele Leute sind krank geworden, ein 2-monatiges Baby ist wegen der Kälte gestorben. Es fehlt an Nahrungsmitteln und Medikamenten. Die Häuser sollten wieder aufgebaut werden. Die Bauernfamilien brauchen unbedingt Nothilfe in Form von Nahrungsmitteln und einen kleinen Grundstock von Schafen, damit sie wieder eine Lebensexistenz haben.

Aus diesem Grund bitten wir Sie alle herzlich und dringend, den Bewohnern von Colemêrg und Umgebung finanzielle Hilfe zukommen zu lassen. Unser anerkannter Verein fsk arbeitet eng mit Göc-Der und der DEHAP zusammen.

Mit freundlichen Grüßen
Waltraud Weber, Präsidentin des *freundschaftskreises schweiz kurdistan* (fsk)

HILFE FÜR DIE ERDBEBENOPFER IN HAKKARI

Spenden bitte auf das Konto der
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e. V.
PB Köln, BLZ 370 100 50,
Kto. Nr.: 3968 506
Kennwort 'Erdbeben'

Nahe der irakischen Grenze liegt die 75 000 EinwohnerInnen zählende Stadt Culemêrg (Hakkari). Am 24.1.2005 ereignete sich dort am späten Nachmittag ein Erdbeben der Stärke 5,9 auf der Richterskala und am gleichen Abend noch zwei weitere schwächere. Seitdem ereignen sich bis zum heutigen Tag fast täglich Erdbeben zwischen 3 und 5,1. Die meisten Schäden entstanden beim ersten Beben.

Betroffen sind vor allem die älteren traditionell gebauten kurdischen Häuser sowohl in der Stadt Culemêrg als auch vor allem in den umliegenden Dörfern. Die Lage in den Dörfern hat zum großen Teil ein katastrophales Ausmaß angenommen. Die Bauernschaft ist ihrer gesamten Lebensgrundlage beraubt, d. h. ihr Viehbestand, vor allem Schafe, liegt unter den Trümmern begraben und ihre Häuser sind bis zur Unbewohnbarkeit zerstört. In diesem Fall betrifft es abermals die ärmste Bevölkerungsschicht. Es sind keinerlei Geldmittel vorhanden, die Dörfer wieder einigermaßen bewohnbar aufzubauen. Das heißt, dass sich das Flüchtlingselend in Zukunft mit den Opfern des Erdbebens verschärfen wird. Die Landbevölkerung aus den Dörfern wie auch die BewohnerInnen der Stadt Culemêrg sind in Zelten im Stadtzentrum untergebracht. Die EinwohnerInnen des zerstörten Dorfes Ewkanis wurden vom Gouverneur evakuiert. Koç-Holding aus Istanbul spendete Geld für Nahrungsmittel, ebenso die Stadtverwaltungen von Amed (Diyarbakir) und Elîh (Batman). Dies ist eine kleine Linderung der Not der Bevölkerung. Die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung ist der Situation entsprechend sehr gedrückt.

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
KNK - Kurdistan National Kongress Deutschland-vertretung
Scharnhorststr. 25
10115 Berlin
Tel: (49) 30 - 97 00 54 26
Fax: (49) 30 - 97 00 54 27

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E–mail: yekkom@gmx.net

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1- 5455821
e-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0033 1 42 81 22 71
Fax: 0033 1 40 16 47 23
email: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
e-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 – 61 41 816
Fax: (31) 20 – 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 – 22 89 98
Fax: (45) 33 – 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 – 96 76 72 45
Fax: (61) 2 – 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 – 37 42 16
Fax: (357) 2 – 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
e-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

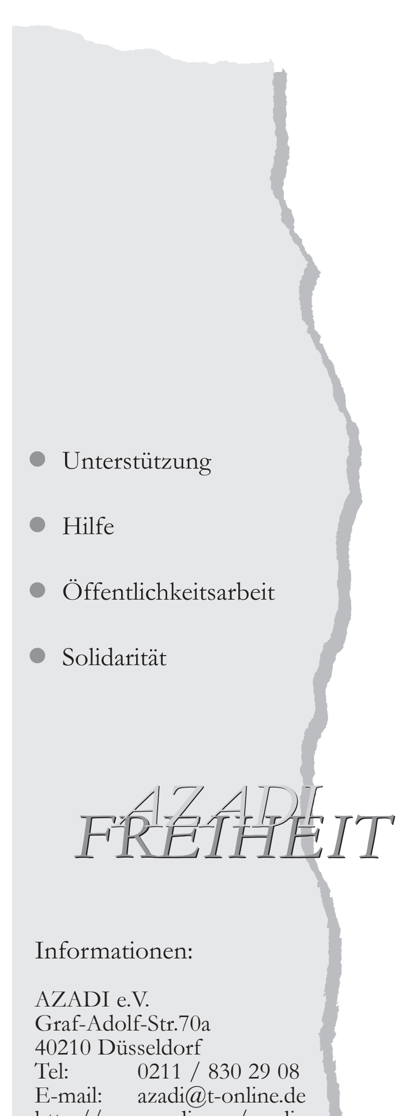
Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
e-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 210 1137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
e-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



Erdbeben in Colemêrg (Hakkari) im Januar 2005



Bitte spenden Sie!

HILFE FÜR DIE ERDBEBENOPFER IN HAKKARI

Spenden bitte an das Konto der
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e. V.,
PB Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr.: 3968 506 - Kennwort 'Erdbeben' -

ISSN 0935-5375